

**Einwohnerratssitzung 2014/2015
Protokoll Nr. 6**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 30. April 2015**
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 19:15 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Janine Lipp
Direktwahl 041 329 63 09

30. April 2015 jl

Anwesend

Präsident

Peter Portmann

Einwohnerrat

34 Mitglieder
Rita Berger-Hug (bis 17:30 Uhr)
Judith Mathis-Wicki (ab 14:00 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Nicole Nyfeler

Traktanden

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 236 |
| 2. | <u>Vereidigung</u>
- Cla Büchi (SP) | | Seite 236 |
| 3. | <u>Ersatzwahl in die Sozial- und Gesundheitskommission für den Rest der Amtsperiode 2012 - 2016</u> | | Seite 239 |
| 4. | <u>Protokoll Nr. 3</u> vom 6. November 2014
<u>Protokoll Nr. 4</u> vom 11. Dezember 2014
<u>Protokoll Nr. 5</u> vom 22. Januar 2015 | | Seite 240 |
| 5. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 240 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag: Baukredit Modulare Schulraumprovisorien</u> | Nr. 164/15 | Seite 244 |
| 7. | <u>Bericht und Antrag: Bauabrechnung Innensanierung Küchenersatz Alterswohnungen Hofmatt</u> | Nr. 152/15 | Seite 258 |
| 7a. | <u>Dringliches Postulat Schwizer: Erschliessung Meiersmattwiese</u> | Nr. 165/15 | Seite 261 |
| 7b. | <u>Dringliche Interpellation Aakti: Investitionen der Heime Kriens ausserhalb des Investitionsplafonds der Gemeinde</u> | Nr. 167/15 | Seite 261 |
| 8. | <u>Bericht Postulat Mathis: Räumliche Energieplanung: Energierichtplan für Kriens</u> | Nr. 060/13 | Seite 261 |
| 9. | <u>Bericht Postulat B. Bienz: Informationspolitik der Gemeinde</u> | Nr. 106/14 | Seite 267 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Koch: Krienser Wagenburg beim Kulturzentrum Südpol – legal oder illegal?</u> | Nr. 137/14 | Seite 270 |
| 11. | <u>Postulat Koch: Illegale Krienser Wagenburg mit Partyzelt beim Kulturzentrum Südpol</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 163/15 | Seite 270 |
| 12. | <u>Bericht Postulat Piras: Krienser Kinder und Jugendliche entscheiden mit!</u> | Nr. 138/14 | Seite 276 |
| 13. | <u>Beantwortung Interpellation Heiz: Zusammenarbeit mit KESB</u> | Nr. 143/14 | Seite 278 |
| 14. | <u>Beantwortung Interpellation Meyer: European Energy Award GOLD für Kriens</u> | Nr. 148/14 | Seite 280 |

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 15. | <u>Motion Ercolani</u> : Bauvorhaben der Gemeinde Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 151/15 | Seite 283 |
| 16. | <u>Postulat Piras</u> : Easyvote – Mehr Jugendliche an die Urne
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 153/15 | Seite 288 |
| 17. | <u>Postulat Koch</u> : Attraktive Gestaltung der Krienser Ortseingänge
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 155/15 | Seite 289 |
| 18. | <u>Postulat B. Bienz</u> : KMU-freundliche Wirtschaftspolitik in der Gemeinde
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 156/15 | Seite 289 |
| 19. | <u>Motion Fluder</u> : Gute Manieren beim Plakatieren
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 159/15 | Seite 289 |
| 20. | <u>Postulat Graf</u> : Transparenz bei Einbürgerungsgesuchen
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 162/15 | Seite 289 |
| 21. | <u>Verabschiedung</u> Esther Bieri (SP) | | Seite 289 |

Neueingangsliste

- | | |
|------------|---|
| Nr. 106/14 | Bericht Postulat B. Bienz: Informationspolitik der Gemeinde |
| Nr. 148/14 | Beantwortung Interpellation Meyer: European Energy Award GOLD für Kriens |
| Nr. 153/15 | Postulat Piras: Easyvote – Mehr Jugendliche an die Urne
<i>Eingang: 02.03.2015</i> |
| Nr. 154/15 | Interpellation Koch: Staufreies Kriens
<i>Eingang: 04.03.2015</i> |
| Nr. 155/15 | Postulat Koch: Attraktive Gestaltung der Krienser Ortseingänge
<i>Eingang: 09.03.2015</i> |
| Nr. 156/15 | Postulat B. Bienz: KMU-freundliche Wirtschaftspolitik in der Gemeinde
<i>Eingang; 09.03.2015</i> |
| Nr. 143/14 | Beantwortung Interpellation Heiz: Zusammenarbeit mit KESB |

- Nr. 158/15 Interpellation Graf: Transparenz über die Entschädigungen der Gemeinderäte
Eingang: 13.03.2015
- Nr. 159/15 Guten Manieren beim Plakatieren
Eingang: 13.03.2015
- Nr. 161/15 Interpellation Kobi: Konsequenzen bei Annahme der Kantonsinitiative „Für faire Unternehmenssteuern“
Eingang: 18.03.2015
- Nr. 162/15 Postulat Graf: Transparenz bei Einbürgerungsgesuchen
Eingang: 18.03.2015
- Nr. 163/15 Postulat Koch: Illegale Krienser Wagenburg mit Partyzelt beim Kulturzentrum Südpol
Eingang: 18.03.2015
- Nr. 138/14 Bericht Postulat Piras: Krienser Kinder und Jugendliche entscheiden mit!
- Nr. 165/15 Dringliches Postulat Schwizer: Erschliessung Meiersmattwiese
Eingang: 24.03.2015
- Nr. 152/15 B+A: Bauabrechnung Innensanierung Küchenersatz Alterswohnungen Hofmatt
- Nr. 164/15 B+A: Baukredit Modulare Schulraumprovisorien
- Nr. 160/15 Planungsbericht: Verselbständigung Heime Kriens
- Nr. 167/15 Dringliche Interpellation Aakti: Investitionen der Heime Kriens ausserhalb des Investitionsplafonds der Gemeinde
- Nr. 157/15 B+A: Rechnung 2014
- Nr. 166/15 B+A: Einsetzung einer nichtständigen einwohnerrätlichen Kommission - Reorganisation Einwohnerrat 2015

Peter Portmann begrüsst alle Anwesenden zur Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Dominik Weingartner.

Der Sprechende gratuliert Davide Piras. Er ist Vater einer Tochter geworden.

Am 27. Juni 2015 findet der Einwohnerratsausflug statt. Er bittet darum, ihm die Anmeldungen abzugeben. Da ein Besuch eines Rechenzentrums geplant ist, muss er Name und Adresse

der Besucher dem Betreiber melden. Diese Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Entschuldigt hat sich Nicole Nyfeler. Judith Mathis-Wicki kommt etwas später. Rita Berger-Hug verlässt die Sitzung um 17:30 Uhr.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Peter Portmann keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Am 24. März 2015 hat Roland Schwizer das dringliche **Postulat: Erschliessung Meiersmattwiese (Nr. 165/2015)** eingereicht.

Peter Portmann fragt, ob jemand der Dringlichkeit opponiert.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt das Postulat als dringlich erklärt. Das Postulat wird unter dem Traktandum 7a behandelt.

Am 20. April 2015 hat Brahim Aakti die dringliche **Interpellation: Investitionen der Heime Kriens ausserhalb des Investitionsplafonds der Gemeinde (Nr. 167/2015)** eingereicht.

Peter Portmann fragt, ob jemand der Dringlichkeit opponiert.

Da der Dringlichkeit opponiert wird, muss die Vereidigung von Cla Büchi gemäss Traktandum 2 vorgezogen werden, damit er auch über die Dringlichkeit abstimmen kann.

2. Vereidigung Cla Büchi

Peter Portmann bittet Cla Büchi nach vorne, um das Gelübde abzulegen.

Cla Büchi wird mit Applaus im Einwohnerrat willkommen geheissen.

Fortsetzung Mitteilungen

Enrico Ercolani opponiert der Dringlichkeit. Die FDP-Fraktion bestreitet die Dringlichkeit nicht, aber man möchte die Interpellation nicht heute, sondern im Rahmen des Planungsberichts behandeln.

Der Vorsitzende erteilt das Wort an Brahim Aakti zwecks Begründung der Dringlichkeit des Postulats.

Brahim Aakti weiss nicht ganz genau was die FDP-Fraktion möchte. Sein Anliegen ist, dass die Interpellation heute behandelt wird. Wenn die FDP-Fraktion dem zustimmen kann, ist es für ihn in Ordnung. Er begründet die Dringlichkeit indem, dass an der nächsten Einwohnerratssitzung über den Planungsbericht Verselbständigung der Heime Kriens debattiert wird. Der Gemeinderat sieht im Planungsbericht nur eine Variante vor. Mit seiner Interpellation möchte er wichtige Informationen darüber erhalten, dass Grundlagen vorliegen, um eine weitere Variante vom Gemeinderat zu verlangen. Es soll eine weitere Variante geben, damit die Heime weiterhin bei der Gemeinde bleiben können, aber ihre Investitionen selber regeln. Es ist nicht das Ziel heute darüber zu debattieren, sondern er möchte nur die Fragen beantwortet haben. Wenn die Antworten vorliegen und dem entsprechen was er erwartet, dann wird die SP/JUSO-Fraktion einen Auftrag zu Händen des Gemeinderates formulieren. Der Gemeinderat soll dann auf die nächste Einwohnerratssitzung eine weitere Variante erarbeiten. Es soll gleichberechtigt mit der anderen Variante darüber diskutiert werden.

Gemäss Martin Heiz opponiert die SVP-Fraktion der Dringlichkeit. Es soll an der nächsten Einwohnerratssitzung behandelt werden. Sie möchte heute keine Diskussion über den Planungsbericht führen, da dieser an der nächsten Sitzung traktandiert ist. Die Fragen sollen dann zusammen mit dem Planungsbericht behandelt werden. Er hat befürchtet, dass wenn der Planungsbericht vor der heutigen Sitzung veröffentlicht wird, dann wird ausserhalb der ordentlichen Traktandierung darüber diskutiert. Die SVP-Fraktion macht deshalb beliebt, dass die Interpellation an der nächsten Sitzung nachtraktandiert wird. Das was der Interpellant fordert, ist auch schon fast ein Postulat, da andere Varianten geprüft werden sollen. Es gibt jedoch nur eine Beantwortung.

Wenn Erich Tschümperlin Brahim Aakti richtig verstanden hat, dann möchte er, dass heute beschlossen wird, dass an der nächsten Einwohnerratssitzung weitere Varianten bereits vorliegen. Das wäre natürlich gut. Wenn man an der nächsten Sitzung eine weitere Variante möchte, kann der Planungsbericht nicht abschliessend behandelt werden, weil diese Variante dann fehlt. Es geht darum dem Gemeinderat vorsorglich einen weiteren Auftrag zu erteilen, damit dann alles vorliegt und über den Planungsbericht abschliessend entschieden werden kann.

Brahim Aakti möchte sein Anliegen nochmals klarstellen. Er erhofft mit seiner Interpellation, dass er heute Antworten auf seine Fragen erhält. Wenn er die Antworten hat und diese so sind wie er sie erwartet, dann würde er mit einem Auftrag den Gemeinderat auffordern eine weitere Variante zu verlangen. So hätte man an der nächsten Sitzung die ganze Auslegeordnung und man kann über alle Varianten gleichberechtigt diskutieren. Wenn die Antworten nicht heute ausgeteilt werden, könnte man die Variante an der nächsten Sitzung nicht diskutieren. Im Planungsbericht gibt es nur eine Variante des Gemeinderates. Heute soll keine inhaltliche Diskussion stattfinden.

Laut Kathrin Graber unterstützt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Dringlichkeit. Mit der Interpellation werden Fragen gestellt und darauf gibt es Antworten. Weithergehende Forderungen oder Aufträge können mit der Interpellation nicht verbunden sein, sondern müssten separat nachgereicht werden. Im Sinne eines effizienten Ratsbetriebes unterstützt sie die Dringlichkeit, damit die Antworten heute gegeben werden. So können die Fraktionen die Informationen

im Zusammenhang mit dem Planungsbericht diskutieren. Ansonsten fängt man an der nächsten Sitzung wieder bei Adam und Eva an. Das wäre nicht sehr effizient.

Nach den Ausführungen von Brahim Aakti ist die FDP-Fraktion gemäss Beat Tanner einverstanden, dass die Interpellation dringlich erklärt wird. Die Geschäftsleitung des Einwohnerrates hat einmal entschieden, dass wenn der Dringlichkeit nicht stattgegeben wird, werden die Antworten auch nicht ausgeteilt. Die Antworten sollen heute ausgeteilt werden, aber es soll nicht unabhängig vom B+A diskutiert werden.

Martin Heiz möchte vom Gemeinderat eine Antwort hören, ob er in zwei Wochen eine andere Variante vorlegen kann. Sonst müsste man dann den Planungsbericht an der nächsten Sitzung abtraktandieren und auf die Septembersitzung verschieben.

Gemäss Lothar Sidler opponiert der Gemeinderat grundsätzlich der Dringlichkeit nicht. Die Antworten wurden bereits erstellt, denn wenn die Interpellation als dringlich erklärt wird, muss dann auch die Antwort folgen. Deshalb ist es eigentlich egal, ob der Dringlichkeit opponiert wird oder nicht. Es ist falsch und nicht die Idee, dass nach der dringlichen Interpellation gleich noch ein weiterer Vorstoss folgt und der Gemeinderat die Vorarbeiten leisten muss. Der herausgegebene Planungsbericht ist genau für das, was der Interpellant mit einem weiteren Vorstoss erreichen will. Im Planungsbericht hat der Gemeinderat seine Idee kundgetan, wie es gemacht werden soll und nun möchte er von den Parteien, Fraktionen und Einwohnerratsmitgliedern hören, wie sie es sehen. Der Interpellant möchte etwas vornehmen, was eigentlich im Rahmen der Diskussion des Planungsberichts behandelt wird. Bei der Behandlung des Planungsberichtes kann der Einwohnerrat dem Gemeinderat einen Auftrag geben, dass noch andere Varianten geprüft werden soll. Im Hinblick auf die definitive Version wird das dann ergänzt. Es soll nicht doppelspurig gefahren werden.

Die SVP-Fraktion zieht deshalb gemäss Martin Heiz zurück.

Peter Portmann stellt fest, da es keine Opposition mehr gibt, wird die Interpellation unter dem Traktandum 7b behandelt.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Paul Winiker führt aus, dass der Einwohnerrat mit einem Brief über die Arbeiten des Projektes Spring III informiert wurde. Es geht um die Reorganisation und die Statutenanpassung des Verbands Luzerner Gemeinden (VLG). Die Gemeinde Kriens konnte dabei selber mitarbeiten und hat Forderungen eingebracht. Ein grosser Teil der Forderungen floss in die Reorganisationsarbeiten ein. Es gibt jedoch noch Pendenzen, die weiter bearbeitet werden müssen. Die Delegierten des Verbandes haben anlässlich der gestrigen Sitzung den Anträgen zugestimmt. Die Reform Spring III wurde ohne Gegenstimme gutgeheissen. Man schickt den VLG mit den Statutenänderungen so ins Rennen. Die Stadt Luzern hat gesagt, dass die institutionellen Verbesserungen, mit denen die Minderheitenmeinungen mehr gewichtet werden sollen ein Lichtblick sind. Dies gibt gute Hoffnung, dass die Stadt Luzern wieder in den VLG eintritt. Der Sprechende hat sich auch klar ausgedrückt, dass nicht alle Erwartungen von Kriens erfüllt wurden. Dies ist in einem so vielfältigen Gemeindeverband aber auch nicht zu erwarten. Man möchte mit der Statutenänderung dem Verband die Chance geben, nachzuleben und nachzuweisen, dass im Interesse der Agglomeration oder der Minderheiten sensibler umgegangen

wird. Der Gemeinderat wird das Ganze weiterverfolgen und je nach Entwicklung eine Lagebeurteilung vornehmen.

Gemäss Cyrrill Wiget fand gestern ein Treffen mit dem ASTRA und dem Kantonsingenieur im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zum Bypass statt. Das ASTRA hat kundgetan, wie sie mit den Anliegen seitens von Kriens umgehen wird. Es wurde mit dem ASTRA vereinbart, dass als nächstes das Komitee „Bypass – so nicht“ vom ASTRA begrüsst werden soll. Anfangs Juni 2015 soll auch eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt werden. Dort können sich alle Einwohnerinnen und Einwohner informieren. Die Veranstaltung wird das ASTRA durchführen, aber die Gemeinde wird alles organisieren.

Im Rahmen der Budgetdebatte wurde darum gekämpft, dass ein Betrag für den Umbau des Restaurants Parkbad gesprochen wird. Dieser Umbau ist planerisch nun soweit fortgeschritten. Die entsprechenden Umbauten sind auslösbar, jedoch hat man darauf verzichtet, dies vor der Badesaison zu tun. Es kam noch die eine oder andere Schwierigkeit dazwischen, wie es bei einem Bau üblich ist. Das Risiko war dann zu gross, dass das Restaurant nicht auf den Start der Badesaison bereit ist. Jetzt hat man die Möglichkeit über den ganzen Winter den Umbau zu realisieren. So ist es dem Gemeinderat wohlher, dass ein gutes Ergebnis resultiert.

Die Kurtaxen werden seit einigen Jahren durch den Verein Kriens Tourismus eingezogen. Diesbezüglich wurde im Einwohnerrat eine Verordnung verabschiedet. Der Gemeinderat hat nun entschieden, dass die Gemeinde die Kurtaxen wieder selber verwaltet. Der Verein Kriens Tourismus hätte die Kurtaxen weiterhin einziehen können. Ihnen ist es aber recht, wenn die Gemeinde diese auch selber einzieht und verwaltet. Die Idee dahinter ist, dass Anträge aus Verbänden und Vereinen, die sich für Tourismusförderung einsetzen und entsprechend Projekte realisieren möchten, der Gemeinderat diese mit einem Kriterienkatalog auslösen kann. Es erfolgt unabhängig davon, welcher Verein es ist, aber die Kriterien müssen erfüllt sein. Dies gibt eine gewisse Handlungsfreiheit.

Judith Luthiger-Senn informiert über einen Bericht im KriensInfo. Das Bildungsdepartement bzw. Markus Buholzer und sein Team hat den ersten Preis mit dem Projekt Familienklassenzimmer gemacht. Das Projekt ist so gut angekommen, dass im KriensInfo auch ein Beschrieb verfasst wurde. Viele Schulen aus dem Kanton und auch anderen Kantonen fragen Kriens nach diesem guten Projekt an. Bei diesem Projekt werden die Eltern in den Schulbetrieb einbezogen. So kann mit den Eltern und den Kindern eine Lösung gefunden werden. Die Sprechende dankt dem Einwohnerrat, dass sie anlässlich des Budgets Gelder dafür gesprochen haben.

3. Ersatzwahl in die Sozial- und Gesundheitskommission für den Rest der Amtsperiode 2012 - 2016

Wahl eines Mitgliedes in die Sozial- und Gesundheitskommission

ausgeteilte Wahlzettel:	34
eingegangene Wahlzettel:	34
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	34
absolutes Mehr:	18

gewählt als Mitglied:
Cla Büchi, SP

33

4. Protokoll Nr. 3 vom 6. November 2014 Protokoll Nr. 4 vom 11. Dezember 2014 Protokoll Nr. 5 vom 22. Januar 2015

Peter Portmann stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und verdankt.

5. Fragestunde

Roland Schwizer stellt fest, dass die Gemeindeverwaltung als Zwischennutzung ins LUK Center umzieht. Wir wurden die Mitarbeiter in diesen Entscheid involviert?

Gemäss Matthias Senn wurden verschiedene Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die die Zwischenprovisorien erarbeitet haben. Es fand ein enger Kontakt zwischen den Departementen statt. Es gab bereits auch schon Besprechungen bezüglich der Sicherheit und der Raumaufteilung.

Laut Martin Heiz konnte man der Presse entnehmen, dass es fürs Zentrum Pilatus viele Nutzer gibt. Er hat aber mit Schrecken festgestellt, dass keine öffentlichen Parkplätze vorhanden sind. Die Tiefgarage ist nicht öffentlich. Wie denkt der Gemeinderat, dass dies attraktiv gestaltet werden kann, wenn keine Parkplätze vorhanden sind?

Matthias Senn erklärt, dass bezüglich der Parkierung gegenüber der Abstimmung nichts geändert hat. Es waren immer 10 oberirdische Parkplätze für die Besucher geplant. Diese können als Kurzzeitparkplätze genutzt werden. Das Parkhaus im Zentrum Pilatus ist nur für Mieter und die Verwaltung. Ein öffentliches Parkhaus mit vielen Parkmöglichkeiten wird beim Gemeindehausareal erstellt.

Beat Tanner hat eine Frage zum Restaurant Alpenrösli. Gleich nebendran ist neu ein Imbissstand. Wurde dort eine Bewilligung erteilt und ist es neu, dass solche Provisorien überall in Kriens aufgestellt werden können?

Matthias Senn führt aus, dass für den Imbisswagen ein Baugesuch gestellt wurde. Der Gemeinderat war aber nicht erfreut über dieses Baugesuch. Dieses widerspricht den städtebaulichen Vorstellungen. Man hatte auch gewerbepolitische Bedenken, weil ein Restaurant geschlossen und gleich nebenan ein Imbissstand eröffnet wurde. Der Mehrwertsteuersatz ist auch eine politische Diskussion. Der Gemeinderat hat eine befristete einjährige Baubewilligung erteilt. Es wurde die Auflage gestellt, dass ein Konzept vorgelegt werden muss, worin aufgezeigt wird, dass der Imbiss evtl. in ein Restaurant integriert werden kann. Gegen diesen Entscheid erfolgte eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde. Die aufschiebende Wirkung wurde

entzogen, weil die Bewilligung für ein Jahr erteilt wurde. Der Entscheid des Verwaltungsgerichts ist noch hängig.

Peter Fässler hat heute in der Neuen Luzerner Zeitung gelesen, dass die FDP eine Schuldenbremse möchte. In diesem Artikel steht folgendes: „Dieser fordert die Kompensation der Einnahmeausfälle, welche durch die Abschaffung der Liegenschaftssteuer entstanden sind, rund eine halbe Million Franken.“ Der Sprechende meint, im Einwohnerrat wurden andere Zahlen genannt. Wie genau ist das?

Paul Winiker weiss nicht wie der Verfasser auf diese Zahl gekommen ist. Die Kompensation der Liegenschaftssteuer liegt bei rund 1.3 Mio. Franken. Der Gemeinderat hat diesen Artikel auch zur Kenntnis genommen. Wenn die Initiative eingereicht wird, werden auch die rechtlichen Aussagen überprüft.

Erich Tschümperlin hat an der Einwohnerratssitzung vom 11. Dezember 2014 die Frage gestellt, ob auch eine Vergrösserung des Aussenraums bei allen Schulhäusern im Rahmen der Schulraumplanung geplant sei. Judith Luthiger-Senn teilte mit, dass sie dies noch abklären und die BiK darüber informieren wird. Wurde die BiK darüber informiert?

Gemäss Judith Luthiger-Senn wurde noch nichts abgeklärt. Die Schulraumplanung wird gemäss dem Leistungsauftrag überarbeitet. Es werden auch die Hallen angeschaut, aber ob die Aussenräume einfließen ist im Moment noch kein Thema.

Davide Piras hat vernommen, dass auf dem Friedhof Unterallmend ein Waldfriedhof gebaut wird. Er möchte gerne darüber informiert werden, was konkret gemacht wird.

Matthias Senn erläutert, dass der Gemeinderat einen Kredit für zwei neue Bestattungsformen beschlossen hat. Für den Baumfriedhof wurden verschiedene Birken eingepflanzt. Dort können die Urnen im Feld vergraben werden. Das Zweite ist ein Plattenfeld, welche jedoch nicht individuell gestaltete Gräber sind. Es wird jedoch gekennzeichnet, wo welche Urne liegt. Es besteht das Bedürfnis eine Bestattungsform zwischen einem Gemeinschaftsgrab und einem Einzelgrab anzubieten.

Paul Winiker ergänzt, dass bis jetzt noch nicht über die Änderungen informiert wurde, weil der Einwohnerrat die Reglementsänderung noch genehmigen muss. Der Gemeinderat ist an den baulichen Vorbereitungen. Das Papier dazu folgt noch.

Laut Räto Camenisch ist die Treppe zwischen dem Zumhofweg und der Zumhofhalde zum Aufenthaltsort von Jugendlichen mit entsprechendem Littering geworden. Was können die Anwohner diesbezüglich unternehmen?

Cyрил Wiget führt aus, dass es das sinnvollste ist, wenn dem USD ein E-Mail geschrieben wird. Es gibt ein Sicherheitsdienst, der so organisiert ist, dass sie dorthin geschickt werden, wo auch der Aufenthaltsort der Jugendlichen ist. Es stört die Gemeinde nicht, dass sich die Jugendlichen irgendwo aufhalten. Jedoch geht es um den Lärm und den Dreck. Zur Minimierung

dieser Probleme ist der Sicherheitsdienst da. In letzter Zeit gab es so gut wie keine Meldungen des Sicherheitsdienstes. Vielleicht patrouilliert der Sicherheitsdienst an den falschen Orten. Deshalb ist es gut, wenn Rückmeldungen aus der Bevölkerung erfolgen.

Enrico Ercolani erwähnt, dass nun die Baubewilligung für das Zentrum Pilatus eingereicht wurde. Sieht er das richtig, dass noch keine Profile stehen? Werden die Profile noch installiert?

Gemäss Matthias Senn wurden die Pläne gestern unterschrieben. Diese liegen jedoch noch nicht öffentlich auf. Er fragt nach, ob es noch Profilierungen gibt.

Raphael Spörri hat heute in der Neuen Luzerner Zeitung gelesen, dass der Kanton ein neues Asylkonzept möchte. Der Grosshof spielt hier eine grosse Rolle. Wie weit ist dieses Projekt und wann kann mit einer Eröffnung gerechnet werden?

Lothar Sidler erklärt, dass die Situation immer noch die Gleiche ist, wie letztes Mal. Es muss darauf gewartet werden, bis die Projektausschreibung fertig ist. Danach können die Projekte vergeben werden. Der Betrieb wird wahrscheinlich erst im Jahr 2016 aufgenommen.

Judith Mathis-Wicki stellt fest, dass beim Schulhaus Kirchbühl vor Jahren die Geiselchlopfer-Statue weggenommen werden musste. Diese wird nun in der Gallihalle zwischengelagert. Hat man bei der Projektierung der Sanierung des Kirchbühls daran gedacht, diese Statue wieder zu integrieren?

Judith Luthiger-Senn wurde diesbezüglich auch schon angefragt. Es gibt ein Dokument darüber, das besagt, dass dies seinerzeit eine Leihgabe an die Gallizunft war. Ob dieses wieder zurückgeholt wird, weiss die Sprechende nicht.

Thomas Lammer möchte über den aktuellen Stand der Planung des Fussballstadions Kleinfeld informiert werden.

Gemäss Cyril Wiget hat der Gemeinderat die Planung des Fussballstadions wieder aufgenommen, nachdem die finanzielle Situation geregelt werden konnte. Es wurde eine Zeit lang pausiert, weil es heikel ist, wenn der Verein die Mietkosten nicht bezahlen konnte. Erfreulicherweise kann nun weiter geplant werden. Ein externer Partner, der die Interessen der Gemeinde vertritt, wird in die Diskussion einbezogen. Der Gemeinderat verabschiedete gestern ein Papier über die Zielsetzungen und Kriterien seitens der Gemeinde, die ein solches Projekt erfüllen muss. In einem zweiten Schritt wird eine Absichtserklärung erstellt. Der Gemeinderat ist selber nicht Trägerschaft, sondern die noch zu gründende Kleinfeld AG. In einem dritten Schritt beginnt der politische Prozess. Der Einwohnerrat muss dann in zwei Lesungen das Bauprojekt behandeln und in einem separaten Geschäft die Finanzen absegnen. Aufgrund der Tatsache, dass 2 Mio. Franken regelmässig nach hinten geschoben wurden, sind diese Kosten nun im Finanzplan 2016 enthalten. Im 2017 sind die Kosten für den Kunstrasen geplant. Der Gemeinderat hat den Wunsch geäussert, dass das Kunstrasenfeld gleichzeitig realisiert wird, wie das Stadion. Der Einwohnerrat wird sich zu gegebener Zeit zum Projekt äussern können.

Peter Fässler führt aus, dass das ganze Asylwesen von der Caritas an den Kanton geht. Auch das Projekt vom Grosshof geht von der Stiftung an den Kanton. Ändert das für die Gemeinde etwas?

Lothar Sidler verneint dies. Die Situation bleibt gleich. Die Vereinbarung wurde zwischen dem Kanton und der Gemeinde abgeschlossen. Somit bleiben die Vertragspartner die gleichen.

Laut Kathrin Graber gibt es am Sonnenberg zwei Fahrverbote, die häufig nicht eingehalten werden. Bei der Gabeldingenstrasse besteht ein Fahrverbot zwischen 07:30 Uhr bis 17:00 Uhr. Dies wird nicht immer eingehalten. Das andere Fahrverbot geht in den Sonnenbergwald. Dort gibt es auch eine Schranke, die jedoch häufig offen ist. Dann fahren recht viele Autos zum Grillplatz. Was macht der Gemeinderat, dass die Fahrverbote eingehalten werden?

Cyrill Wiget erläutert, dass diese beiden Fahrverbote auch eine Sorge des Gemeinderates sind. Ursprünglich hatte man im Verkehrsrichtplan eine Unterbrechung der Gabeldingenstrasse vorgesehen. Politisch konnte dies nicht durchgesetzt werden und man hat sich deshalb zu diesem Fahrverbot entschieden. Für die Polizei ist die Umsetzung des Fahrverbots schwierig. Jeder, der dort zufährt, kann mit gutem Recht sagen, dass er Anwohner oder Zubringer ist. Die Polizei wehrt sich dagegen, dort regelmässige Kontrollen durchzuführen. Der Gemeinderat wird die Polizei gerne wieder dazu ermuntern. Das zweite Fahrverbot ist das grössere Problem. Die Strasse gehört nicht der Gemeinde. Wahrscheinlich wurde das Fahrverbot auch nie im Kantonsblatt publiziert, was jedoch kein Aufruf ist, um dies zu missachten.

Roger Erni ist zu Ohren gekommen, dass ein patentierter Steuerzahler ein Grundstück kaufen wollte, was er zurzeit mietet. Das Objekt ist bei der Garage Windlin in der Schällenmatt. Weshalb ist dieser Kauf nicht zu Stande gekommen oder wie ist die Situation?

Matthias Senn erklärt, dass die Gemeinde jahrelang mit dem Grundeigentümer in Kontakt stand. Es fanden auch Sitzungen statt. Schlussendlich wurde mitgeteilt, dass die Mieterin nicht am Kauf interessiert ist. Gründe wurden jedoch keine bekannt gegeben.

Brahim Aakti wurde von jemandem gefragt, der sich vor 1-2 Jahre in Kriens angemeldet hat, weshalb er keine Steuererklärung erhalten hat. Wie ist der Informationsfluss zwischen der Einwohnerkontrolle und dem Steueramt?

Paul Winiker führt aus, dass wenn jemand angemeldet ist, erhält er auch eine Steuererklärung. Eine solche Unterlassung darf und sollte nicht passieren. Er bittet um Mitteilung des Namens für die Abklärung.

Pascal Meyer stellte fest, dass hinter dem Zentrum Pilatus seit neuem ein Gallizunftweg ist. Die Gallizunft ist jedoch einer von vielen Vereinen in Kriens. Wie ist das Vorgehen der Gemeinde bei der Namensvergabe von Strassen und Wegen?

Matthias Senn erklärt, dass dies ein angekündigter Gag des Gallischnörren-Teams war. Entweder kommt diese Tafel wieder weg oder der Gemeinderat gibt diesem Weg einen Namen, weil er noch gar keinen hat.

Kathrin Graber hat eine Anschlussfrage zum Fahrverbot beim Sonnenbergwald. Warum ist die Schranke häufig oben? Kann der Gemeinderat nicht dafür sorgen, dass diese regelmässig unten ist?

Cyrell Wiget geht dem gerne nochmals nach. Die Gemeinde hat die Strasse schon mal geflickt und wurde vom Eigentümer für dies gerüffelt. Deshalb kann es gewisse Schwierigkeiten geben.

Pascal Meyer möchte immer noch wissen, wie die Namensvergabe der Strassen und Wege abläuft.

Gemäss Matthias Senn entscheidet der Gemeinderat über die Namensvergabe. Das Baudepartement unterbreitet normalerweise einen Vorschlag. Häufig kommt der Vorschlag auch schon von Gesuchstellern. Erst kürzlich wurde die Namensvergabe beim Mattenhof vorgenommen.

Viktor Bienz erläutert, dass die Pilatusbahnen die Schlittelpiste im letzten Winter nur bis in die Krienseregg geöffnet hatte. Natürlich sind die Schlittler trotzdem bis nach Kriens gefahren. Wer ist zuständig für die Sicherung der Wintersportzone?

Cyrell Wiget müsste dieses Anliegen an die Strassengenossenschaft zurückgeben, da diese für die Sicherheit der Strasse zuständig ist. Dem Gemeinderat ist dies jedoch auch aufgefallen. Sie haben es sich so erklärt, dass aufgrund der vielen Bautätigkeiten nicht die ganze Piste offen war. Deshalb geht man davon aus, dass dies in der nächsten Saison wieder aufgehoben ist. Wenn dies im nächsten Winter jedoch wieder so ist, müsste man zusammensitzen.

6. Bericht und Antrag: Baukredit Modulare Schulraumprovisorien Nr. 164/15

Gemäss Martin Heiz war das Eintreten in der BK unbestritten. Dieses Provisorium kann nun für die Sanierung des Kirchbühl- und auch für das Brunnmattschulhaus genutzt werden. Die Lebensdauer eines solchen Provisoriums beträgt 40-50 Jahre. Die Module entsprechen dem Minergie-Standard. Es wurde auch über die Lage des Provisoriums diskutiert. Doch für die Schule ist das Provisorium an der richtigen Stelle. Muss mit diesem Bau doch auch noch auf die Kanalisation und die Drainageleitungen in der Wiese Rücksicht genommen werden. Ebenso muss auch mit diesem Bau der Waldabstand von 20 Meter eingehalten werden. Auch müsste an einer anderen Lage die Kanalisation und die Dachentwässerung nach vorne gepumpt werden. Das Baubewilligungsverfahren ist, da die Zeit drängt, bereits am Laufen. Sollte dieses nochmals neue aufgelegt werden müssen, wäre das Provisorium bis zum Baustart nicht vorhanden und es müsste mit Verzögerungen beim Baubeginn zur Sanierung des Kirchbühlschulhauses gerechnet werden. Ebenfalls würde das auch zu Verzögerungen beim

Brunnmattschulhaus führen. Der vorliegende Kredit ist inklusive der Lüftung und der Zertifizierung. Der Gemeinderat ist aber der Meinung, dass auf eine Zertifizierung für das Provisorium verzichtet werden kann. Es wurde der Antrag gestellt, auf den Einbau der Lüftung und die Zertifizierung zu verzichten. Da keine Zertifizierung gemacht wird, könnte man ebenfalls auf die Lüftung verzichten. Es ist aber alles vorbereitet, dass zu einem späteren Zeitpunkt die Einzellüftungen ohne Probleme eingebaut werden können. Dieser Antrag wurde mit 4:3 Stimmen aber abgelehnt. Dann wurde noch über den Antrag abgestimmt, ob heute bereits die Zertifizierung gemacht werden soll. Dieser Antrag wurde mit 5:2 Stimmen abgelehnt. Somit stellt die BK den Antrag auf die Zertifizierung zum heutigen Zeitpunkt zu verzichten. Dem Beschlusstext mit der Reduktion der Zertifizierung von Fr. 25'000.00 wurde mit 6 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

Christine Kaufmann-Wolf führt aus, dass das Eintreten für die BiK unbestritten war. Alle Mitglieder haben sich für den Kauf statt Miete der modularen Schulpavillons ausgesprochen. Der Kauf lohne sich alle mal. Dadurch sei ein Investitionsschutz möglich und die Gemeinde erhalte eine gewisse Flexibilität für die Zukunft. Vorausschauend ist auch, dass es sich um zwei Pavillons handle und nicht nur um ein Gebäude. Die modularen Pavillons können nach den Sanierungsphasen von Kirchbühl 1+2 beim Brunnmatt weiter eingesetzt werden und zwar gemäss dem Bedarf der Schulraumplanung. Beispiele dafür ist der Ausbau im Schulhaus Brunnmatt oder Kuonimatt, für den dringend nötigen IF-Schulraum im Obernau oder sei es für zukünftige Horte. Die Möglichkeiten sind vielfach. Die Verschiebung des Standorts vom Pausenplatz Kirchbühl weg zur Krauerwiese kann nachvollzogen werden. Es ist sicherlich ein besserer Ort, denn die BiK ist sich der Gefahr einer Baustelle für die Schüler bewusst. Zudem können so die Bauarbeiten ungehindert vorankommen. Das ist einleuchtend, denn es muss zügig vorangehen. Die BiK bekennt sich positiv zum Standort Krauerwiese. Der Standort selber ist zentral und daher sehr gut erreichbar. Auch für die kleineren Schüler vom Schulhaus Brunnmatt. Der Pavillon kann mit einem sicheren Schulweg durch die Quartiere erreicht werden. Bei den Kindergärtnern muss dies dann nochmals genauer angeschaut werden. Diese kommen bereits mit 4 ½ Jahren in den Kindergarten. Eine Möglichkeit wäre ein Pedibus. Ein Nachteil ist, dass die Spielwiese leider für drei Jahre eingeschränkt ist. In Anbetracht der wichtigen, jedoch nur temporären Zwischenfunktion für die drei Schulhäuser, sei dies jedoch vertretbar. Bei der Platzierung auf der Wiese haben BiK-Mitglieder Bedenken geäussert. In der Kommission wurde diskutiert, ob es nicht möglich sei, die Bauten nach hinten gegen den Wald zu verschieben. Denn so wäre auch für die drei Jahre des Provisoriums eine Spielwiese vorne an der Strasse möglich. Gemäss den Antworten von Matthias Senn ist es jedoch nicht so einfach das Ganze nach hinten zu schieben. Zu diskutieren gab auch der Lüftungseinbau und die Minergie-Zertifizierung. Die Mehrheit der BiK möchte in die Provisorien auf die Minergie-Zertifizierung und auf den Lüftungseinbau verzichten. Diese sollen erst bei der Festinstallation eingebaut werden. Da diese Themen bautechnische Themen sind, hat sich die BiK abgesprochen, dass die BK dies behandeln soll. Sollte die BK keinen solchen Antrag stellen, wird die BiK diesen stellen. Somit wurde dieser Antrag mit Verzicht der Lüftungseinbau im Provisorium eingereicht. Der Verzicht der Minergie-Zertifizierung wurde durch die BK eingereicht. Die BiK hat schlussendlich einstimmig dem Baukredit zugestimmt. Der Gemeinderat hat eine gute Sache für die Zukunft geplant. Somit ist man flexibel für die Schulraumplanung.

Die FGK hat laut Roger Erni über die finanziellen Auswirkungen des B+A debattiert. Es ist ihr ein Anliegen, dass sie darauf aufmerksam macht, was man vorfindet bezüglich des vom Parlament abgelehnten Finanzplans. Dieser wird auch mit dem vorliegenden B+A insofern nicht besser bzw. gültiger. Weil wenn der Gemeinderat die strategischen Entscheide vor allem zum Brunnmatt fällt und diese Renovationen in die Zeitperiode 2015-2019 reinkommen, wird diese Planung über den Haufen geworfen. Judith Luthiger-Senn hat dem Einwohnerrat versprochen, dass 40 Mio. Franken bis ins 2019 reichen. Das fordert die verantwortungsvolle FGK. Das

Eintreten ist unbestritten aber zu den Punkten Minergie, Dachbegrünung und Miete oder Kauf gibt es unterschiedliche Meinungen bzw. Fragen. Es ist nicht ganz klar, ob die Entscheidung in diesem Rate, dass gemeindeeigene Bauten im Minergie-Standard auszuführen seien, auch für diese Modulare Schulräume gilt. Die Abstimmung fiel mit 6:1 Stimmen für die Minergie-Zertifizierung aus. Die Option der Dachbegrünung wurde mit 3:3 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten nicht bewilligt. Die Frage, ob Miete oder Kauf beschäftigte die FGK auch noch. Verdankenswerterweise wurde allen Kommissionen ein Papier ausgeteilt, welches die Gegenüberstellung der Kosten aller geprüften Versionen aufzeigt. Mit diesem Papier ist die Diskussion über die Miete dieser Container kurz geblieben. Es wurde noch erwähnt, dass die Kosten von der Miete ERNE und Miete FAXI gegenübergestellt wurden. Es wurde jedoch moniert, dass wenn eine dritte Variante gerechnet worden wäre, hätte dies vielleicht auch noch anders ausgesehen. Wichtig in dieser Angelegenheit ist der Fakt, dass die heute zu bewilligenden Schulräume 10 Jahre und mehr in Kriens als Schuleinheiten eingeplant werden sollen. Der Baukredit wird mit 7 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat gemäss René Zosso den Baukredit für die modularen Schulraumprovisorien studiert und diskutiert. Die Fraktion nimmt den B+A zur Kenntnis und wird den Kredit genehmigen. Im Rahmen der Diskussionen ergaben sich jedoch einige Fragen, welche sie dem Gemeinderat per Mail stellte. Die Antworten haben alle Einwohnerratsmitglieder erhalten. Insbesondere bei der Frage nach der Notwendigkeit der ursprünglich eingerechneten Lüftung und der Minergie-Zertifizierung spaltete sich die Fraktion. Dieses Bild spiegelt sich auch in den Anträgen der BK und der BiK wider. Der Sprechende ist der Meinung, dass wenn die Lüftung später sowieso eingebaut werden muss, sollte dies besser gleich von Anfang an gemacht werden. Offensichtlich ist ja das Zügeln der Lüftungsgeräte kein Kostenfaktor. Untersuchungen des Kantons Zürich vom Mai 2012 zeigen nämlich, dass in einem Oberstufenklassenzimmer mit Minergie-dichten Fenstern bereits nach 20 Minuten der CO₂-Spiegel soweit angestiegen ist, dass die Konzentrationsfähigkeit der Schüler spürbar nachlässt. Welche Klasse lüftet schon das Schulzimmer alle 20 Minuten für 5-10 Minuten, weil die Luft dann verbraucht ist? Den Schülerinnen und Schülern soll doch ein gutes Raumklima ohne störende Lüftungsaktionen gegönnt werden. Fragezeichen hat es des Weiteren auch bezüglich der Minergie-Zertifizierung gegeben. Hier plädiert die CVP/JCVP/GLP-Fraktion eigentlich für eine Zertifizierung am definitiven Standort, wenn es denn irgendwann einen solchen gibt. Inzwischen haben René Zosso's Abklärungen aber ergeben, dass es schlauer wäre, die Zertifizierung jetzt sofort zu machen. Dann erhält Kriens das Fördergeld von mindestens Fr. 20'000.00 auf sicher. Es besteht keine Pflicht, beim Standortwechsel eine Rezertifizierung zu machen und es ist auch von der Vorbildfunktion her nicht nötig, solange der Standard der Pavillons nicht vermindert wird. Hingegen ist es völlig ungewiss, ob dannzumal der Förderbeitrag noch besteht und ob die Anforderungen der Pavillons an Minergie-ECO dann noch genügen. Die finanzielle Förderung der Energiewende ist Spielball der Politik und niemand weiss heute, was morgen gilt. Das heisst, wenn man jetzt die Minergie-Zertifizierung macht, erhält Kriens das Fördergeld. Somit wäre der Fall abgeschlossen. Wenn die Minergie-Zertifizierung erst am definitiven Standort gemacht wird, ist nicht klar, ob die Fördergelder gesprochen werden. Weiter stellte sich die Frage nach dem Standort auf der Wiese. Diese ist ein beliebter Raum für verschiedenste Freizeitaktivitäten der Krienserinnen und Krienser. Deshalb sollte mit dem Platz sparsam umgegangen werden, denn durch das Provisorium ist dieser Freiraum praktisch für vier Jahre blockiert. Sollte aber der bereits angelaufene Prozess der Umsetzung durch solche Korrekturen gefährdet werden und die Termine nicht eingehalten werden können, ist wohl darauf zu verzichten. Im Sinne ihres Antrages sollte aber das Machbare unbedingt geprüft werden. Unabhängig von diesen Fragen stimmt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dem Projekt zu. Es wurde sorgfältig geprüft und die sinnvollste Variante evaluiert. Sie plädiert dazu, dass die Lüftung und die Minergie-Zertifizierung sofort gemacht werden. Es macht Sinn etwas „Wertigeres“ als das Billigste zu beschaffen, weil es über lange Zeit seiner Bestimmung nachkommen kann. Auch die Frage kaufen oder mieten ist für sie geklärt. Bei der rasanten

Entwicklung, die Kriens momentan durchmacht, dürfte noch lange Zeit Bedarf für diese Schulausseinheiten sein. Mieten würde also auf jeden Fall teurer. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nimmt den B+A zur Kenntnis und wird ihn genehmigen.

Laut Räto Camenisch betrachtet es die SVP-Fraktion als gescheit, wenn diese Einheiten gekauft werden. Kriens ist eine grosse Gemeinde und es ist absehbar, dass diese auch gebraucht werden. Die Demografie zeigt, dass weiterer Schulraum benötigt wird. Selbst wenn diese Pavillons ein Jahr nicht gebraucht werden, lohnt es sich trotzdem. Es muss langfristig gedacht werden. In späteren Jahren könnte man aus den Pavillons durchaus auch Vereinslokale machen. Dies wäre für die Gemeinde ein bleibender Benefit. Die Lüftung ist der Kernpunkt. Diese wird für die Zertifizierung benötigt. Die SVP-Fraktion sieht dies als Schischi an. In Kriens gibt es keine Schulzimmer, die so belüftet sind. Als der Gemeinderat die Pavillons beabsichtigt hat, waren diese auch nicht belüftet. Da Kriens aber eine reiche Gemeinde ist, kann man es sich offenbar leisten eine Viertel Million für etwas auszugeben, was andere nicht brauchen. Selbstverständlich ist die SVP-Fraktion auch gegen die Begründung, denn dies ist Luxus. Kriens braucht zweckmässige Pavillons, die auch verschoben werden können. René Zosso hat bereits angedeutet, weshalb die Pavillons in mitten auf der Krauerwiese stehen. Hätte man dies nicht gescheiter stellen können, damit die Wiese noch für andere Zwecke gebraucht werden kann?

Thomas Lammer führt aus, dass das Eintreten auf den vorliegenden B+A in der FDP-Fraktion unbestritten ist. Sie dankt dem Gemeinderat für den vorausschauenden Bericht und unterstützt das aufgezeigte Vorgehen. Kontrovers war in ihrer Fraktion vorerst die Frage, ob Miete oder Kauf. Schlussendlich überwogen aber die Argumente für den Kauf eindeutig. Dadurch entsteht doch auch eine Win-Win-Situation für die Zukunft. Wie Räto Camenisch angedeutet hat, sind verschiedene Nutzungsmöglichkeiten da. Es ist aber auch sicher, dass die Nutzung der Gebäude über die drei Jahre hinaus gewährleistet ist und entsprechend in die Schulraumplanung aufgenommen wird. Dadurch können die Elemente an ihren "definitiven" Standort verschoben werden, dort wo Schulraum benötigt wird. Damit kann an einem neuen Standort auf den Ausbau des bestehenden Gebäudes verzichtet oder teilverzichtet werden, was sich finanziell positiv auswirken wird. Sollte zudem der Bedarf in Kriens einmal nicht mehr vorhanden sein, so können die Pavillons auch veräussert oder vermietet werden. Bezüglich des Standorts auf der Krauerwiese unterstützt die FDP-Fraktion den Vorschlag gemäss B+A. Dieser wurde von den Nutzern, nämlich der Schule und in Zusammenarbeit mit den Baufachleuten ermittelt und empfohlen. Eine Verschiebung erachtet sie zum heutigen Zeitpunkt als unverhältnismässig und mit zusätzlichen Kosten verbunden. Weiter ist eine zeitliche Verzögerung für die Ersteller und Nutzer schlecht. Betreffend der Minergie-Zertifizierung hat die FDP-Fraktion eine klare Meinung. Diese soll vorgenommen werden, aber erst am definitiven Standort. Genauso ist sie der Meinung, dass die Komfortlüftung erst am definitiven Standort eingebaut werden soll. Somit unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag der BiK.

Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich laut Yasikaran Manoharan beim Gemeinderat für die Erarbeitung des B+A. An der Einwohnerratssitzung vom 11. Dezember 2014 konnte man anlässlich des Baukredits Kirchbühl deutlich heraushören, dass der Einwohnerrat mehr über die Strategie und die Umsetzung der Schulraumprovisorien wissen möchte. Der vorliegende B+A gibt Aufschluss darüber. Die SP/JUSO-Fraktion ist an einer effizienten, flexiblen und vor allem langfristigen Lösung interessiert. In der Gesamtbetrachtung scheint die Kaufvariante gegenüber der Mietvariante längerfristig gesehen sicher die wirtschaftlichste Lösung zu sein. Bezüglich der Umsetzung ergaben sich noch einige Fragen, wie zum Beispiel über die Platzierung und Platzgestaltung auf der Krauerwiese. Die Begründung dazu seitens des Baudepartements scheint plausibel. Die Verschiebung gegen den Wald löst schliesslich einen technischen, so-

wie finanziellen Mehraufwand aus und verringert zudem die benutzbare Spielweise bzw. sie teilt sie in zwei kleinere Spielhälften ein. Dies sieht die SP/JUSO-Fraktion als Qualitätsminderung des Platzes. Letztlich stellt sich auch die Frage, ob es Sinn macht durch die Versetzung den Ausführungstermin zu gefährden. Die SP/JUSO-Fraktion kann jedenfalls mit dem gewählten Standort sehr gut leben. Die Frage betreffend der kontrollierten Raumlüftung hat ja bei allen Parteien grosse Diskussionen ausgelöst. Vorneweg sei klar gestellt, dass hier nicht von Provisorien, sondern über den Kauf von mobilen Schulräumlichkeiten für den Gebrauch von 20-30 Jahren gesprochen wird. Provisorisch ist lediglich die Platzierung auf der Krauerwiese. Man hat es also mit Gebäuden zu tun, welche ähnliche Eigenschaften und Qualitäten aufweisen wie Neubauten. Die Bauweise hat sich aber in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Aspekte wie Energieverbrauch, Materialanforderungen und Wohnkomfort sind heute deutlich stärker gewichtet als zuvor. Dabei spielt die Gebäudehülle eine zentrale Rolle. Da die Bauhülle heutzutage so dicht wie möglich sein sollte, wird die natürliche Lüftung deutlich vermindert. Somit wird der Energieverbrauch reduziert, was ja das Kernziel des Minergie-Standards ist. Der Wärmeverlust beim Stosslüften und bei gekippten Fenstern ist ziemlich hoch und schlussendlich bei Minergie-Gebäuden kostenintensiv. Eine Lüftung in Kombination mit einer Wärmerückgewinnungsanlage macht energetisch gesehen schon Sinn, denn die verbrauchte Luft wird abgeführt und dabei der Frischluft Wärme zugeführt. So kann man effektiv Heizkosten sparen. In diesen Schulräumen werden sich regelmässig 15-20 Personen aufhalten, was zu einer hohen Luftfeuchtigkeit führen kann. Im Zusammenhang mit einer dichten Bauhülle können schnell mal Feuchtigkeitsschäden an der Bausubstanz entstehen. Wenn dann Feuchtigkeitsschäden entstehen, merkt man rasch, dass es bei der kontrollierten Lüftung dann nicht mehr nur um die Energie und Komfort geht, sondern auch um die Gesundheit. Die Gemeinde Kriens mit dem Label Energiestadt hat die Verantwortung hinsichtlich der Gesundheit gegenüber den Schülern und dem nachhaltigen Umgang mit Energie wahrzunehmen. Die SP/JUSO-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A mit dem Antrag der Lüftung. Die Zertifizierung kann jetzt oder auch erst nach drei Jahren vorgenommen werden.

Fabian Takacs bedankt sich im Namen der Grüne/JG-Fraktion vorab für die Erarbeitung dieses B+A. Sie ist mit der Stossrichtung in Sachen Schulraum-Provisorien einverstanden. Nach den Erläuterungen in der Baukommission ist sie ebenfalls der Meinung, dass der Kauf die sinnvollere Option darstellt, als die Provisorien zu mieten. Auch der Standort auf der Krauerwiese ist bei ihr nicht umstritten. Lediglich, die bereits in den diversen Gremien und hier drin besprochene Frage nach der genauen Platzierung der Provisorien auf der Wiese hat auch in der Grüne/JG-Fraktion zu reden gegeben. Sie sieht und versteht zwar die Argumentation der involvierten Personen der Schule und der Experten, dass technische Aspekte höher gewichtet werden als städtebauliche. Sie ist aber nicht sicher, ob sich die Bevölkerung über die platzverschwendende Platzierung der Provisorien sehr freut. Die jetzige Positionierung auf der Krauerwiese nimmt, unabhängig von den gemachten praktischen, schultechnisch-relevanten Überlegungen, einen Grossteil von der rege benützten Sportwiese in Anspruch. Der gesamte Teil hinter den Provisorien wird für die Bevölkerung für mindestens vier Jahre mehr oder weniger unattraktiv zur Benützung. Da wäre es wichtig, wenn der Gemeinderat das klar der Bevölkerung kommunizieren könnte, um nicht den Anschein zu erwecken, dass die Platzierung eher den Technokraten gefällt als der Bevölkerung. Bezüglich der Diskussion um Minergie-Standard und damit Diskussion um adäquate Lüftung Ja-Nein kann folgendes gesagt werden. Das Abstimmungsergebnis zum Heiz-Standard im Kirchbühschulhaus hat gezeigt, dass die Bevölkerung sehr wohl ein Gespür und Interesse an einer ökologischen Ausstattung von gemeindeeigenen Gebäuden hat. Umso erstaunter ist die Grüne/JG-Fraktion, dass jetzt Politikerinnen und Politiker von vergoldeten modularen Schulraumprovisorien reden, wenn es darum geht, die Provisorien mit einer anständigen Lüftung auszustatten. Jugendliche müssen einen beachtlichen Teil ihrer Schulzeit in diesen Provisoren verbringen. Das kann schon mal per se nicht vergoldet sein. Jetzt aber ganz im Sinne des unsinnigen Sparwahns einzelne Details vom 4.24 Mio. Franken Kredit wegzustreichen, nur um seinem Image als Sparexperten ge-

recht zu werden, ist mehr als fragwürdig. Kriens hat eine demokratisch legitimierte Strategie und diese sieht vor, dass man bei gemeindeeigenen Bauten, wenn möglich, Minergie-Standard aufweist, nicht zuletzt, um als Gemeinde eine Vorbild-Funktion wahrzunehmen. Mit einer adäquaten Lüftung sind diese Provisorien nicht vergoldet, sondern entsprechen einfach der Gemeindestrategie und bieten den Schülerinnen und Schülern einen gewissen Komfort in der sonst provisorisch eingerichteten Atmosphäre auf der Krauerwiese. Es wurde vermehrt gesagt, man könnte ja dann die Lüftung installieren, wenn die Provisorien nicht mehr auf der Krauerwiese stehen, sondern an einem fixen Ort. Wäre dem so, wäre es schön. Aber ganz ehrlich, glaubt die Grüne/JG-Fraktion hier handelt es sich wie so oft um leere Versprechungen. Solche nachträglichen Installationen gehen nur zu gern vergessen. Der Gemeinderat ist nicht der Meinung, dass man auf die Zertifizierung und die Lüftung verzichten kann. Im B+A steht, dass die Lüftung und die Zertifizierung dazugehören. Alles andere ist Humbug.

René Zosso glaubt nicht, dass die Lüftung Schischi ist. Wenn der Minergie-Standard diese Lüftung vorschreibt, dann machen die das nicht um der Heizungsindustrie Aufträge vorzuenthalten, sondern weil die wissen, was es bedeutet in einem dichten Wohnraum zu leben. Dicht heisst hier praktisch hermetisch. Wenn man sagt, dass es in den heutigen Schulhäusern ohne geht, dann spricht man von einer anderen Qualität. Das ist nicht das gleiche System. Das Resultat wird vermutlich sein, dass nach einer halben Stunde die Kippfenster geöffnet werden und auch offen bleiben. Energetisch gesehen ist dies Blödsinn. Der Sprechende findet nicht, dass eine Lüftung Luxus ist. Das ist ein neues System und dieses verlangt gewisse Massnahmen, damit es im Innern angenehm ist.

Roland Schwizer weist darauf hin, dass im B+A die Minergie-Lüftung separat ausgewiesen ist. Er geht davon aus, dass der B+A von Fachleuten erstellt wurde. Wenn er von Fachleuten gemacht worden ist, wäre die Lüftung bereits integriert und man müsste nicht darüber diskutieren. Es zeigt, dass über diesen Punkt diskutiert werden kann. Wenn man die Lehrerschaft hört, möchten die das gar nicht. Der Sprechende ist dafür, dass die Lüftung nicht installiert und deshalb auch nicht zertifiziert wird.

Erich Tschümperlin begrüsst es sehr, dass sich der Gemeinderat für eine qualitativ gute Lösung entschieden hat. Dies erspart Kriens später bei den Betriebskosten finanzielle Überraschungen. Es ist eine Lösung, die für alle Betroffenen einen guten Schulbetrieb ermöglicht. Bei früheren Provisorien, wie im Gabeldingen, war dies nicht der Fall. Dort hat die Kälte-, Hitze- und Lärmbelastung den Schulbetrieb eingeschränkt. Was ihn irritiert ist, dass die BiK einen Antrag gegen die Lüftung stellt. Die BiK kümmert sich ja um die bildungsrelevanten Belangen, wie gute und gesunde Schulräume. Dann kann sie eigentlich nur eine Komfortlüftung fordern. Dieser Weg garantiert, dass während der ganzen Schulstunde genügend Sauerstoff da ist. Genügend Sauerstoff ist eine wichtige Voraussetzung beim Lernen. Gut isolierte Gebäude brauchen eine Komfortlüftung. René Zosso hat dies bereits schon ausgeführt. Während der Stunde die Fenster zu öffnen, damit die Schüler nicht umkippen, ist keine Alternative. Von aussen kommt Lärm hinein und energetisch ist es ein Blödsinn. Bei gut isolierten Gebäuden geschieht der grösste Wärmeverlust beim Lüften. Die Komfortlüftungen enthalten einen Wärmetauscher. Dieser heizt im Winter die frische Luft vor oder kühlt sie im Sommer ab. Geöffnete Fenster bleiben in der Regel zu lange offen. Der Einwohnerrat hat sich vor einiger Zeit darüber ausgesprochen, dass gemeindeeigene Gebäude im Minergie-Standard auszuführen sind. Solche Entscheide sollten für eine gewisse Zeit respektiert und nicht bei jedem Bauprojekt in Frage gestellt werden. Hier braucht es eine gewisse Kontinuität und Verlässlichkeit des Einwohnerrates. Im Einwohnerrat sind erst kürzlich verschiedene Vorstösse zum Thema Energiesparen eingegangen. Heute werden gleich zwei davon behandelt. Das Krienser Stimmvolk hat sich für eine nachhaltige Energieversorgung beim Schulhaus Kirchbühl ausge-

sprochen. Dank der BiK wird nun wieder über dieses Thema diskutiert. Erich Tschümperlin hat mit einer Sabotage der Krienser Energiepolitik aus diesem Ecken nicht gerechnet. Die Lösung des Gemeinderates bietet auch den grösstmöglichen Investitionsschutz. Ein längerfristiger Einsatz oder gar ein Verkauf ist nur dann möglich, wenn man ein unabhängiges, anerkanntes Zertifikat hat. Wenn heute in der Zeitung die Immobilienseiten geöffnet werden, stellt man fest, dass die meisten Objekte Minergie zertifiziert sind. Das ist heute Standard und nicht mehr wegzudenken. Dies hat damit zu tun, dass heute anders gebaut wird als früher. Deshalb wäre es auch fahrlässig wenn ein gutes Gebäude gebaut und dann wegen 0.6 % der Kosten auf die Zertifizierung verzichtet wird. Es ist nicht Schischi und Kriens hat bereits Gebäude mit Lüftungen, wie z.B. der Kinderhort Meiersmatt und Roggern. Es hat damit zu tun, dass die Gebäude heute dicht sind. Es kann zu Schimmelschäden und Feuchtigkeit führen. Deshalb braucht es eine Lüftung. Ein nachträglicher Einbau der Komfortlüftung macht gar keinen Sinn. Die Lüftung wird jetzt für die Schulkinder gebraucht und nicht später, wenn man es verkaufen möchte. Zudem ist das Nachrüsten sicher teurer und meistens ein Flickwerk. Es ist nicht so, dass diese Geräte einfach so eingebaut werden können. Die Lüftungsrohre müssen alle gereinigt werden, was einige tausend Franken kostet. Es ist sinnlos, wenn man es sowieso machen möchte. Deshalb soll es jetzt gemacht werden, dann erhält man die Beiträge für die Zertifizierung und die Kinder haben etwas davon.

Beat Tanner fragt sich, wer der Nutzer ist. Die Nutzer sind primär die Lehrer und Schüler. Diese müssen wissen, was für sie besser ist. Vielleicht müsste man einen Vergleich mit dem Turmatt Schulhaus in Stans machen. Die Kinder gehen gar nicht gerne in dieses Schulhaus, weil sie frieren und immer krank sind. Man soll nicht nur auf die Energiepolitik setzen, sondern auch schauen, was der Bedarf der Nutzer ist. Die FDP-Fraktion ist nicht gegen die Lüftung, jedoch erst am definitiven Standort. Während den drei Jahren gibt es sicher auch weitere Entwicklungen. Wenn dann ein Teil ins Kuonimatt versetzt wird, kann dies mit dem Schulhaus angehängt werden. So hat man Vorinvestitionen getätigt, die dann nicht gebraucht werden können. Es soll primär geklärt werden, ob es die Nutzer wollen.

Gemäss Räto Camenisch hat man die Aussagen von Erich Tschümperlin nun gehört. Er hat so gesprochen, als würde es hier um eine riesige Überbauung gehen. Er vergisst, dass 99 % der Schüler in der Schweiz die Fenster öffnen und so Frischluft erhalten. Wenn von Sabotage gesprochen wird, wenn man eine andere Meinung hat, ist dies schwerwiegend. Dann spricht er auch von Sabotage an den Gemeindefinanzen, wenn eine viertel Million Franken für etwas ausgegeben wird, dass gar nicht nötig ist.

Rolf Schmid erwähnt, dass in der Sanierungsvorlage zum Schulhaus Kirchbühl klar gesagt wurde, dass dort eine Komfortlüftung eingebaut wird. Der Grund dafür ist, dass man Schimmelbildung verhindern möchte. Deshalb schliesst er aus den Voten, dass es wichtiger ist, dass die Mauern keinen Schimmel bilden, als wenn Schüler oder Lehrpersonen im Unterricht einnicken. Der Sprechende kann die Erfahrung gemäss Beat Tanner in Stans nicht stützen. In seiner Arbeitsgemeinde hat man Erfahrung mit einem Minergie-P Schulhaus, welche in eine andere Richtung geht. Diese Aussagen erhärten sich in diesem Schulhaus gar nicht. Die Lehrerschaft in Kriens hat die Erfahrung, dass gelüftet wird, sobald frische Luft gebraucht wird. Die Wenigsten haben Erfahrung mit Minergie-Schulräumen. Was dies für Auswirkungen hat, können die Wenigsten sagen. Deshalb soll man auf die Energiefachleute hören und dem zustimmen. Bezüglich der Finanzen kann Kriens zum heutigen Zeitpunkt Fr. 20'000.00 an Fördergelder erwarten. In vielleicht vier Jahren erhält Kriens dann nichts mehr. Der Sprechende staunt, dass bei den heutigen Finanzproblemen einfach so Fr. 20'000.00 in den Sand gesetzt werden.

Katja Staub möchte wissen, wie viel die ERNE AG für die Räume und wie viel Prozent der Lüftung sie nach 5-10 Jahren zurückzahlen würde.

Alfons Graf stellt fest, dass die Container mit oder ohne Lüftung gebraucht werden. Er möchte wissen, was passiert, wenn die Schulhaussanierungen abgeschlossen werden. Hat der Gemeinderat diesbezüglich schon Pläne? Im B+A kann gelesen werden, dass diese eventuell weiter vermietet werden. Auch ein Rückkauf der ERNE AG ist eine Möglichkeit. Kann der Gemeinderat heute garantieren, dass die Container später nicht als Asylunterkunft zur Verfügung gestellt werden?

Erich Tschümperlin kommt zu der Aussage von Beat Tanner zurück. Es ist schwierig die Nutzer zu fragen. Ein neues System hat in der Regel etwas, was die Nutzer nicht kennen und haben keine Erfahrung damit. Der Sprechende wohnt auch in einem Haus mit einer Komfortlüftung. Seine Familie ist nicht mehr verkältet oder hat sonst etwas. Wenn dichte Gebäude gebaut werden und ein neues System vorhanden ist, braucht es auch neue Technik dazu. Mit der Komfortlüftung hat man die Erfahrung gemacht, dass man mehr Energie rausholen kann. Es geht aber hauptsächlich um das Raumklima. Der CO₂-Anteil steigt relativ schnell und so hat man einen Sauerstoffmangel. Bei den alten Gebäuden wo es bei den Fenstern hineinzieht, hat man immer Frischluft, dafür wird ziemlich viel Heizöl gebraucht. Es ist nicht der richtige Weg, wenn die Lehrer gefragt werden. Bezüglich Fehlinvestitionen kann Erich Tschümperlin auch beruhigen. Eine Komfortlüftung besteht aus einem Gerät und aus Rohren, die im Gebäude installiert werden. Dass es in nächster Zeit eine neue Technologie gibt, ist fraglich. Diese Technologie ist auch schon relativ alt. In Schweden werden solche Lüftungen schon seit 20-30 Jahren eingebaut. Die technologischen Sprünge sind durch. Deshalb werden keine Fehlinvestitionen getätigt. Die Geräte werden pro Schulmodul eingebaut und sind nicht zentral. Man würde dies in der Kuonimatt nicht an eine Hauptheizung anhängen. Das bietet andere Probleme. Deshalb ist der Gemeinderat hier richtig vorgegangen.

Davide Piras findet es spektakulär wie viele Informationen zusätzlich zum B+A in den Fraktionen, Kommissionen und sonst noch dazu kommen. Dies steht alles nicht im Baukredit. Hoffentlich wurde der Wissensdurst nun heute gestillt. Die Minergie-Gebäude werden dichter gebaut, was dazu führt, das Lüften erforderlich ist. Dies kann nicht erst nach einer Stunde erfolgen, sondern bereits vorher. Wenn der CO₂-Anteil steigt, sinkt die Konzentration. Eine kontrollierte Lüftung bringt nicht nur eine besser Luft mit sich, sondern senkt die Betriebs- & Heizkosten der Gemeinde. Eine kontrollierte Lüftung lüftet intelligent und spricht so für sich. Aus diesen Konsequenzen ist er der Meinung, dass die Lüftung benötigt wird. Wenn die Lüftung eingebaut wird, soll auch gleichzeitig die Zertifizierung vorgenommen werden. Heute weiss man, dass das Fördergeld bezahlt wird.

Enrico Ercolani möchte Erich Tschümperlin sagen, dass in den neu korrekt isolierten Häusern keine Gefahr von Feuchtigkeit besteht. Wenn es Schimmel gibt, müsste ein Isolationsfehler vorliegen. Das sind die Erfahrungen. Es gibt jedoch andere Argumente, dass die Gebäude derart dicht sind, dass Lüften zwingend ist. Der Sprechende schlägt vor, dass die Lüftung eingebaut wird, wenn der Standort definitiv ist. Enrico Ercolani glaubt an die Zukunft und denkt, dass es immer noch neues und besseres gibt. Wenn es dann besser oder auch gleich gut ist, ist der richtige Zeitpunkt für den Einbau dann, wenn die Pavillons dort stehen, wo sie auch bleiben.

Martin Heiz meint, der Gemeinderat soll darüber aufklären, wie die Lüftung aussieht. Nach Informationen in der BK gibt es nicht eine Lüftung für den gesamten Pavillon, sondern pro Zimmer eine. Es sind zwei Pavillons mit je acht Schulzimmern. Der Sprechende ist sich nicht sicher, ob diese dann zentral gesteuert werden oder jeder Lehrer seine Lüftung selber steuert. Das gibt dann 16 Einzellüftungen, die dort laufen. Man weiss ja, dass ein Minergie-Haus keine Energie brauchen soll. Diese Lüftungsgeräte benötigen jedoch Strom, damit diese überhaupt laufen. Martin Heiz weiss nicht, wie dann die Energiebilanz unter dem Strich aussieht. Ingenieure könnte dies ja mal berechnen.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ging man in der BiK davon aus, dass es hier um bautechnische Themen geht, die die BK behandelt. Sie haben den B+A trotzdem genau angeschaut und das mit der Lüftung festgestellt. Das Minergie-Schulhaus, welches die Sprechende mit dem Gemeinderat anschauen konnte, hat keine Lüftung. Diese haben auch ohne Lüftung ein gutes Raumklima. Wenn im B+A die Option steht, dass es weggelassen werden kann, dann geht sie davon aus, dass dies auch so ist. Die BiK war nicht vollkommen gegen die Lüftung. Die Mehrheit der BiK sagte jedoch, dass beim Provisorium die Lüftung noch nicht installiert werden soll, sondern erst am definitiven Standort. Die Vorarbeiten sollen geleistet werden, aber erst später angeschlossen. Das gleiche gilt bei der Minergie-Zertifizierung. Die Sprechende ging davon aus, dass diese Fr. 25'000.00 kostet. Wieviel Fördergelder gesprochen werden, wusste die BiK vorgängig nicht. Sie ist sich nicht sicher, ob wegen des eventuellen Stopps der Auszahlung von Förderbeiträgen diese Lüftung bereits zum jetzigen Zeitpunkt eingebaut werden soll. Sie findet, man müsse dieses Risiko des Stopps eingehen, statt zweimal eine Minergie-Zertifizierung zu bezahlen.

Gemäss Matthias Senn ist es gut, dass man die Flexibilität hat, dass das Brunnmatt erst 2017/2018 saniert wird. Es ist zumutbar, dass die Schüler des Brunnmatts auf die Krauerwiese gehen. Es war auch für den Gemeinderat ein Befreiungsschlag, als man diese Lösung gefunden hat. Der Gemeinderat dankt, dass diese Lösung grundsätzlich auf Akzeptanz stösst. Der grosse Streitpunkt ist einmal mehr die Energie. Im Einwohnerrat wurde bereits eine Diskussion über die Pelletheizung und Minergie Zertifizierung der Horte geführt. Bei den Horten mussten wegen der Minergie-Zertifizierung auch Komfortlüftungen eingebaut werden. Dort gibt es eine geringere Aufenthaltsdauer als in den Schulzimmern. Darum war es für den Gemeinderat klar, dass diese Strategie weiter verfolgt wird und deshalb vorschlägt, dass die Komfortlüftung eingebaut wird. Die Komfortlüftung hat Vorteile beim Komfort und der Energie. Der Gemeinderat distanziert sich von den Aussagen bezüglich der Gesundheit. Im Kirchbühl Schulhaus ist es eine ganz andere Ausgangslage. Dies ist ein Altbau, der gedämmt wird. Der Bauphysiker hat gesagt, dass bauphysikalische Probleme eintreten können, wenn keine Komfortlüftung eingebaut wird. Deshalb wurde dies aus technischen und energiepolitischen Gründen vorgeschlagen. Der Pavillon ist ganz neu und wenn man hier befürchten muss, dass es zu schimmeln beginnt, wenn keine Komfortlüftung eingebaut wird, wäre es ein schlechtes Produkt. Der Gemeinderat hat es als Modul aufgezeigt, wie es bestellt werden muss. Die Referenzprojekte, die angeschaut wurden, haben keine Komfortlüftung. Die Lüftung muss zusätzlich bestellt werden. Der Gemeinderat schlägt vor die Komfortlüftung einzubauen. Wenn man es in drei Jahren realisieren will, kann es auch heute schon gemacht werden. Die Kosten müssen so oder so getätigt werden. Bei der Zertifizierung wurde auch vorgeschlagen, dies zu machen. Der Gemeinderat wusste aber nicht, dass die Zertifizierung zwei Mal, also beim Provisorium und am definitiven Standort vorgenommen werden müsste. Es soll zertifiziert werden, aber die Frage ist wann. Wenn die Zertifizierung jetzt gemacht wird, kann sie nicht an den neuen Standort mitgenommen werden. Die Energieansprüche wären jedoch trotzdem noch erfüllt. Wenn der Pavillon am neuen Standort zertifiziert wird, gilt es dann für immer. Ein weiteres Missverständnis ist die Frage bezüglich des Förderbeitrags. Es gibt nur für Neubauten nach Minergie-ECO einen Förderbeitrag. Es fehlte jedoch die Information, dass diese Bau-

ten gar nicht ECO sind. Das heisst, dass man bei der heutigen Zertifizierung keine Fördergelder erhält, weil es ein Neubau ist. Anders sieht dies bei der Versetzung aus, wenn es als Umbau akzeptiert wird und die gleichen Richtlinien noch gelten. Matthias Senn entschuldigt sich für das Missverständnis. Es wurde noch die Frage zu der Zukunft der Pavillons gestellt. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die modularen Systeme entweder im Roggern oder in der Kuonimatt stehen werden. Die Planung ist am Laufen und der Bedarf ist da. Es besteht aber das Angebot der ERNE AG, dass sie die Systeme auch wieder zurückkaufen würde. Es liegt jedoch keine Offerte vor, wie viel sie bezahlen würde. Die modularen Systeme werden sicher nicht als Asylunterkunft genutzt, da das Raumschema gar nicht dazu passt. Weiter führte der Standort zur Diskussion. So wie es geplant und ausgesteckt ist, so ist es. Deshalb muss nicht über eine Verschiebung diskutiert werden. Wenn jemand der Meinung ist, dass der Pavillon örtlich verschoben werden muss, müsste der B+A zurückgewiesen werden. Falls dies der Fall ist, kann mit der Sanierung des Kirchbühls nicht vor der Jahreswende begonnen werden. Das Ziel ist immer noch, dass nach den Sommerferien mit der Sanierung begonnen werden kann.

Peter Portmann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Rolf Schmid ist genervt. Er hat mal von einer husch und hopp Politik gesprochen. Er weiss, dass unter einem gewissen Zeitdruck gearbeitet wurde. Wenn man unterschiedliche Informationen gestaffelt erhält und diese dann nicht einmal korrekt sind, kann der Einwohnerrat nicht einen sauberen Entscheid fällen. So gibt es logischerweise solche Diskussionen wie vorhin und man verliert viel Zeit. Er bittet darum, dass in Zukunft klare Aussagen gemacht werden und der B+A sorgfältig ausgearbeitet und vorgelegt wird. So hat der Einwohnerrat entsprechende Entscheidungsgrundlagen.

Seite 7, Ziffer 3.5

Bemerkung CVP/JCVP/GLP: Nutzung Freifläche für Öffentlichkeit

Gemäss Judith Mathis-Wicki beantragt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion, dass folgende Bemerkung gemäss Art. 28a Geschäftsordnung aufgenommen wird: „Der Standort der Provisorien auf der Krauerwiese ist so zu wählen, dass die verbleibende Freifläche für die Öffentlichkeit und den Breitensport optimal genutzt werden kann.“ Im B+A wird vom provisorischen Planungsstand gesprochen, wenn es um den Standort geht. All die technischen Gründe waren nicht bekannt. Deshalb wurde dieser Antrag gestellt. Es geht nicht darum, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion weiss, wo der Idealstandort ist. Ihre Überlegung war, dass die Freifläche vor dem Pavillon idealer gewesen wäre, da diese offen zugänglich ist. Die technischen Gründe sind nun bekannt, die dies nicht erlauben. Die knappe Terminplanung entbindet nicht, dass eine sorgfältige Planung oder Fragen und Anträge gemacht werden dürfen. Eine weitere Änderung sollte auch möglich sein. Die Sprechende weist auf einen Punkt im BZR hin. Bei den Ergänzungen zu Art. 7, V, steht: „Die im Zonenplan eingezeichneten öffentlichen Spielplätze und Freizeitanlagen gemäss Anhang A und B sind zu erhalten. Bei Aufhebung einer solchen Fläche ist für einen gleichwertigen Ersatz zu sorgen.“ Hier stellt sich die Frage, was ist wenn ein Provisorium für mehrere Jahre dort steht. Wäre die Gemeinde nicht auch verpflichtet einen Ersatz für die verlorene Fläche zu stellen. Freiflächen sind in Kriens rar. Für die Öffentlichkeit ist es wichtig, dass frei zugängliche Räume vorhanden sind.

Räto Camenisch ist einig mit Judith Mathis-Wicki. Die Standortfrage wird jetzt einfach unter den Tisch gekehrt. Er möchte gerne wissen, was eine Bemerkung zum B+A bedeutet. Wahr-

scheinlich ja nichts. Es ist nicht egal, wo das Provisorium steht. Er bemängelt, dass im Bericht fehlt, weshalb der jetzige Standort sein muss. In der Kommission erhielt man auch keine Antwort auf diese Frage. Wie Rolf Schmid gesagt hat, ist die Vorlage nicht klar um eine Entscheidung zu fällen. Der Einwohnerrat muss dies nun einfach so hinnehmen. Einwohnerinnen und Einwohner werden diesbezüglich bestimmt reklamieren, dass sie im Schatten mit den Kindern spielen müssen. Hat der Gemeinderat wirklich keine andere Antwort, als das er jetzt gegeben hat?

Guido Solari bezieht sich auf die Frage von Rätö Camenisch bezüglich der Wirkung einer Bemerkung. Er zitiert aus der Geschäftsordnung Art. 28a, Abs. 4: *„Bemerkungen, denen vom Einwohnerrat zugestimmt wurde, werden an den Gemeinderat überwiesen. Dieser hat über die Erledigung keinen Bericht zu erstatten. Überwiesene Bemerkungen sind weder für den Einwohner- noch für den Gemeinderat verbindlich.“*

Kathrin Graber möchte vom Gemeindeammann eine Begründung zum Standort erhalten. Es liegt eine klare Bestimmung im BZR vor, dass Ersatz für die Spielfläche zur Verfügung gestellt werden muss. Hier sind noch einige Fragen offen, die jetzt beantwortet werden müssen. Wenn dies nicht möglich ist, muss das Geschäft zurückgewiesen werden.

Cyrrill Wiget erklärt, dass der Gemeinderat diese Wiese nicht gerne hergegeben hat. Es ist klar, dass diese benützt wird und sie ist wichtig. Aus der Sportkommission wurde das Bedürfnis angemeldet, dass der Kunstrasen im Kleinfeld permanent für alle geöffnet wird. Dieser wird nun auch genutzt. Man kann dort jederzeit hingehen. Der SCK ist damit einverstanden. Auf der Langmatt gibt es ja einen sehr guten Ersatz. Wenn man jetzt sagt, dass dies eine temporäre Nutzung ist, ist es zu verantworten.

Matthias Senn bezieht sich nochmals auf die Lage. Aus technischen Gründen wurde dies von einem Projektteam genau geprüft und es wurde ein Entscheid gefällt. Das Projekt wurde nun so aufgegleist. Wenn das Provisorium weiter nach hinten verschoben wird, fallen die Kosten für die Entwässerung einiges teurer aus. Die Zulieferung der Container wäre auch ein Problem. In dieser Interessenabwägung soll akzeptiert werden, dass der Entscheid so gefällt wurde. Mit Ausnahme der Frage bezüglich des Förderbeitrages wurde alles korrekt im B+A geschrieben. Es ist klar, man könnte auch noch viel mehr schreiben, nur wäre man dann nicht so weit fortgeschritten wie heute. Somit könnte man das Kirchbühl nicht bereits schon ab den Sommerferien sanieren. Der Gemeinderat macht den zuständigen Personen ein grosses Kompliment, da sehr viel Arbeit dahinter steckt.

Rolf Schmid möchte klar sagen, dass der B+A als Geschäft vom Gemeinderat kommt. Es ist klar, dass die Verwaltungsangestellten den B+A erarbeiten. Letztendlich hat jedoch der Gemeinderat die Verantwortung.

Martin Heiz erinnert daran, dass die Pavillons 20 m Abstand zum Wald haben müssen. Dies steht auch im neuen BZR. Man hat überall Sachzwänge. Dem Protokoll der BK kann entnommen werden, das gewünscht wurde, dass aufgezeigt wird, weshalb diese Lage optimal ist. Bezüglich der nachträglich gestellten Fragen stellt er folgendes fest. Wenn die Fraktionssitzung vor der Kommissionssitzung stattfindet, dann stellt man solche Fragen in der BK. Dann hätte der Gemeinderat auch noch mehr Zeit, um dies abzuklären. Man kann die Verantwortung nicht immer an die Anderen abschieben, aber vor der eigenen Türe geht man

nicht kehren. Der Sprechende hat sich an diesen Fragen genervt. Solche Fragen müssten in den Kommissionen gestellt werden. Es wird immer gesagt, dass man die Kommissionen stärken will. Aber in den Kommissionen werden keine wichtigen Fragen gestellt. Er dankt dem Gemeindeammann, dass er die Antworten allen Einwohnerratsmitgliedern zugestellt hat. Dies ist auch eine saubere Informationspolitik. Diese zu kritisieren findet er nicht in Ordnung. Es soll vorausgedacht werden, dass die konsequenten Fragen in den entsprechenden Kommissionen gestellt werden. Sonst stellt sich die Frage, weshalb überhaupt noch Kommissionssitzungen durchgeführt werden.

Abstimmung Aufnahme Bemerkung CVP/JCVP/GLP (Nutzung Freifläche für Öffentlichkeit)

Mit 20:11 Stimmen bei einer Enthaltung wird die Bemerkung aufgenommen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	n.t.
Büchi, Cla	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	n.t.
Kaufmann-Wolf, Christine	Enthaltung
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	nein
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Seite 9

Gemäss René Zosso hat man nun erfahren, dass die Räume nicht zertifiziert werden können, da diese nicht Minergie-ECO erfüllen. Somit müsste man den Betrag von Fr. 25'000.00 streichen. Ist das so korrekt?

Matthias Senn berichtigt die Aussage. Die Räume sind schon zertifizierbar, nur gibt es keinen Förderbeitrag, weil sie nicht Minergie-ECO sind. Es ist zertifizierbar nach Minergie.

Seite 10

Antrag BiK :Verzicht Lüftungsgeräte

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf beantragt die BiK, dass während der Provisoriumsphase der Erneuerung Kirchbühl und Brunnmatt auf den Einbau der Lüftungsgeräte in den Schulzimmern verzichtet wird.

Erich Tschümperlin möchte wissen, was die Überweisung des Antrages bedeutet? Wenn jetzt verzichtet wird und man es erst am definitiven Standort möchte, wäre das Geld gesprochen? Oder müsste das Geld neu gesprochen werden? Gibt es transitorische Passiven?

Matthias Senn erklärt, dass wenn der Betrag jetzt gestrichen wird, wird die Lüftung auch nicht bestellt. Der Gemeinderat muss so oder so für den Umzug und die neuen Fundamente einen Kredit holen. Dann kann die Lüftung und allfällige Zertifizierung auch dort hineingerechnet werden.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Gemäss Vorlage), gegenüber Antrag BiK (Verzicht Lüftungsgeräte)

Mit 17:16 Stimmen wird der Antrag des Gemeinderates angenommen.

Aakti, Brahim	GR: gemäss Vorlage
Berger, Rita	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Bienz, Bruno	GR: gemäss Vorlage
Bienz, Viktor	n.t.
Büchi, Cla	GR: gemäss Vorlage
Camenisch, Räto	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Dalla Bona, Mara	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Ercolani, Enrico	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Erni, Roger	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Fässler, Peter	GR: gemäss Vorlage
Fluder, Hans	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Graber, Kathrin	GR: gemäss Vorlage
Graf, Alfons	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Heiz, Martin	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Hofstetter, Kevin	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Kaufmann-Wolf, Christine	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Kobi, Tomas	GR: gemäss Vorlage
Koch, Patrick	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Lammer, Thomas	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Manoharan, Yasikaran	GR: gemäss Vorlage
Mathis-Wicki, Judith	GR: gemäss Vorlage
Meyer, Pascal	GR: gemäss Vorlage
Piras, Davide	GR: gemäss Vorlage
Schmid, Rolf	GR: gemäss Vorlage
Schwizer, Roland	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Spörri, Raphael	GR: gemäss Vorlage
Staub, Katja	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Takacs, Fabian	GR: gemäss Vorlage
Tanner, Beat	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Tschümperlin, Erich	GR: gemäss Vorlage
Trüb, Paul	BiK: Verzicht Lüftungsgeräte
Urfer, Mario	GR: gemäss Vorlage
Wicki Roth, Verena	GR: gemäss Vorlage
Zosso, René	GR: gemäss Vorlage

Antrag BK :Verzicht Minergie-Zertifizierung

Gemäss Martin Heiz beantragt die BK, dass auf die Minergie-Zertifizierung verzichtet und der Baukredit somit um Fr. 25'000.00 reduziert wird. Sie haben sich gefragt, ob man zertifizieren soll oder nicht. Man war der Meinung, dass zum heutigen Zeitpunkt keine Zertifizierung vorgenommen werden soll. Deshalb macht es keinen Sinn zweimal zu zertifizieren. Die Zertifizierung soll später gemacht werden.

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Gemäss Vorlage), gegenüber Antrag BK (Verzicht Minergie-Zertifizierung)

Mit 17:14 Stimmen bei zwei Enthaltungen wird der Antrag der BK angenommen.

Aakti, Brahim	GR: gemäss Vorlage
Berger, Rita	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Bienz, Bruno	GR: gemäss Vorlage
Bienz, Viktor	n.t.
Büchi, Cla	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Camenisch, Räto	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Dalla Bona, Mara	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Ercolani, Enrico	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Erni, Roger	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Fässler, Peter	GR: gemäss Vorlage
Fluder, Hans	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Graber, Kathrin	GR: gemäss Vorlage
Graf, Alfons	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Heiz, Martin	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Hofstetter, Kevin	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Kaufmann-Wolf, Christine	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Kobi, Tomas	GR: gemäss Vorlage
Koch, Patrick	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Lammer, Thomas	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Manoharan, Yasikaran	GR: gemäss Vorlage
Mathis-Wicki, Judith	GR: gemäss Vorlage
Meyer, Pascal	GR: gemäss Vorlage
Piras, Davide	GR: gemäss Vorlage
Schmid, Rolf	GR: gemäss Vorlage
Schwizer, Roland	Enthaltung
Spörri, Raphael	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Staub, Katja	Enthaltung
Takacs, Fabian	GR: gemäss Vorlage
Tanner, Beat	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Tschümperlin, Erich	GR: gemäss Vorlage
Trüb, Paul	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Urfer, Mario	GR: gemäss Vorlage
Wicki Roth, Verena	BK: Verzicht Minergie-Zertifizierung
Zosso, René	GR: gemäss Vorlage

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. Für den Kauf und die Realisierung eines modularen Schulraumprovisoriums auf der Krauerwiese wird ein Sonderkredit von Fr. 4'210'000.00 bewilligt.
2. Folgende Bemerkung wird überwiesen: Der Standort der Provisorien auf der Krauerwiese ist so zu wählen, dass die verbleibende Freifläche für die Öffentlichkeit und den Breitensport optimal genutzt werden kann.
3. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.

4. Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.

**Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 164/15:
Der Beschlusstext wird mit 32:0 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt.**

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	n.t.
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	Enthaltung
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

**7. Bericht und Antrag: Bauabrechnung Innensanierung Küchener-
satz Alterswohnungen Hofmatt Nr. 152/15**

Das Eintreten war in der BK gemäss Martin Heiz von allen Parteien unbestritten. Sie hat diese Bauabrechnung geprüft und stellte dabei fest, dass praktisch alles Krienser Unternehmen berücksichtigt werden konnten. Das hat natürlich alle gefreut. Erfreut ist man auch über die Kostenunterschreitung. Der Kostenvoranschlag konnte doch um 12.2 % unterschritten werden, ohne das auch eine Teuerung eingerechnet werden musste. An dieser Stelle besten Dank an alle Beteiligten. Eine solche Sanierung mit total 78 Wohnungen war eine grosse Herausforderung für alle Bewohnerinnen und Bewohner, die beteiligten Unternehmen und den Planern. Erfreulich ist auch, dass trotz Umbau der Mietzins zum grossen Teil sogar gesenkt werden konnte. Die BK hat dieser Bauabrechnung einstimmig zugestimmt und empfiehlt dieser Abrechnung zuzustimmen.

Verena Wicki Roth dankt im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion für die Abrechnung und damit auch allen Beteiligten für die gute Arbeit und das gute Gelingen. Für die Bewohnerinnen und Bewohner der Alterswohnungen Hofmatt konnte damit eine überfällige Sanierung der Wohnungen erfolgreich geleistet werden. Die Lebensqualität in den Wohnungen wurde damit erheblich verbessert. Die Rechnung schliesst mit einer Kostenunterschreitung von Fr. 158'025.00 ab. Das ist sehr erfreulich und eine gute Nachricht für die arg gebeutelte Gemeindekasse. Auf den zweiten Blick hat sie die Abrechnung doch etwas stutzig gemacht. Der Kostenvoranschlag weicht in weiten Teilen von der Abrechnung ab. Die wenigsten Posten sind vergleichbar und es wirkt, wie wenn man über den Daumen budgetiert hat. Zum Beispiel unter 291 fallen unter der Bauleitung Architektur neue Kosten von Fr. 136'000.00 an und veranschlagt wurden lediglich Fr. 90'000.00 für das Baudepartement. Das ist ein Plus von 51 %. Die Elektroinstallationen fielen sogar doppelt so hoch aus, als budgetiert. Dafür entfielen andere Posten, die budgetiert wurden. So betrachtet erscheint der CVP/JCVP/GLP-Fraktion das gute Ergebnis fast wie ein Zufall und sie hat sich gefragt, wie sorgfältig wohl der Budgetprozess erfolgt ist. Es ist zu hoffen, dass dies ein Ausreisser ist und sich nicht ein ähnliches Bild bei den grossen Bauprojekten zeigt, die die Gemeinde in Zukunft stemmen wird. Denn wenn das Prinzip Zufall in die andere Richtung ausschlägt, dann kann es sehr teuer werden. Das will man verhindern. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt allen Verantwortlichen für die gute Bauarbeit und Abrechnung.

Laut Martin Heiz ist die SVP-Fraktion klar für Eintreten und stimmt der Bauabrechnung zu. Bei Sanierungen gibt es nun mal Abweichungen. Es kommt immer wieder zu Verschiebungen. Die Abweichungen wurden in der BK ganz klar begründet. Die Bauabrechnung sieht nun so aus und später vielleicht etwas anders. Bei einer Sanierung weiss man nie, wie es herauskommt. Die SVP-Fraktion bedankt sich und erfreut sich am Ergebnis, dass mehr als Fr. 100'000.00 gespart werden konnte.

Die FDP-Fraktion genehmigt gemäss Thomas Lammer die vorliegende Bauabrechnung einstimmig. Dank minutiöser Planung, schliesslich mussten 80 Wohnungen saniert werden, und guten Vergaben, konnte die Abrechnung 12 % unter dem Kostenvoranschlag abschliessen. Erfreulich ist auch, dass ein Grossteil der Arbeiten an lokale Unternehmen vergeben werden konnte. Sie dankt dem Gemeinderat und insbesondere dem Baudepartement für die ausgezeichnete Arbeit.

So kurz wie der B+A ist auch das Votum von Yasikaran Manoharan. Die SP/JUSO-Fraktion freut sich über die Kostenunterschreitung von über Fr. 158'000.00. Auch erfreulich ist die Tatsache, dass trotz Wertsteigerung der Wohnung durch den Einbau neuer Küchen für den Grossteil der Mieter eine Mietzinsreduktion erfolgte. Die einzige Frage welche sie sich gestellt hat ist, weshalb man drei Jahre nach Abschluss der Sanierung auf diese Bauabrechnung warten musste. Ansonsten bedankt sich die SP/JUSO-Fraktion für den B+A und hofft, dass die Sanierung der Gebäudehülle problemlos verläuft. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dem B+A in der vorliegenden Form zu.

Fabian Takacs führt aus, dass in der Grüne/JG-Fraktion das Eintreten unbestritten ist. Sie nimmt die Abrechnung positiv zur Kenntnis. Sie freut sich auch darüber, dass die Kosten tiefer ausfallen als budgetiert und die Qualität darunter nicht leidet. Die Abweichungen wurden wie bereits erwähnt in der BK im Detail besprochen. Die Grüne/JG-Fraktion bedankt sich bei allen Involvierten.

Matthias Senn dankt für die positiven Rückmeldungen. Es ist auch das Ziel des Gemeinderates, dass in Zukunft die Bauabrechnungen schneller vorliegen. Es ist hier halt auch eine Kapazitätsfrage. Das Baudepartement ist daran weitere Bauabrechnungen zu erstellen. Die Bauabrechnung der Badi soll noch vor den Sommerferien im Gemeinderat besprochen werden.

Peter Portmann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

Die Bauabrechnung Alterswohnungen Hofmatt „Innensanierung Küchenersatz“ im Betrag von Fr. 1'136'974.80 wird genehmigt.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 152/15:
Der Beschlussestext wird mit 34:0 Stimmen genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

7a. Dringliches Postulat Schwizer: Erschliessung Meiersmattwiese Nr. 165/15

Peter Portmann stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

7b. Beantwortung Dringliche Interpellation Aakti: Investitionen der Heime Kriens ausserhalb des Investitionsplafonds der Gemein- de Nr. 167/15

Die schriftliche Antwort wurde in der Zwischenzeit ausgeteilt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Brahim Aakti wünscht keine Diskussion.

8. Bericht Postulat Mathis: Räumliche Energieplanung: Energie- richtplan für Kriens Nr. 060/13

Gemäss Peter Portmann gibt es im Extranet ein umfangreicher Bericht Regionales Konzept Wärme/Kälte.

Judith Mathis-Wicki dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort auf ihr Postulat, in dem sie die Prüfung eines Energierichtplans für Kriens verlangt. Die sparsame Nutzung der vorhandenen Energien ist eines der absolut zentralen Themen der Gegenwart und der Zukunft. Auf folgenden drei Pfeilern beruht die Energiestrategie des Bundesrats:

- Aus der Atomenergie aussteigen
- Mehr erneuerbare Energien nutzen
- Weniger Energie brauchen

Die Ziele für die Energiestrategie 2050 sind also gesetzt. Jetzt geht es um die Umsetzung. Wie bei vielen anderen Themen muss die Initiative dafür von der Basis ausgehen und kann nicht einfach von oben verordnet werden. Es liegt nun vor allem auch in der Verantwortung der Gemeinden, die notwendigen fortschrittlichen Instrumente für diese Umsetzung zu erstellen. In der politischen Gesamtplanung von Kriens 2015- 2019 sind unter der Rubrik „Umwelt und Energie“ die notwendigen Ziele und die dazugehörigen Massnahmen sehr gut und klar formuliert. Unter M6 steht unter anderem: *„Zur Realisierung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft werden in den nächsten Jahren folgende Massnahmen ergriffen: Die Gemeinde erarbeitet für die übergeordnete Energieplanung die notwendigen Grundlagen (Richtpläne, Energiekonzepte, Machbarkeitsstudien usw.) nach den Grundsätzen der 2000-Watt-Gesellschaft.“* Das heisst also, der Gemeinderat hat sich den Auftrag für eine nachhaltige Energieplanung bereits auf die Fahne geschrieben. Ihr Vorstoss rennt also offene Türen ein. Er soll dem Parlament ermöglichen, die Idee tatkräftig zu unterstützen. Im Bericht des Gemeinderates zu ih-

rem Postulat werden einzelne Bereiche besprochen, wie das Energiekonzept Zentrum und das Konzept Wärme/Kälte LuzernSüd. Dies ist ein sehr umfassendes und gutes Konzept. Aber reicht das, wenn das Konzept nur einen Teil der Gemeinde abdeckt? Was der Sprechenden fehlt, ist eine Gesamtschau der möglichen Energieträger im gesamten, auch bereits überbauten, Gemeindegebiet. Ein sehr grosses Energiesparpotential liegt in den Gebäudesanierungen, die in den nächsten 10-20 Jahren anstehen. Die Gemeinde muss parat sein und proaktiv handeln. Sanierungswilligen Eigentümerinnen und Eigentümern muss aufgezeigt werden können, an welchen erneuerbaren Energiequellen sie sich anschliessen können und welche Energieträger in ihrem Quartier am sinnvollsten nutzbar wären. Werden statt fossiler Brennstoffe lokale Energiequellen genutzt, wird einerseits der Ausstoss von CO₂ reduziert, andererseits wird die lokale Wertschöpfung erhöht. Leider hat man es verpasst, beim neuen BZR eine flächendeckende Energieplanung aufzunehmen. Es ist klar, dass eine solche Planung einen Aufwand bedeutet. Es wird jedoch damit viel einfacher, die definierten Ziele auch wirklich effizient zu erreichen. Man hat damit eine verbindliche Vorgabe, auf die man sich stützen kann. Wenn die Planung nicht flächendeckend gemacht wird, rennt man dem Ziel immer hinterher und die Beratung und Verbindlichkeit sind nicht in gleichem Mass vorhanden. Kriens wird als Energiestadt glaubwürdiger, wenn gute Planungsinstrumente vorliegen. Zum Zeitpunkt der Einreichung ihres Postulates stand der Kanton Luzern vor einem neuen Energiegesetz, das die Gemeinden zu einem Energierichtplan verpflichtet hätte. Nachdem dieses Gesetz Anfang 2014 abgelehnt worden ist, ist diese Verpflichtung im Moment hinfällig. Judith Mathis-Wicki geht es nicht darum, auf der Form des Energierichtplans zu beharren, wenn es andere sinnvolle Planungsinstrumente gibt. Es geht ihr darum, für Kriens gute und verbindliche Instrumente zu schaffen, die einen energiepolitisch und energieplanerisch weiter bringen und für die Zukunft rüsten. Damit die Idee einer flächendeckenden räumlichen Energieplanung nicht von der Bildfläche verschwindet macht sie beliebt, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird.

Laut Raphael Spörri, Präsident USK, war die Postulantin zufälligerweise an dieser USK Sitzung anwesend und so konnte sie ihr Postulat erläutern und über die Ziele diskutiert werden. Die andere Seite war durch den Departementsvorsteher Cyril Wiget präsent, so dass eine faire und grundlegende Diskussion stattfinden konnte. In der Folge wurden Pro und Kontra ausgelotet und abgewogen. Die USK konnte der Argumentation von Judith Mathis-Wicki folgen, so wie sie es eben vorgetragen hat. Judith Mathis-Wicki fehlt eine Gesamtschau der möglichen Energieträger im gesamten auch bereits überbauten Gemeindegebiet. Ein sehr grosses Energiesparpotential liegt in den Gebäudesanierungen in den nächsten 10-20 Jahren. Die Gemeinde Kriens müsse bereit sein und sanierungswilligen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern aufzeigen können, an welchen erneuerbaren Energiequellen sie sich anschliessen können. Die Gegenseite war der Ansicht, dass ein Energiekonzept die geeignetere Variante wäre, genauso wie beim Verkehr. Cyrill Wiget zeigte auf, weshalb ein Energiekonzept nicht falsch ist, anstelle eines Richtplanes. Ein Richtplan erfordert grosse Ressourcen und generiert hohe Kosten. Mit einem Konzept könnten nicht nur Kosten und Ressourcen eingespart werden, sondern man ist auch dynamischer und schneller bei der Umsetzung. Da jetzt gebaut wird, würde es mit einem Richtplan nur Verzögerungen geben. Des Weiteren muss ein Konzept dem Einwohnerrat nicht aufgelegt werden. Es reicht, wenn es vom Einwohnerrat positiv zur Kenntnis genommen wird, damit der Gemeinderat schnellstmöglich das Energiekonzept umsetzen kann. Genauso wie es jetzt klingt, nämlich ausgeglichen und geteilt in den Argumenten, waren auch die Ansichten in der USK. Der Präsident wurde aufgefordert den Bericht neutral aber mit beiden Argumentarien zu verfassen. In diesem Sinne konnte sich die USK auf keine definitive Zustimmung oder Absage einigen.

Patrick Koch, SVP-Fraktion, führt aus, dass ein Richtplan eine Stange Geld kostet und bindet in der Verwaltung grosse Ressourcen. Der Vorteil eines Richtplanes ist jedoch, dass dieser

dem Einwohnerrat als B+A vorgelegt werden muss. Ein Konzept kann dieser nur zur Kenntnis nehmen. Warum muss Kriens immer ein Musterschüler sein und mehr machen, als vom Gesetz gefordert? Es gelten für Kriens die kantonalen Vorschriften wie für jede andere Gemeinde auch. In diesen werden u.a. die Anforderungen an die Gebäudehülle bestimmt. Es braucht ihrer Meinung weder einen flächendeckenden Energierichtplan noch ein Energiekonzept für Kriens. Wichtig ist vor allem, dass sich die Gemeinde auf die Entwicklungsschwerpunkte fokussiert. Dies ist mit dem Konzept Wärme/Kälte LuzernSüd bereits passiert. Die SVP-Fraktion ist für Abschreibung.

Die FDP-Fraktion dankt gemäss Mara Dalla Bona dem Gemeinderat für den sehr interessanten und ausführlichen Bericht. Er zeigt auf, dass eine nachhaltige Energieversorgung in der Zukunft eine grosse Herausforderung für Kriens ist. Grundlagen für diese Versorgung müssen eine möglichst effiziente Nutzung der Energie, sowie eine Ausschöpfung des Potenzials von erneuerbaren Energien sein. Der Bericht zeigt aber auch auf, dass im Bereich Energieplanung schon sehr viel erarbeitet wurde und dass sich Kriens als Trägerin des Labels Energiestadt schon seit Jahren für mehr Energieeffizienz und den Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebereich engagiert hat. Konkret wurde beispielsweise eine Machbarkeitsstudie betreffend Solaranlagen auf gemeindeeigenen Dachflächen erstellt, was die FDP-Fraktion aus liberaler Sicht begrüsst hat. Ausserdem dienen verschiedene gesetzliche Grundlagen auf nationaler und auch kantonaler Ebene dazu, eine konkrete Energieplanung voranzutreiben. Die Erstellung eines zusätzlichen strategischen Instrumentes zur Planung, sprich Energierichtplan, hat die FDP-Fraktion bereits bei der Überweisung des Postulats abgelehnt und diese Haltung hat sie auch heute noch. Die FDP-Fraktion unterstützt daher das Fazit des Gemeinderates, dass eine flächendeckende Energieplanung für das Siedlungsgebiet der Gemeinde Kriens nicht zielführend ist. Da der Gemeinderat das Anliegen zudem sehr umfassend geprüft hat, ist das Postulat aus diesem Grund als erledigt abzuschreiben.

Die SP/JUSO-Fraktion ist laut Brahim Aakti vom vorliegenden Bericht enttäuscht. Ihrer Meinung nach fokussiert der Gemeinderat zu stark auf einzelne Projekte. Stattdessen hätte das Postulat Mathis verlangt, einen Energieplan zu erstellen, der den Projekten übergeordnet ist. Die Gemeinde Horw hat seit diesem Jahr einen solchen Energieplan. Dank eines solchen übergeordneten, behördenverbindlichen Planes ist es möglich, die vorhandenen Potenziale zu erkennen und auszuschöpfen. Es ist klar, dass die finanziellen Mittel in Kriens heute sehr knapp sind. Das darf aber nicht Anlass sein, jede Gelegenheit zu verpassen. Ausserdem gibt es die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit den Hochschulen Projekt- und Diplomarbeiten zu vergeben, welche wichtige Inhalte für einen solchen Energieplan äusserst kosteneffizient liefern würden. Zudem ist mit Kostenbeteiligungen seitens Kantons zu rechnen. Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion hat der Gemeinderat eine gute Gelegenheit verpasst. Als Energiestadt ist es ihre Pflicht, über das gesamte Gemeindegebiet hinweg die Grundlagen für nachhaltige Energieeffizienz zu schaffen. Basis dafür ist ein Energierichtplan oder ein Energiekonzept für die Gemeinde Kriens. Nur wenn solche Grundlagen vorhanden sind, sind Synergieeffekte möglich. Davon würden einerseits die Eigentümer und andererseits die Umwelt profitieren. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass das Postulat nicht abgeschrieben werden soll.

Gemäss Erich Tschümperlin ist die Grüne/JG-Fraktion froh um den Vorstoss und auch um den Bericht zum Postulat. Das gibt die Gelegenheit dieses wichtige Thema zu diskutieren und einen Überblick zu erhalten. Es ist gerade jetzt wichtig, da Kriens einen neuen Bauboom erlebt und damit die Energieversorgung grosser Gebäude und Gebiete für Jahre zementiert wird. Für die Grüne/JG-Fraktion ist deshalb die wichtigste Frage, wie man verbindlich eine nachhaltige und flächendeckende Energieversorgung sicherstellen und deren Umsetzung garantieren kann und welches Instrument das geeignetste und auch rechtzeitig verfügbar ist.

Wie man im Bericht lesen kann, verfügte die Gemeinde im alten BZR aus dem Jahre 2000 mit dem Anhang E über eine flächendeckende Energieplanung. Heute ist das nicht mehr so. Das überrascht den Sprechenden sehr und er muss gestehen, dass ihm dies bei der Revision der Ortsplanung nicht aufgefallen ist. Warum die Gemeinde dies im Zeitalter von Energiesparen und Klimaerwärmung weggelassen hat, ist ein Rätsel. Gerade als Träger des Labels Energiestadt ist es umso unverständlicher. Oder man muss annehmen, dass dieses Label nicht allen Gemeinderäten gleich wichtig ist und sie deshalb darauf verzichtet haben. Die Ziele und Massnahmen in der Politischen Gesamtplanung Kriens allein sind jedenfalls nicht ausreichend. Darauf allein kann man sich im Zweifelsfall sicher nicht beziehen. Die aufgeführten Artikel im gültigen BZR können als Basis und Entscheidungsgrundlage herangezogen werden. Der Gemeinde stehen damit die notwendigen Instrumente zur Verfügung, wie sie selbst im Bericht schreibt. Nun wird also von Objekt zu Objekt eine möglichst sinnvolle Energieversorgung verlangt, aber dies ist kein Konzept. Ein Richtplan oder ein Konzept würde eine Gesamtplanung erlauben, vielleicht auch Synergien über die einzelnen Objekte hinaus ermöglichen. Der Bauherr wüsste zum Voraus welche Anforderungen an die Energieversorgung gestellt werden. Eine geplante Energieversorgung ist vergleichbar mit einem Verkehrskonzept. Es koordiniert übergreifend und stellt sicher, dass Energieflüsse und Emissionen vernünftig und sicher aufgeteilt werden. Wenn die Gemeinde tatsächlich die Energieversorgung in der Gemeinde mitgestalten will, braucht es ein verbindliches Papier. Aus diesem Grund begrüsst die Grüne/JG-Fraktion es, wenn die Gemeinde ein Energiekonzept erstellt. Die Grüne/JG-Fraktion sieht, dass ein Richtplan zu lange braucht, aber trotzdem gebaut wird. Sie fragt sich, ob man nicht lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach haben will. Sie hofft, dass mit dem Energiekonzept das eingehalten wird, was versprochen wird.

Pascal Meyer hat noch eine kleine Frage. Bei den Energiestädten können und müssen viele Massnahmen umgesetzt werden. Eine dieser Massnahme ist das Energiekonzept. Dieses gibt im Ganzen sechs Punkte von möglichen 436. Im 2011 war der letzte Audit. Weiss der Gemeinderat wie viele Punkte Kriens in diesem Bereich geholt hat?

Laut Cyrrill Wiget steht der Gemeinderat grundsätzlich zu einer fortschrittlichen Energiepolitik. Das hat er auch mitunter bewiesen, dass er im Baukredit der modularen Schulraumprovisorien den Antrag zum Minergie-Standard gestellt hat. Es ist richtig, dass es eine Abweichung gibt zwischen dem was die Postulantin gefordert und dem was der Gemeinderat berichtet hat. Der Gemeinderat hat darauf verzichtet einen Richtplan zu erstellen und das Konzept LuzernSüd über die ganze Gemeinde zu legen. Der Grund dafür ist, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat vorgeschlagen hat, dass in LuzernSüd drei Konzepte erstellt werden. Das städtebauliche Konzept existiert, das Energiekonzept wurde zugestellt und das Verkehrskonzept wird im Herbst im Einwohnerrat behandelt. Der Gemeinderat möchte mit Konzepten arbeiten. Damals hat der Einwohnerrat keinen anderen Auftrag gegeben. Konzepte sind aus verschiedenen Gründen richtig. Der Bauboom und die Entwicklungen sind sehr dynamisch. Konzepte können schnell angepasst werden und es kann mehr darauf eingegangen werden. Die grossen Entwicklungen sind im Gebiet LuzernSüd. Richtpläne sind aufwändige Verfahren. Aufwändig ist nicht schlecht und im Resultat ist es etwas verbindlicher und besser. Der Weg dazu ist in personellen und ökonomischen Ressourcen gross. Man hätte auch deutlich länger für die Erstellung. Der Gemeinderat wehrt sich dagegen, wenn gesagt wird, dass er sich nur auf einzelne Perimeter oder einzelne Objekte beschränkt. Das Konzept ist sehr umfangreich und berücksichtigt alle Energieträger. Das steht nicht im B+A, sondern im eigentlichen Konzept. Dieser enthält die Gewinnung von Wärme, mit Holz, Boden, Wasser usw. Die Energieträger sind sehr sorgfältig abgehandelt. Das Konzept kostete für das Gebiet LuzernSüd Fr. 80'000.00. So kann man sich vorstellen, was es in etwa kostet, wenn daraus ein Richtplan erstellt wird. Deshalb beantragt der Gemeinderat den Weg des Konzepts zu verfolgen und die entsprechenden Verbindlichkeiten festzulegen. Dem Gemeinderat nützt das beste Konzept

nichts, wenn die entsprechenden Mittel nicht umgesetzt werden. Das Konzept würde räumlich auf den Perimeter LuzernSüd beschränkt und nicht auf die ganze Gemeinde gelegt. Der Gemeinderat ist bereit die Ausdehnung auf die ganze Gemeinde vorzunehmen. Punktuell wurden immer wieder gewisse Sachen gemacht, wie z.B. im Zentrum. Bei der Zentrumsplanung wurde geschaut, wo Wärme gewonnen werden kann. Dieses Puzzle zu einem Gesamtkonzept zu erweitern, erscheint als sinnvoll ist. Es ist aber nicht Grund dazu den Vorstoss nicht abzuschreiben. Eine Nichtabschreibung würde also bedeuten, dass der Einwohnerrat in einer späteren Phase einen weiteren Bericht erhalten möchte. Der Gemeinderat wäre froh, wenn kein Richtplan gefordert wird. Dies hätte wirklich die Konsequenz, dass in der Finanzplanung die entsprechenden Ressourcen eingeplant werden müssen. Die Frage von Pascal Meyer zu der Punktezahl kann Cyrill Wiget gerade nicht beantworten.

Kathrin Graber muss noch mal erklären, wie die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Vorstoss sieht. Sie reiten nicht auf dem Richtplan herum. Sie sagt nur, dass es flächendeckend sein muss. Das gewählte Instrument soll möglichst praktikabel, kostengünstig und schnell umsetzbar sein. Das ist man sich einig. Gemäss der Geschäftsordnung des Einwohnerrates erhält der Einwohnerrat einen Bericht worin der Gemeinderat erklärt, wie er das überwiesene Postulat umsetzen möchte. Wenn man möchte, dass der Gemeinderat etwas flächendeckend macht, müsste man diesem Postulat zustimmen. Es ist ein wichtiges Thema, dass dies auch im Einwohnerrat besprochen wird. Sie ist deshalb der Meinung, dass dieser Vorstoss nicht abgeschrieben werden soll.

Martin Heiz korrigiert Kathrin Graber, dass dieses Postulat bereits überwiesen wurde. Der Gemeinderat hat nun einen Bericht vorgelegt. Wenn dieser nicht abgeschrieben wird, gibt es in einem halben Jahr einen neuen Bericht. Er glaubt, dass die Praxis einen überholen wird. Bis man zu einem Ziel kommt, dauert es etwa 2-3 Jahre. In 2-3 Jahren ist wahrscheinlich im Zentrum alles fertiggestellt. Danach ist LuzernSüd der Entwicklungsschwerpunkt, wo ja bereits ein Konzept vorliegt. Dort ist es auch am Wichtigsten. Deshalb ist ein Konzept das bessere Instrument, denn dies kann schnell angepasst werden. Ein Richtplan muss durch alle Instanzen genehmigt werden. Er plädiert dazu das Postulat abzuschreiben. Das Angebot was der Gemeinderat gemacht hat, ist richtig und gut.

Judith Mathis-Wicki plädiert, dass das Postulat nicht abgeschrieben wird. Sie beharrt nicht auf dem Richtplan. Die Sprechende ist froh, dass der Gemeinderat signalisiert hat, dass er das Konzept weiterverfolgt. Sie möchte jedoch einen Bericht über den Stand des Konzepts erhalten. Nur weil im Zentrum ein Bauboom stattfindet und man hinter her hinkt, ist es kein Grund, dass mit einem Konzept nicht vorwärts gemacht wird. Gebäude müssen auch in Zukunft saniert werden und irgendeinmal wird man das Konzept und die Grundlagen trotzdem brauchen. Das heisst nicht, dass man im diesem Bereich nicht Dampf geben muss und man so in die richtige Richtung geht.

Erich Tschümperlin hat gemeint, dass der Richtplan zu lange geht und das Konzept der richtige Weg ist. Er sieht es gleich wie Judith Mathis-Wicki. Es ist wichtig genug, dass die endgültige Variante des Energiekonzepts über die ganze Gemeinde dem Einwohnerrat präsentiert wird. Das Postulat soll deshalb nicht abgeschrieben werden.

Brahim Aakti geht auf das Votum von Cyrill Wiget ein. Er hat auf den B+A Bezug genommen. Darin schreibt der Gemeinderat klar, welche Projekte noch offen sind und wo dies angeschaut wird. Der SP/JUSO-Fraktion geht es darum, dass flächendeckend etwas vorliegt. Es soll ge-

schauf werden in welchem Gebiet es sich lohnt einen Wärmeverbund zu realisieren. Ein Einzelner kann dies nicht. Der Gemeinderat soll jedoch über die ganze Gemeinde schauen und das Potenzial aufzeigen. Wenn dies mit einem Konzept möglich ist, dann ist das auch recht. Es stellt sich aber die Frage, wie verbindlich ein Konzept ist. Ist es einfach ein Papier, das zeigt wie man es machen könnte, aber niemanden verpflichtet?

Cyrrill Wiget erklärt, dass der Gemeinderat ohnehin ein Konzept erstellen wird. Der einzige Unterschied liegt darin, dass es nochmals einen Bericht gibt. Der Richtplan ist behördenverbindlich und ein Konzept behördenbindend. Der Gemeinderat ist froh, dass das Konzept als richtig angesehen wird. Der Gemeinderat verspricht, dass dies flächendeckend gemacht wird.

Gemäss Peter Portmann beantragt der Gemeinderat mit dem vorliegenden Bericht das Postulat als erledigt abzuschreiben. Da das Postulat im Kompetenzbereich des Einwohnerrates ist, wird darüber abgestimmt.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulat Mathis: Räumliche Energieplanung: Energierichtplan für Kriens (Nr. 060/13):

Das Postulat wird mit 20:14 Stimmen nicht abgeschrieben.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

9. Bericht Postulat B. Bienz: Informationspolitik der Gemeinde Nr. 106/14

Laut Peter Portmann ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Bruno Bienz dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung seines Postulates. Zufrieden mit der Antwort kann er aber nicht sein. Statt auf seine Fragen einzugehen, schreibt der Gemeinderat ein allgemeines Statement oder salopp ausgedrückt ein Wischiwaschi. Auf Seite 5 wird zwar beiepflichtet, dass im Bereich Kommunikation Verbesserungen möglich sind, aber keine Zeile mit wie oder was. Kurz gesagt könnte man, aber eigentlich will man nicht. Der Sprechende zitiert aus einem Artikel einer Kommunikationsfirma im Organ des Schweizerischen Gemeindeverbandes: *„Die Kommunikation in den Gemeinden hat sich extrem und grundsätzlich verändert. Die Behörden sind immer mehr gefordert. Bei dieser Entwicklung spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Die Redaktionen der Tagespresse sind zum Teil sehr selektiv in der Auswahl der Lokalinformationen. Ortsparteien repräsentieren keine Mehrheiten mehr und an ihre Stelle treten zunehmend Ad-hoc-Gruppierungen, die sich ausschliesslich aufgrund ihrer persönlichen Betroffenheit engagieren. Erschwerend kommen der Vertrauensverlust der Bürger in die Behörden und schwindende Finanzen dazu. Nebst externen Faktoren beeinträchtigen interne Entwicklungen den beruflichen Alltag der befragten Gemeinde und Gemeindeschreiber: Die meisten stehen unter grossem Druck. Viele beklagen, dass ihnen die Kapazität fehlt, die zusätzlichen Kommunikationsaufgaben zu bewältigen, die sich aufgrund externer Rahmenbedingungen aufdrängen. Vor diesem komplexen Hintergrund kommen einige der Befragten zum Schluss, dass sie mit dieser Entwicklung überfordert sind. Die Kommunikation wird als aufwendiger, komplexer, intensiver, hektischer, sensibler, schneller oder gar als Gratwanderung bezeichnet, bei der man stets mit Überraschungen rechnen muss. Gleichzeitig betonen einige der Befragten, dass gute Kommunikation heute entscheidend ist und schnell der Verlust des guten Images droht, wenn man sich nicht an deren Grundsatz hält.“* Bruno Bienz denkt, der Gemeinderat hat laut der Antwort diesen Artikel auch gelesen, aber leider nicht die nötigen Konsequenzen gezogen. In diesem Artikel ist auch erwähnt, dass es bei der Kommunikation aber nicht primär darum geht, der Bevölkerung ein Projekt zu verkaufen, sondern um die Herstellung eines positiven Klimas zwischen Behörden und Bürgern. Genau das vermisst der Sprechende in Kriens. Die Kommunikation in Kriens befindet sich in einem Dornröschenschlaf. Im Bericht sagt es der Gemeinderat auch selber. Das bisherige Konzept wird seit mehr als 10 Jahren praktiziert, obwohl der Gemeinderat selber auch schreibt, dass sich das gesellschaftliche Umfeld, in dem die öffentliche Hand aktiv ist, stark verändert hat. Mit den formulierten Zielen des Gemeinderates kann er sich voll einverstanden erklären. Aber ob diese mit den heutigen Mitteln erreicht werden kann, da setzt er mehr als ein Fragezeichen. Bruno Bienz möchte noch wissen, wie viele Stellenprozente Kriens für die Medien hat.

Roland Schwizer, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, stellt fest, dass sich der Gemeinderat mächtig ins Zeug gelegt hat. Fünf Fragen des Postulates ergaben sechs Seiten Antwort, was ziemlich umfangreich ist. Doch wenn man dieses Dokument etwas genauer liest, stellt man fest, dass der Inhalt zum grossen Teil von einem Kommunikations-Handbuch abgeschrieben ist und nur so von Plattitüden strotzt. Hier einige Beispiele, die man unkommentiert geniessen muss. Ziele des Gemeinderates in der Kommunikation sind:

- Stärkung des Dialogs und damit Vertrauen und Glaubwürdigkeit schaffen
- Identifikation und Arbeitszufriedenheit fördern
- Proaktives Agendasetting

- Wir kommunizieren aus eigenem Antrieb und zeitgerecht

Es ist immer leicht, im Nachhinein zu kritisieren. Aber wo war das proaktive Agendasetting, als die Fragen über das GICT/SIDOK-Projekt auftauchten? Hat der Gemeinderat zeitgleich und stufengerecht informiert? Weshalb mussten drei Eingaben gemacht werden, damit der Gemeinderat über diese Thematik umfassend informiert? Oder im Bereich Bypass? Hier im Einwohnerrat musste der Gemeinderat gedrängt werden, die Einwohnerinnen und Einwohner von Kriens über den Stand und die Auswirkungen dieses Projekts zu informieren. Der Bericht im KriensInfo war anschliessend umfassend und informativ. Die Bevölkerung und die Parteien haben ein Anrecht auf eine offene Informationspolitik der Gemeinde. Auch wenn ein Kommunikations-Konzept besteht, ist ein Konzept immer nur so gut, wie es in der Praxis umgesetzt wird. Es nützen die schönsten Worte und Floskeln nichts, wenn der Wille fehlt, auf Worte auch Taten folgen zu lassen. Ausnahmsweise haben heute drei Gemeinderäte die Möglichkeit genutzt über aktuelle Themen aus ihrem Departement zu informieren. Sonst wird diese Plattform vor der Fragestunde um über den Stand eines seiner laufenden Projekte zu informieren nicht genutzt. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt dem Postulanten, dass er den Stein ins Rollen bringt. Der Gemeinderat selber schreibt ja, dass das Kommunikationskonzept überarbeitet werden muss. Es sind Inhalte zu prüfen, aber auch neue Informationskanäle zu öffnen. Das macht der Gemeinderat nun proaktiv, bevölkerungs- und personalnah. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hofft darauf, dass weniger Theorie darin Platz findet, damit das Wenige auch richtig gelebt wird.

Gemäss Beat Tanner, FDP-Fraktion, fordert das Postulat, dass die Bürgerinnen und Bürger besser über die Einwohnerratssitzungen, sowie über Inhalte der Vorstösse informiert werden. Diesem Anliegen kann die FDP-Fraktion zustimmen. Die Aufstellung des Gemeinderats ist zwar schön und umfassend, aber trifft nicht den Kern der Sache. Es ist sicher nicht einfach Anliegen von Vorstössen, knapp, klar und ohne Wertung zu kommunizieren. Dies aber nur mit dem Titel zu publizieren, ist sicher wenig sinnvoll und trägt nicht zur Transparenz bei. Es wird wohl kaum jemand das Protokoll der Einwohnerratssitzung lesen. Nimmt man als Beispiel das Postulat der FDP-Fraktion „Auslagern der Immobilien Heime an eine Gesellschaft“. Wer weiss an Hand des Titels schon was genau gefordert wird und wieso? Die Aufführung nur mit dem Titel bringt dem Leser keinen Mehrnutzen. Die FDP-Fraktion würde es sehr begrüessen, wenn die Gemeinde in ihren Kommunikationskanälen jeweils die Berichterstattung so wählt, dass der Bürger wertungsneutral, knapp und klar über die Einwohnerratsgeschäfte informiert wird. Dies wird höchstens zu leicht höheren Kosten führen, welche aber mit einer Priorisierung der Aufgabe Kommunikation kompensiert werden kann. Für die direkte Demokratie braucht es eine adressgerechte und aussagekräftige Kommunikation. Die Krienser Bürgerinnen und Bürger sind sicher dankbar, wenn sie besser über die politischen Geschäfte informiert werden. Dies hilft sicher die Politikverdrossenheit abzubauen und fördert das Interesse der Bürger an der Politik.

Für die SP/JUSO-Fraktion ist laut Mario Urfer unbestritten, dass die Information einer gelebten Demokratie das allerwichtigste Gut ist. Der Gemeinderat erreicht mit dem Printmedium KriensInfo und der eigenen Website am meisten der Krienser Bevölkerung. Die Newsletter und der Eintrag auf der Webseite vom Kurzprotokoll des Einwohnerrates werden in der nächstfolgenden Ausgabe des KriensInfo übernommen. Bei diesem Medium sieht die SP/JUSO-Fraktion, wie der Postulant, Verbesserungspotenzial. Eine Verbesserung wäre eine Zusammenfassung über die Ratsgeschäfte und die Transparenz wie die Entscheide zustande kamen. Die politische Akzeptanz könnte erhöht werden, wenn die politischen Entscheide des Einwohnerrates nachvollziehbar sind. Natürlich gilt auch hier die Frage wie viel es kosten darf und ob die Ressourcen der Mehrleistung und Mittel vorhanden sind. Die SP/JUSO-Fraktion findet, dass ihr das für eine ausreichende Information der Bevölkerung wert ist. Der Gemein-

derat bedient im Vorfeld bei grösseren Geschäften die Medien mit einer Medienmitteilung oder mit einer Pressekonferenz. Hier möchte die SP/JUSO-Fraktion nachfragen, wie die folgenden Aussagen gemeint sind:

- Wir kommunizieren mediengerecht.
- Wir nehmen Rücksicht auf Abläufe bei den Medien und verbessern die mediale Präsenz inhaltlich.
- Wir richten uns mit unserer Kommunikationsarbeit wenn möglich nach den Wünschen und Anliegen der Medien.

Die Politik ist eine Ware die verkauft werden will. Der Inhalt des Gemeinderates an die Presse, kann z.B. mit Kürzungen verfälscht werden. Die Journalisten und Redaktionen unterliegen ihrer Wertvorstellung, das zeigt, dass je nach Couleur eine Partei sich in den Medien vertreten fühlt oder nicht. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Ansicht die Gemeinde Kriens soll seine Medien nützen um sachlich zu informieren. Diese Informationspolitik war auch beim Projekt „Wir sind Kriens“ ein Thema. Zu prüfen ist zudem, ob es sinnvoll ist, wenn ein genehmigtes Einwohnerratsprotokoll auf die Webseite gelangt, dass dieses mit einem Hinweis und Link im elektronischen Newsletter publiziert wird.

Paul Winiker bedankt sich für das Postulat. Der Gemeinderat hätte grundsätzlich nur auf die engeren Forderungen eingehen können und erklären, dass nicht mehr gemacht wird, als das der Kanton vorschreibt. Es hätte auch gesagt werden können, dass durch die Berichterstattung durch die Medien, das Kurzprotokoll im Internet und das Gesamtprotokoll genügend Informationsmittel vorhanden sind. Der Gemeinderat wollte es sich aber nicht so einfach machen und hat die Gelegenheit am Schopf gepackt. Es wurde an der Klausur über die Gesamtkommunikation diskutiert. Selbstverständlich sind die Veränderungen in der Gesellschaft und bei den Medien bekannt. Dazu wurde in einem Konzept eine Auslegeordnung gemacht. So wurde ein Bereich identifiziert, worin man einen Schritt vorwärts machen möchte. Der Gemeinderat wird dies im Bereich des Webauftritts noch vor den Sommerferien anpacken. Es erfolgt eine Überarbeitung. Dieser Kanal steht am Schnellsten bereit und ein grosser Teil der Bevölkerung hat darauf auch Zugriff. Dieser Kanal kann die Gemeinde auch selber steuern. Medien können die Thematik anders ausbreiten. Der Gemeinderat sieht im Bereich der Ratsberichterstattung keinen grossen Handlungsbedarf. Ein B+A wird auch im Vorfeld medial ausbreitet und diskutiert. Die Parteien können sich so auch einbringen. Im KriensInfo können wichtige Geschäfte auch zum Thema gemacht werden. Der Gemeinderat sieht aber auch einen Verbesserungsbedarf, prioritär beim Webauftritt. Kriens hat einen Medienbeauftragten im Mandat angestellt. Dieses Mandat wird mit jedem Budget im Einwohnerrat beschlossen. Das Mandat umfasst ungefähr 65 Stunden pro Monat. Das ist nicht wahnsinnig viel, wenn man es mit anderen Gemeinden vergleicht. Mit diesem Aufwand kann grundsätzlich eine gute Kommunikation gemacht werden. Mit dem Jahresprogramm wird auch ein Agendasetting gemacht, wann über welches Thema informiert werden soll. Das monatliche Instrument KriensInfo wird auch gezielt dafür eingesetzt. Es stellt sich die Frage, ob dieses Instrument vor allem beim jüngeren Zielpublikum ankommt. Der Vorschlag bezüglich des Newsletters ist gut. Der Gemeinderat möchte eine offene Kommunikationspolitik und möglichst viele Kanäle und Instrumente sollen genutzt werden. Der Aufwand Kosten/Nutzen soll aber optimal genutzt werden. Sobald mehr zur Umsetzung der Website bekannt ist, wird der Gemeinderat darüber informieren.

Erich Tschümperlin war letzte Woche auf der Krienser Website und hat Geschäfte gesucht. Zurzeit sind diese nach Nummern sortiert. Anders können diese nicht sortiert werden, was schlicht unbrauchbar ist. Er ist froh, dass hier etwas unternommen wird.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

10. Beantwortung Interpellation Koch: Krienser Wagenburg beim Kulturzentrum Südpol – legal oder illegal? Nr. 137/14

11. Postulat Koch: Illegale Krienser Wagenburg mit Partyzelt beim Kulturzentrum Südpol Nr. 163/15

Gemäss Peter Portmann wurde die schriftliche Antwort via Extranet zugestellt. Die beiden zusammenhängenden Vorstösse der Traktanden 10 und 11 werden zusammen behandelt.

Patrick Koch stellt fest, dass die Verantwortlichen der Gemeinde auf der ganzen Linie eine schlechte Falle gemacht haben. Der Postulant behauptet nicht nur, sondern liegt durchaus richtig, wenn er sagt, dass die Wagenburg beim Kulturzentrum Südpol ohne Rechtsgrundlage erstellt worden ist. In der Beantwortung der Interpellation schreibt der Gemeinderat, wonach die Bau- und Zonenordnung der Stadt Luzern befristete Zwischennutzungen in allen Zonen zulässt. Die städtische Bau- und Zonenordnung ist jedoch völlig irrelevant. Das fragliche Grundstück befindet sich in der eigenständigen Gemeinde Kriens. Das Bau- und Zonenreglement der Gemeinde Kriens hat keine entsprechende Ausnahmeregelung. Das Baudepartement Kriens beurteilt deshalb die Rechtsgrundlagen für die Ausnahmegewilligung einer zonenfremden, befristeten Nutzung als nicht genügend. Trotzdem entscheidet sich der Gemeinderat die Wagenburg als Zwischennutzung zu dulden. Dies ist ja ein totaler Widerspruch. Der zitierte § 37 des kantonalen Bau- und Planungsgesetzes war im Jahr 2011 betreffend der hier vorliegenden Frage der Zwischennutzung gar noch nicht in Kraft. Auf welcher Rechtsgrundlage basiert also die mehrjährige Duldung durch den Gemeinderat? Ohne Baubewilligung hätte die Wagenburg also nicht geduldet werden dürfen. Für eine Baubewilligung fehlten jedoch die notwendigen Grundlagen. Heute heisst es nun, dass die maximale Frist der Zwischennutzung eines provisorischen Gebäudes, nicht länger als drei Jahre dauern darf. Die Wagenplatz-Gruppe belegt den Platz nun schon seit über fünf Jahren. Da soll noch einer nachkommen. Die Antworten in der Interpellation bestehen aus Fehlinterpretationen und widersprechen der Begründung zum Postulat. Dies ist eine Vertuschungstaktik. Zwischennutzung hin oder her. Wohnwagen dürfen ohne Baubewilligung nicht länger als drei Monate am selben Ort stehen. Im dem Baudepartement hat man aus den Fehlern der Vergangenheit offenbar nichts gelernt. In der Beantwortung zur Interpellation schreibt der Gemeinderat weiter, dass die Unordnung auf dem Areal zeitweise bedenklich sei. Auch aus diesem Grund ist es für Patrick Koch unverständlich, dass der Gemeinderat am 22. April 2014 einer Verlängerung des Mietvertrages zwischen der LUPK und dem Verein „Sur la plage“ zustimmte. Der Wagenburghauptling Bück meinte in einem Interview mit dem Onlinemagazin Zentral+ am 14.04.2015 folgendes: „Wir haben hier vier Jahre lang friedlich gelebt. Ich hoffe, dass wir diese Zeit bei der Suche nach einem neuen Ort als Referenz nutzen können“. Diese Referenzen sind bei der Suche nach neuen Standorten bestimmt sehr hilfreich. Die Gemeinde verhätschelt diese schon sehr. Notabene liegt die Wagenburg im ESP. Er denkt, diese Energie könnte man durchaus bei anderen Bereichen, wie beispielsweise bei der Pflege der KMU-Betriebe einsetzen. In der Begründung zum Postulat behauptet der Gemeinderat unter anderem, dass der antwortende Abteilungsleiter der Dienststelle rawi keine Kenntnis des genauen Sachverhalts gehabt hätte. Dies ist nicht korrekt. Der Sprechende zitiert aus seiner E-Mail die er am 3. März 2015 an das rawi gemacht hat: „Als Einwohnerrat der Gemeinde Kriens habe ich eine Interpellation zur Wagenburg beim Kulturzentrum Südpol eingereicht. Meine Interpellation sowie die Beantwortung des

Gemeinderates habe ich angefügt. Patrick Koch bittet darum den Vorstoss nicht abzuschreiben und abzuwarten, ob das Areal bis Ende Juli 2015 geräumt ist. Dann soll der Gemeinderat einen Abschlussbericht verfassen und das Postulat kann abgeschrieben werden. Sollte das Areal bis Ende Juli 2015 nicht geräumt sein, wird die Politik sich wieder mit diesem Thema befassen müssen. Diese Wagenburg muss jetzt weg. Eine Aufsichtsbeschwerde ist eine weitere Option und ist bereits verfasst.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist gemäss Roland Schwizer der Meinung, dass der Postulant in der Sache Recht hat. Die Zwischennutzung dauert etwas gar lang und kratzt an der Legalität. Es stellt sich die Frage, weshalb der Gemeinderat so lange zugewartet hat, bis er eingeschritten ist. Aber da die rechtlichen Schritte vom Gemeinderat eingeleitet wurden, ist sein Postulat obsolet. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion lehnt die Überweisung ab.

Räto Camenisch, SVP-Fraktion, stellt fest, dass man sich nicht in einer Bananenrepublik sondern einer Bananengemeinde befindet. Hier stellen Personen Gebäude auf eine Wiese und nach einer gewissen Zeit reichen diese ein Baugesuch ein. Das Baugesuch will man nicht bewilligen, weil es nicht zonenkonform ist. Man sieht auch nicht, dass man dies dulden oder erstrecken kann. Die Gemeinde duldet es aber trotzdem und sagt, dass sie bleiben können. Dann verstreichen drei Jahre und in der Zwischenzeit ändert das Gesetz. In diesem Gesetz heisst es, dass innert 30 Tagen geräumt werden muss, wenn keine Bewilligung erteilt wird. Das interessiert aber die Gemeinde nicht. Der Sprechende findet dies nicht in Ordnung. Das grenzt an Amtsmissbrauch und ist keine saubere Tätigkeit. Was denken wohl all die Bürger, die Baugesuche einreichen und sich auch daran halten, wenn der Gemeinderat bei gewissen Personen beide Augen zudrückt. Hier gibt es keine Verlässlichkeit mehr. Räto Camenisch protestiert in dieser Sache gegen den Gemeinderat.

Die FDP-Fraktion dankt laut Mara Dalla Bona dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation sowie Begründung des Postulates. Seit nun fünf Jahren steht beim Kulturzentrum Südpol die Wagenburg. Offiziell sind keine Bewohner auf dieser Parzelle angemeldet, da sie nicht das ganze Jahr dort wohnen. In diesem Punkt ist sie sich jedoch nicht so sicher. Es ist erfreulich zu sehen, dass die notwendigen Schritte seitens Gemeinderates bereits eingeleitet wurden und ab 31. Juli 2015 keine Zwischennutzung durch die Wagenburg geduldet wird. Aufgrund des Vorgehens des Gemeinderates ist die FDP-Fraktion für Ablehnung des Postulates.

Raphael Spörri, SP/JUSO-Fraktion, führt aus, wer die Beantwortungen der Interpellation und das Postulat gelesen hat, muss zum Schluss kommen, dass alle erdenklichen Ausnahmen erfüllt wurden, um dem Verein „Sur la Plage“ das alternative Wohnen zu ermöglichen. Für die SP/JUSO-Fraktion ist die Frage nicht legal oder illegal. Doch erscheint es ihr wichtig das Geschehene doch noch genauer anzusehen und einige Fragen zu stellen. Hat jemand von den hier Anwesenden je einmal eine negative Reaktion gehört oder sogar selber erfahren? Hatte nicht auch schon jemand mal das Bedürfnis auszubrechen und einmal frei und ohne Zwänge einen anderen Lebensstil zu leben? Hört man aus den Fragen des Interpellanten und späteren Postulanten nicht einen gewissen Neid auf die Lebensweise des Vereins „Sur la Plage“? Denn die Bewohner sagen folgendes: „Geld scheffeln, Stress haben und die ganze Zeit beschäftigt sein, ist nichts für uns.“ Den Betroffenen soll ihr Lebenssinn gelassen aber auch nicht ein anderer aufgezwungen werden. In der Schweiz lebt man doch frei. Natürlich müssen Gesetz und Ordnung befolgt werden. Diesem Argument ist wohl nur die Frage entgegenzuhalten wo das Gesetz und die Ordnung überhaupt verletzt wurden. Ein weiteres Argument könnte sein: Wo kommt man hin, wenn jeder macht was er will? Die Bewohner der Wagenburg ma-

chen nicht was sie wollen. Es wurde mit den vorhandenen Ausnahmeregelungen alles geregelt. In diesem Sinne dankt die SP/JUSO-Fraktion Matthias Senn für die Beantwortung und die Darstellung der zeitlichen Abläufe. Trotzdem kann sie nicht mit einer kleinen Kritik zurückhalten. Warum wurde im Wissen, dass es eine befristete Ausnahme ist, nun doch kurzfristig eine weitere Erstreckung verweigert? Da wünscht sich die SP/JUSO-Fraktion etwas mehr Rückgrat und eine klarere Kommunikation gegenüber dem Einwohnerrat, Gemeinderat und anderen Lebensformen. Gastfreundschaft zu bieten, sollte doch selbstverständlich sein. Die SP/JUSO-Fraktion ist für die Ablehnung des Postulats und fordert den Gemeinderat auf, sich von seinem Entscheid, die Verlängerung der Bewilligung zu beenden, zu distanzieren und die Bewilligung bis Ende 2016, sprich bis zu einem Baubeginn, zu verlängern. Ein Mietvertrag der LUPK liegt vor.

Fabian Takacs, Grüne/JG-Fraktion, stellt fest, dass es schon auf den ersten Blick offensichtlich ist, dass es der SVP hier nur um eine Retourkutsche geht. Dies nur, weil sie das von linksgrün unterstützte Engagement gegen die 150 teilweise illegal gebauten Hütten und Ferienhäuser im Nacherholungsgebiet Hochwald nicht befürwortet hat. Darunter leidet jetzt eine Gruppe junger Menschen, welche damit nichts zu tun hat. An dieser Stelle einen herzlichen Dank an die Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Wagenplatz für die Einladung, das Apéro und die Führung. Sie haben bewiesen, dass sie nichts zu verstecken haben und den Dialog mit der Politik und der Bevölkerung suchen. Der Sprechende ist ein bisschen enttäuscht gewesen, dass der Motionär und seine Partei nicht anwesend gewesen sind und sich von den „Zuständen“ ein Bild machen konnten. Die Bewohner und Bewohnerinnen haben da eine grüne Oase in Mitten von Autobahn, Südpol und Verteilerzentren ins Leben gerufen. Es wird ökologisch geheizt, gewisse verfügen über Solarzellen zur Stromproduktion, ein Garten wird gemeinschaftlich bewirtschaftet und Regenwasser wird für Abwasch und Spülung ökologisch verwendet. Aber nicht nur aus grüner Sicht wirkt der Wagenplatz sympathisch. Eigentlich sollte auch die SVP Freude am Areal und seinen Bewohnern haben. Denn nur ein Bewohner von neun ist Ausländer. Es ist der Grüne/JG-Fraktion bewusst, dass die Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Lebensstil und ihrer Wohnform nicht gerade dem Mainstream angehören. Es ist schon immer wieder interessant, dass sobald Leute nicht in bünzli-zertifizierten Häusern mit Geranien und schön geschnittenem Rasen leben, rechts-bürgerliche Parteien ihre Probleme damit haben. Zum Glück wohnen nicht alle Menschen in Einfamilienhäusern und zersiedeln die Schweizer Landschaft. Andere Wohn- und Lebensformen sind auch willkommen. Die Grüne/JG-Fraktion dankt dem Gemeinderat an dieser Stelle für die detaillierte Berichterstattung und Aufzeigen der bisherigen Vorgänge. Die Grüne/JG-Fraktion ruft dennoch zu ein bisschen mehr Pragmatismus und Gelassenheit in dieser Sache auf. Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder geht die Gemeinde auf Kriegsfuss mit den Wagenburg Bewohnenden und setzt alles daran, dass sie das Areal ab Juni verlassen. Das wäre die Strategie im Kreis herumjagen. Oder man lässt die Bewohner bis zum Bau der Musikhochschule in gut einem Jahr noch dort wohnen und spart sich das ganze Tamtam. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind sich der Befristung bis nächsten Frühling bewusst und werden dann, so haben sie zugesichert, das Areal ohne Murren verlassen. Sogar die Vermieterin, die Pensionskasse, hat mit einer Weiterführung des Vertrages bis im März 2016 kein Problem, wenn sich die Gemeinde nicht quer stellt. An dieser Stelle eine Frage an den Gemeinderat. Warum hat er seine Meinung geändert, denn vor vier Jahren hat der Gemeinderat gesagt, dass ein umherjagen der Bewohner sinnlos ist und das dies auch die Polizei nicht so toll finden würde? An dieser Stelle möchte die Grüne/JG-Fraktion gerne die Krienser Nationalrätin Yvette Estermann erwähnen und ihr Engagement ans Herzen legen. Sie hat letzten Frühling in Bern ein wichtiges Zeichen mit ihrer Interpellation zur Stärkung der Rechte der Jenischen, also der Fahrenden Schweizerinnen und Schweizer, gesetzt. Auch diese leben nicht ein „normales“ Mainstreamleben, so wie die Bewohnerinnen und Bewohner in der Wagenburg. Doch auch diese Menschen haben ein Anrecht Teil unserer Gesellschaft zu sein, wenn möglich im legalen Rahmen. Man hat verschiedentlich gehört, dass die Gemeinde endlich gleich lange Spiesse zwischen den Hütten-

besitzern im Hochwald und den Bewohnern in der Wagenburg herstellen sollte. Will die SVP-Fraktion das wirklich? Dann muss man die Wagenburg aber noch 35 Jahre dulden und sogar noch ein bundesgerichtliches Urteil abwarten. Dann erst hätte man gleichlange Spiesse. Der Versuch die Hüttenbesitzer gegen die Wagenburg-Bewohnerinnen auszuspielen entpuppt sich leider als politische Schaumschlägerei. Das scheinheilige Argument, von den sich sonst nicht um Fragen im Bereich Energiesparen und Umweltschutz kümmernden SVP, dass die Wagen neben dem Südpol-Areal nicht Energiestandards entsprechen würden, ist lächerlich. Die jungen Menschen auf dem Wagenplatz heizen mit Holz, leben sparsam und brauchen alle zusammen wahrscheinlich weniger Energie als ein durchschnittliches Einfamilienhaus. Man soll doch fair zu den Relationen bleiben und aus einer Maus keinen Elefanten machen. Die Grüne/JG-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, allfällige Bestrebungen der Bewohnenden des Wagenplatzes noch ein Jahr länger auf dem Areal wohnen zu dürfen, zu unterstützen und sich nicht querzustellen, wenn die Eigentümerin, die Pensionskasse, den Mietvertrag um ein Jahr verlängern möchte.

Judith Mathis-Wicki findet es interessant, dass Patrick Koch die sensible Naturschutzzone Hochwald mit einem Grundstück der Arbeitszone neben dem Südpol vergleicht. Sie hat nicht viele Ähnlichkeiten zwischen diesen beiden Zonen feststellen können. Im Hochwald hat man die Bauten seit Jahrzehnten geduldet und in diesem Fall geht es höchstens um sechs Jahre. Das ist ein hinkender Vergleich. Die Wagenburg-Bewohnerinnen und Bewohner sind sich bewusst, dass sie das Grundstück bei Baubeginn der neuen Musikhochschule spätestens verlassen müssen. Sie sind bereits auf der Suche nach einem neuen Grundstück. Man kann übrigens sehr gut mit ihnen sprechen. Sie sind freundlich, zuvorkommend und gastfreundlich. Wenn man der Einladung gefolgt wäre, hätte man sich davon überzeugen können. Macht es Sinn, das Grundstück nun ein Jahr brach liegen zu lassen? Allenfalls wird danach für ein Jahr dieser Platz noch als Autoparkplatz genutzt. Immerhin zahlt der Verein der Grundstückbesitzerin einen Mietzins und es liegt ein Vertrag vor. Sie gibt Patrick Koch Recht, dass diese Wohnform nicht jedermanns Sache sein mag. Sie zeugt aber von viel Phantasie und Improvisationstalent. Die Bewohnenden verbrauchen sehr wenig Energie, Ressourcen und üben sich in friedlichem Zusammenleben. Die Sprechende versteht nicht, wo das Problem liegt, ihnen etwas entgegen zu kommen. Mit Ablehnung und Gehässigkeit wird man nicht weiter kommen. Mit einer pragmatischen Lösung käme man weiter.

Martin Heiz erklärt, weshalb die SVP nicht anwesend war. An diesem Abend fand ihre Generalversammlung statt. Wenn man ihm jedoch keine Gelegenheit gibt, sich bei den Gastgebern abzumelden, ist es nicht ihre Schuld. Auf der Einladung sind keine Kontaktangaben vorhanden. Der Sprechende reagiert prinzipiell nicht auf anonyme Einladungen. Er glaubt, wenn die Gemeinde das Anliegen der SP/JUSO-Fraktion umsetzt, macht sie sich strafbar. An das Gesetz muss man sich halten und das sagt, was Fakt ist. Es soll einem Grundeigentümer vom Hochwald erklärt werden, weshalb er abreißen muss und die Wagenburg stehen bleibt. Beim Hochwald wird jetzt gehandelt und auch nicht erst in zehn Jahren. Die Gemeinde soll sich, wie gesagt, an die Gesetze halten, sonst gibt es Probleme. Das soll aber vermieden werden.

Erich Tschümperlin hat gestaunt mit welcher Vehemenz Patrick Koch und Räto Camenisch sich in dieser Sache aufgeregt haben. Im Hochwald sind diese Zustände schon etwa seit 30 Jahren bekannt. Im Jahr 2010 hat der Gemeinderat gesagt, dass er dagegen vorgehen wird. Erste Entscheide sind nun gesprochen und es vergingen fünf Jahre. Dort hatte man es geduldet. Bei dieser Sache hatte zumindest Patrick Koch grosses Verständnis für die Leute, die im Hochwald ein Haus haben. Er fragt sich schon, weshalb nicht gleiches Recht für alle gilt. Wenn man hier sofort durchgreift, müsste man dies im Hochwald auch tun. Im Hochwald gibt es Bauten die geduldet werden, bis der eigentliche Besitzer nicht mehr da ist. Gewisse Bauten

werden nachträglich legalisiert, die so nie bewilligt worden wären. Hier misst man mit zwei ganz verschiedenen Ellen. Wenn Erich Tschümperlin diese Vehemenz hört, glaubt er es geht um die Form der Leute und dass sie diese nicht möchten. Das ist legitim, aber man soll dann dazustehen. Diese Wohnform ist sicher nicht für alle. Wenn es direkt neben dem eigenen Haus ist, würde man es sicher auch nicht begrüssen. Auf dieser Wiese haben sie aber die letzten paar Jahre niemanden gestört und könnten noch ein Jahr bleiben. Ein bisschen Toleranz täte gut.

Alfons Graf weist darauf hin, dass es in der Schweiz Gesetze gibt und sie ein Rechtsstaat ist. Jeder muss sich daran halten, ansonsten muss man die Konsequenzen daraus ziehen. Es wurde gesagt, dass bei der Wagenburg alles in Ordnung ist. Der Beantwortung des Gemeinderates kann entnommen werden, dass die Unordnung auf dem Areal zeitweise bedenklich ist. Es erstaunt den Sprechenden schon. Er dachte die Grünen haben eine Linie. Die Hochwaldgeschichte wurde durch sie ins Rollen gebracht. Viele Eigentümer sind betroffen, die zu der Umwelt schauen. Das wird von den Grünen nicht toleriert und das was illegal ist schon. Alfons Graf versteht das nicht.

Patrick Koch meint zu Fabian Takacs, dass er sich besser auf die Sitzung vorbereiten muss. Er hat keine Frage zu der Energie, sondern zu den sanitären Anlagen und der Anmeldung auf der Einwohnerkontrolle gestellt. Die Wagenburg war auch im Winter bewohnt und es wurden Feste gefeiert. Er fragt sich, ob der Betrieb der Bar und das Zelt rechtsgültig sind. Der Gemeinderat ist dieser Frage elegant ausgewichen. Der Sprechende hat nichts gegen andere Lebensformen. Er ist ein sehr toleranter Mensch. Patrick Koch hat aber Mühe damit, dass sich Leute in dieser Wohnform über die Arbeitnehmer und Steuerzahler lächerlich machen.

Gemäss Räto Camenisch gibt es diese Lebensform schon seit vielen Jahren. Die Jenischen und die Zigeuner haben das Recht fahrend zu leben. Die Gesellschaft legt ihnen Steine in den Weg, indem sie überall vertrieben werden. Wenn die Gemeinde Kriens diese Lebensform fördern möchte, soll ein Platz für die Reisenden zur Verfügung gestellt werden. Dann hat man Ordnung und diese Lebensform wird berücksichtigt. Das was jetzt abläuft ist illegal und nicht in Ordnung gegenüber allen die ganz normal ein Baugesuch einreichen.

Brahim Aakti ist der Meinung, dass man viel von legal und illegal gehört hat. Er möchte über die rechtliche Grundlage aufgeklärt werden. Gibt es Möglichkeiten, dass der Gemeinderat eine Ausnahmegewilligung bis zum Baustart der Musikhochschule erteilen kann? Oder gibt es ein Instrument, dass das Parlament erzwingen kann, dass die Leute dort bleiben können?

Yasikaran Manoharan findet es nicht fair und auch respektlos diesen Leuten Unordnung und Chaos vorzuwerfen ohne mit diesen gesprochen zu haben. Man hätte auch mal bei diesen Leuten vorbeigehen können um mit ihnen zu sprechen. So hätte man sich ein Bild machen können. Der Gemeinderat hat die Wagenburg immer mit dem Chäs-Chalet verglichen. Die Wagenburg wurde nun auch schon drei Jahre geduldet. Darum kann man nun der Wagenburg nicht weiter entgegenkommen. Jedoch muss man wissen, dass das Chäs-Chalet ein Gewerbe ist. Bei der Wagenburg geht es um Menschen, die dort leben. Diesen Leuten geht es nur darum, dass sie mehr Zeit erhalten, um einen neuen Standort zu finden. Ihnen war schon immer bewusst, dass sie spätestens im 2016 den Platz verlassen müssen. Sie versuchen schon lange neue Plätze ausfindig zu machen. Die Bewohner haben gesagt, dass sie vor vier Jahren ein Baugesuch eingereicht haben. Dieses wurde aber nie behandelt. Der Zustand wurde Jahr für Jahr geduldet. Ist der Fehler wirklich bei den Bewohnern oder ist es ein Fehler des Ge-

meinderates? Sie sind offiziell über Rechtswege an die Gemeinde gelangt und das Gesuch wurde einfach nie behandelt.

Roland Schwizer stellt fest, dass man nun seit einer halben Stunde über etwas diskutiert, das eigentlich schon entschieden ist. Der Gemeinderat hat gesagt, dass die Wagenburg abgebaut werden muss. Es liegt auch kein Antrag vor, dass er auf den Entscheid zurückkommen muss. Was diskutiert man nun noch? Damit ein effizienter Ratsbetrieb stattfindet, soll das nächste Traktandum behandelt werden, wo man auch etwas bewirken kann. Hier kann man nichts mehr ändern.

Gemäss Matthias Senn muss man fünf Jahre zurückgehen als die Wagenburg von Grundstück zu Grundstück gezogen ist. Meistens haben sie dort irgendein Problem verursacht. Sie waren auch schon im Hinterschlund, wo es grosse Diskussionen gab. Danach sind sie beim Südpol gelandet. Die Stadt Luzern versuchte mit Kriens eine Lösung zu suchen. Sie befanden, dass dieser Standort weniger problematisch ist. Es wurde vereinbart, dass ein Baubewilligungsverfahren durchgeführt wird. Die Stadt Luzern hat mit ihrer Rechtsordnung argumentiert. Gemäss ihrem BZR war eine Sonderbewilligung für nicht zonenkonforme Nutzung möglich. Das Baubewilligungsverfahren wurde auch durchgeführt. Eine Einsprache gab es nicht. Als der Entscheid für die befristete Baubewilligung ausgearbeitet wurde, lag keine Rechtsgrundlage im Planungs- und Baugesetz des Kantons Luzern und auch nicht im BZR der Gemeinde Kriens vor. Heute sieht die Rechtsgrundlage mit dem PBG anders aus. Der Gemeinderat hat sich in Absprache mit der Stadt Luzern dazu entschieden, dass die Wagenburg vorübergehend geduldet wird. So konnte für ein Jahr ein Mietvertrag gemacht werden, welcher jedes Jahr wieder bestätigt wurde. Er widerspricht der Aussage, dass die Duldung nicht rechtskonform ist. So werden einige Besitzer im Hochwald verärgert, wenn keine Duldung, sondern der Abbruch von gewissen Bauten verfügt wird. Wenn man zu diesem Zustand käme, müsste man es im Hochwald auch strenger handhaben. Der Vergleich ist nicht aussagekräftig, da es hier um ganz andere Ausgangslagen und rechtliche Grundlagen geht. Die Gemeinde hat die Möglichkeit etwas zu dulden. Die letzte Anfrage der LUPK erfolgte im April 2014. Darin stand ganz klar, dass der Vertrag zum letzten Mal verlängert wird. Der Gemeinderat hat dies auch so bestätigt. Deshalb kann nicht gesagt werden, dass alle überrascht sind. Der Mietvertrag läuft bis Juni 2015. Der Gemeinderat war der Meinung, dass die Wagenburg gleich behandelt werden soll wie das Chäs-Chalet. Die Betreiber des Chäs-Chalets haben letzten Herbst angefragt, ob sie noch ein drittes Jahr bleiben können. Das Baudepartement hat es ein letztes Mal bewilligt. Es wurde ihnen auch schriftlich mitgeteilt, dass es länger nicht möglich ist. Im letzten Herbst kam der Gemeinderat zum Schluss, dass bei der Wagenburg auch nicht verlängert wird, sollte ein weiteres Gesuch folgen. Wenn die Duldung nochmals verlängert wird, müsste ein neues Baugesuch eingereicht werden. Nun liegt eine Rechtsgrundlage für eine befristete Bewilligung vor. Aber weil sie nun länger als drei Jahre dort sind, müsste man einen Energienachweis und Anschlussgebühren verlangen. Dies geschieht bereits auch schon beim Chäs-Chalet. Für die Baubewilligung fallen auch nochmals Kosten an. Der Gemeinderat findet es problematisch, wenn ein politischer Vorstoss gemacht und gleichzeitig ein Brief geschickt wird, worin erwähnt wird, dass man eine Aufsichtsbeschwerde einreicht, wenn nicht gehandelt wird. Hier werden die Rechte der Bürger und der Politiker vermischt. Er findet es gut, wenn dies in Zukunft nicht mehr gemacht wird.

Laut Peter Portmann opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulates.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Koch: Illegale Krienser Wagenburg mit Partyzelt beim Kulturzentrum Südpol (Nr. 163/15):
Das Postulat wird mit 26:7 Stimmen nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

12. Bericht Postulat Piras: Krienser Kinder und Jugendliche entscheiden mit! Nr. 138/14

Laut Peter Portmann ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Für Davide Piras stand die Partizipation bei der Projektierung der Langmatt deutlich im Mittelpunkt. Nicht nur beim proaktivem Einbezug der Quartiere und der Vereine, sondern auch beim Einbezug der Zielgruppe, welche diesen Platz deutlich am meisten benützen wird, nämlich die Krienser Kinder. Am 18. März 2015 hat auf der Langmatt ein bemerkenswerter Mitwirkungstag mit Kindern stattgefunden. Dem Aufruf des Flyers „Du bist gefragt! Was braucht dein Spielplatz“ folgten über 60 Kinder. Sie strömten regelrecht auf dem Platz und haben das einfachste und wichtigste Gut von unserer Gesellschaft mit sich getragen. Dies ist der Demokratiedanke, denn sie dürfen mitentscheiden. Viele dachten im Vorfeld, dass dies ein Wunschkonzert der Kinder wird, welche die Kosten ins uferlose treiben werden. Wenn man die folgenden Fotos genau anschaut, wird man erkennen, dass es sich um ein handfestes geführtes Mitwirkungsprogramm handelt. Die Kinder gingen auf die Langmatt und machten sich ein Bild vom

ganzen Geschehen. Es wurden zwei Modelle zu den drei Eingaben der Firmen erstellt, damit sich die Kinder vorstellen konnten wie es aussehen wird. Die Kinder wurden gefragt, welches ihre Lieblingstätigkeiten sind. Zu jedem Kriterium haben sie dann alle Punkte vergeben. In drei Gruppen wurde zu jedem Modell demokratisch abgestimmt. Schlussendlich hat mit Abstand das Modell 2 gewonnen. Das Modell 2 wurde nun weiter ausgearbeitet, weil es auf dem geplanten Spielplatz Objekte hat, die die Kinder gar nicht möchten. Mit der Baufirma wurde das Gespräch gesucht und man hat gewisse Anpassungen kostenneutral vorgenommen. Die Kinder hatten natürlich noch viel mehr Wünsche, aber ihnen wurden die Grenzen aufgezeigt. Die Fachstelle für Gesellschaftsfragen des Kantons Luzern hat das Projekt nahe mitverfolgt. Der Sprechende hat selbst bei der Fachstelle nachgefragt. Das Feedback war überaus positiv und Kriens wurde in vielen Bereichen gelobt. Das Vorgehen auf der Langmatt deckte verschiedene Bereiche ab. Es war zielgruppenspezifisch und das Konzept war durchdacht. Davide Piras möchte sich hier bei Thomas Kost und seinem Team mit Adrian Schuler für den Einsatz bedanken. Sie haben ein echt gutes Programm zusammengestellt und durchgeführt. Der Kanton hat sich zudem entschieden dieses Partizipationsprojekt mit einer Gesamtsumme von Fr. 18'000.00 zu unterstützen. Zu Mehrkosten sollte es durch die Partizipation im Gesamtprojekt also nicht kommen. Der Sprechende möchte sich beim Gemeinderat für den Bericht bedanken. Der Gedanke seines Vorstosses wurde erfüllt. Er hat sich sehr gefreut, dass die Kinder auf der Langmatt an diesem Nachmittag die grossen Mitgestalter im Projekt Zukunft Kriens gewesen sind.

Der CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist es laut Verena Wicki Roth ein Anliegen, für diesen Prozess auf dem neuen Spielplatz Langmatt zu danken. Er zeigt schön auf, dass mit einigen Massnahmen nebst Interessenvertretungen von Erwachsenen auch die Kinder und Jugendlichen aktiv in einen Entscheidungsfindungsprozess einbezogen werden können. Innerhalb von definierten Rahmenbedingungen können sie an einem Lebensraum mitwirken, den sie selbst benutzen werden. Sie können ihre Ideen und Phantasien einbringen und machen die Erfahrung, dass diese innerhalb von Grenzen umgesetzt werden. Sie erhalten damit einen Bezug zu ihrem konkreten Lebensraum und lernen damit Verantwortung zu tragen. Auch wenn sie noch nicht abstimmen können, bringen sie ihren Beitrag ein und können sich beteiligen, sprich partizipieren. Notabene ist es eine konkrete Möglichkeit direkte Demokratie zu lernen und zu leben. Man weiss, dass die Stimmbeteiligung allgemein sehr tief ist. So können die Kinder mit solchen Massnahmen schon früh für Demokratie sensibilisiert werden und damit leistet man auch einen Beitrag für eine demokratische Gesellschaft der Zukunft.

Alfons Graf, SVP-Fraktion, weist darauf hin, dass gemäss dem Postulant den Kinder und Jugendlichen immer weniger Beachtung geschenkt wird. In diesem Projekt konnten sie nun mitwirken. Früher hiess es wer bezahlt, befiehlt auch. Heute haben sich die Zeiten geändert. Man hat das Zeitalter der anti-autoritären Erziehung. Da haben die Eltern eine Nebenrolle. Die Kinder und Jugendlichen sagen, wo es lang geht und was sie wollen. Das Fazit ist, dass die Eltern sich fügen müssen. Wie sich die Gesellschaft auf Grund dieser Methode in den letzten Jahren entwickelt hat, zeigt das heutige Gesellschaftsbild zu genüge. Krawalle dort und Sachbeschädigungen hier. Angriffe auf Polizeiorgane sind an der Tagesordnung. Die Jugendlichen müssen in die Gesellschaft einbezogen werden. Das ist logisch, aber alles in seinem Rahmen. Sie müssen oder sollten zuerst einmal lernen woher das Geld kommt.

Die FDP-Fraktion ist gemäss Kevin Hofstetter mit dem Bericht sehr zufrieden und dankt dem Gemeinderat dafür. Besonders gut gefällt ihr der Planungs- und Bautag. Dass so viele verschiedene Meinungsgruppen miteinbezogen wurden, hat sie begeistert. Der Bericht zeigt, dass dieser Einbezug bereits Früchte trägt. Besonders gefallen hat der FDP-Fraktion zudem, dass so viele Kinder teilgenommen haben. Weniger befriedigend waren die Rückmeldungen

von betroffenen Eltern und Kindern. Es sei der Eindruck entstanden, dass man nicht wirklich etwas bewegen kann und alles bereits geplant sei.

Gemäss Cla Büchi, SP/JUSO-Fraktion, besagt eine Redewendung, dass man hegen und pflegen muss, was wachsen soll. Dies betrifft die Pflanzenwelt, aber bei den Menschen ist es nicht viel anders. Wer ernst genommen wird, fühlt sich als ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft und ist bereit, sich auch für diese zu engagieren. In diesem Sinne und wahrscheinlich auch im Sinne des Postulanten dankt die SP/JUSO-Fraktion dem Gemeinderat für ihren Bericht und dem breit angelegten Mitwirkungsprozess, den sie beim Freizeitpark Langmatt angestossen hat. Die SP/JUSO-Fraktion ermutigt den Gemeinderat, diesen eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu gehen und die Partizipation auch bei zukünftigen Projekten in ähnlicher Weise sicher zu stellen.

Bruno Bienz dankt im Namen der Grüne/JG-Fraktion dem Postulant für seinen Vorstoss und dem Gemeinderat für den Bericht. Obwohl sie der Meinung ist, dass eine Partizipation der Nutzer selbstverständlich sein sollte. So konnten die Kinder und späteren Nutzer selber sagen, mit was sie spielen möchten.

Cyrill Wiget freut sich über die lobenden Worte. Diese Worte gelten der Abteilung Jugend und Sport, die das Ganze umgesetzt haben. Die Gemeinde hat bereits vorher partizipative Prozesse durchgeführt. Der vorliegende partizipative Prozess wurde aufgrund des Postulats ausgeweitet. Die Überweisung des Vorstosses führte auch dazu, dass der Kanton davon Kenntnis genommen und Geld gesprochen hat. Für die Eltern, die gedacht haben, dass nicht genau das gemacht wurde, was die Kinder gesagt haben, ist genau dies eine wichtige Erfahrung. Partizipation heisst nicht, dass alles so umgesetzt wird, wie der Partizipant es möchte. Die Gemeinde baut diesen Spielplatz für die Kinder und wenn diese sagen mit was sie gerne spielen, wird nichts Falsches gebaut.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

13. Beantwortung Interpellation Heiz: Zusammenarbeit mit KESB Nr. 143/14

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Martin Heiz wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Martin Heiz dankt für die ausführliche Beantwortung. Der Auslöser für diesen Vorstoss war der Fall in Flaach. Er hoffte, dass es in Kriens nicht so läuft. Der Sprechende hatte dann selber einen persönlichen Fall in dieser Gegend. Das schreckte ihn auf und er spürte, was es heisst, wenn ein Fall bekannt gemacht wird und diejenige Person dann vor dem Staatsanwalt landet. Er hatte so seine Bedenken und wollte wissen, wie es in Kriens aussieht. Zum Glück hat Kriens nicht solche Problemfälle. Er hofft, dass es an den Personen liegt, die bei der KESB arbeiten und gute Arbeit leisten. Es stört ihn, dass der Einwohnerrat diesbezüglich nichts mehr sagen kann. Man muss den zuständigen Personen blindlings vertrauen. Martin Heiz hofft, dass diese das Vertrauen auch würdigen. Es ist gut, dass ein Informationsaustausch stattfindet. In der Beantwortung wurde auch klar aufgezeigt, wie diese Informationen fliessen und was hinten durch passiert.

Gemäss Bruno Bienz, SGK, ist es nachvollziehbar, dass dieser Vorstoss im Umfeld der Berichterstattung der letzten Monate gemacht worden ist. Vielleicht wäre es aber trotzdem der bessere Weg gewesen, diese Informationen über das Mitglied der SGK zu holen. Denn diese wurden am 23. Februar 2015 umfassend und kompetent von Sibylle Tobler, Leiterin der KESB, informiert. Die SGK dankt für dieses offene und kompetente Gespräch. Bei allen negativen Pressemeldungen darf man nie vergessen, dass bei jeder behördlichen Massnahme meistens eine Partei mit dem Entscheid nicht einverstanden ist. In Kriens waren es im Jahr 2014 667 Entscheide. Gegen diese Entscheide sind vier Beschwerden eingegangen. Es kann nie ausgeschlossen werden, dass solche Fälle wie in Flaach auch andersorts oder auch in Kriens passieren können. Man darf nicht vergessen, dass die KESB mit Menschen in Ausnahmesituationen arbeitet. Mit Menschen, die nicht auf sich und oder ihre Kinder schauen können. Ihnen muss die KESB einen Teil ihres Selbstbestimmungsrechts entziehen zum Schutz der Kinder, aber auch der Eltern. Gerade solche Menschen reagieren nicht immer so, wie das zu erwarten wäre. Diese Unberechenbarkeit gilt es zu akzeptieren. Statt die KESB als Fehlkonstruktion zu geisseln, sollten sich die Kritiker der Erkenntnis stellen, dass totale Sicherheit eine Illusion ist.

Verena Wicki Roth, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, führt aus, dass seit anfangs Januar 2013 das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht gilt. Damit ist das hundertjährig alte Vormundschaftsrecht abgelöst worden. Das neue Gesetz entspricht den heutigen, individuell geprägten Vorstellungen der Lebensgestaltung besser. Es stellt mit den Massnahmen die Selbstbestimmung des Einzelnen und die Solidarität der Familien ins Zentrum. Der tragende Leitgedanke ist das Wohl des Schwachen und die Respektierung der Menschenwürde. Weiter wurde dem Schutz der Familie, dem Schutz von Dritten und der Rechtssicherheit ein hohes Gewicht beigemessen. Die Entflechtung der Behörden weg von der politischen Gemeindebehörde hin zur interdisziplinär arbeitenden Fach-Behörde soll zu einer höheren Professionalisierung führen. Die KESB ist für alle erstinstanzlichen Entscheide zuständig, die im Rahmen des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes gefällt werden. Die Dienststelle Gemeinden, Handelsregister und Staatsarchiv (GHS) des Kantons Luzern unterstützt die KESB bei der korrekten Rechtsanwendung und fördert die Entwicklung einer einheitlichen Praxis und ist somit auch Aufsichtsbehörde der KESB. Die Umstellungen aller Dossiers vom alten auf das neue System sind im Tun und sehr arbeitsaufwändig. Die Neu-Organisation ist in der Schweiz eine Herkulesaufgabe. Bis Ende Jahr sollten die wichtigsten Umstellungen vollzogen sein, auch in Kriens. Letztlich werden von einer staatlichen Behörde Entscheide getroffen über das Wohl und den Schutz von Menschen und man greift erheblich in Privatsphären ein. Dies kann zu heftigen Konflikten führen, was man ja auch aus den Medien entnommen hat. Das war aber auch schon im alten Vormundschaftsrecht so und auch da haben die Massnahmen der Vormundschaftsbehörden vergleichbare Kosten verursacht. Die KESB Kriens verfügt über eine vergleichsweise sehr schlanke Organisation, ist sie doch nur mit der Gemeinde Schwarzenberg verbunden. Die KESB Kriens hat unter kompetenter Leitung und entsprechendem Fachperso-

nal bereits heute einen guten Ruf und arbeitet fachlich hochstehend und korrekt. Die Zusammenarbeit mit den Organen der Gemeinde richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und die Fachkommissionen werden regelmässig und gut informiert. Die Entwicklungen im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht sind äusserst anspruchsvoll und delikat und es ist richtig, dass man auch aus politischer Sicht ein waches Auge darauf hält und Fragen stellt. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt der KESB für ihre wertvolle und korrekte Arbeit und spricht auch dem Fachpersonal in der Beistandschaft ihre Anerkennung aus.

Laut Mario Urfer, SP/JUSO-Fraktion, haben im Dezember 2008 der National- und Ständerat der Revision des Erwachsenenschutzes, des Personenrechts und Kindsrechts zugestimmt. Am 1. Januar 2013 trat das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht in Kraft. Die KESB wurde immer wieder von negativen Schlagzeilen in der Presse begleitet. Die Beantwortung der Interpellation des Sozialdepartements zeigt, dass die KESB Kriens-Schwarzenberg gut aufgestellt ist. Die KESB ist sehr schlank und effizient. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, dass sie jedoch schnell ans personelle Limit kommen kann. Die massgeschneiderten Beistandschaften ermöglichen hilfsbedürftigen Personen mit flexiblen auf das Individuum angepassten Lösungen zu unterstützen. Das die Kompetenz für Anordnungen bei der KESB liegt, ist gewollt und richtig. Die Gewaltenteilung ist wichtig. Sie soll unabhängig von der Finanzpolitik Entscheidungen treffen können, um Willkür zu vermeiden. Die KESB hat sich an den Grundsätzen des rechtsstaatlichen Handelns zu halten und sorgsam mit den öffentlichen Mitteln umzugehen. Bei der KESB Kriens sieht die SP/JUSO-Fraktion keine Beanstandungen. Den Mitarbeitern gehört Respekt und Dank für die nicht einfache Arbeit.

Rolf Schmid bezieht sich auf die Ausführungen von Martin Heiz. Das Parlament hat noch nie seit seiner Gründung etwas zu der Vormundschaft sagen können. Deshalb ist es auch nichts Neues, dass der Einwohnerrat dazu nichts sagen kann.

Lothar Sidler dankt, dass der Bericht positiv aufgenommen wurde. Die KESB Kriens-Schwarzenberg ist dort tätig, wo es brennt und dort wo die Leute ihr Privatleben nicht selber regeln können. Wenn die KESB etwas machen muss, greift sie in die Privatsphäre dieser Personen ein. In solch schwierigen Situationen muss die KESB arbeiten und da kann etwas passieren. Schlimmes passiert nicht erst seit es die KESB gibt. Die Stresssituationen sind nicht neu und passieren einfach, weil man in etwas sehr tiefes eingreifen muss. Die KESB ist etwas neues und was neu ist kann man nicht abschätzen und es ist einem nicht ganz geheuer. Die KESB verdient das Vertrauen, dass sie ihren Job richtig macht. Der Gemeinderat hofft, dass diese nie in eine solche Situation kommen. Es wäre falsch, wenn Misstrauen gesät wird. Misstrauen erschwert die Tätigkeit der Mitarbeitenden. Sie arbeiten schon in einer schwierigen Situation. Dies würde zu Mehrarbeit und dementsprechend Mehrkosten führen.

14. Beantwortung Interpellation Meyer: European Energy Award GOLD für Kriens Nr. 148/14

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Pascal Meyer wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Pascal Meyer dankt für die Beantwortung der Interpellation. Auf der Webseite von Energie Schweiz ist zu lesen: „*Städte und Gemeinden spielen eine wesentliche Rolle in der schweizerischen Energiepolitik, denn sie haben eine wichtige Vorbildfunktion für die Bevölkerung und Wirtschaft.*“ In der Finanzplanung der Gemeinde Kriens steht: „*Zur Realisierung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft, werden...*“ bzw. „*Die Gemeinde richtet ihre Energie- und Klimastrategie nach den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft und dem Reduktionspfad der Energiestädte aus.*“ Man könnte also meinen, die Gemeinde sei fortschrittlich unterwegs. Das stimmt seiner Meinung nach nicht. Fortschritt braucht Ziele. Der Gemeinderat propagiert den Status Quo. Die Antwort vom Gemeinderat ist widersprüchlich und entspricht nicht wirklich den oben genannten Zielen. Als Randbemerkung möchte Pascal Meyer noch anführen, dass die 2000-Watt-Gesellschaft ein übergeordnetes Ziel ist. Die Umsetzung der Massnahmen der Energiestadt sind ein Teil dieses übergeordneten Zieles. Der Gemeinderat schreibt in der Beantwortung der Interpellation: „*Die Erreichung des Gold Awards ist aus ökologischer und ökonomischer Sicht im Hinblick auf die notwendige Energiewende für Kriens wünschenswert und sinnvoll.*“ Ein gutes Argument für den Gold Award und folglich eine gute Investition für die Gemeinde. Gemäss der Aussage aus der Interpellation müsste der Gemeinderat nun von sich aus in dem Voranschlag 2016 die dazu nötigen Posten beantragen. Somit kann man dann auch über Zahlen sprechen. Was zum jetzigen Zeitpunkt reine Spekulation ist. Für den Sprechenden persönlich ist der vom Gemeinderat begangene Weg nicht konsequent genug an den übergeordneten Zielen der Gemeinde ausgerichtet. Ein Beispiel dazu ist, dass der Gemeinderat im Schulhaus Kirchbühl eine Gasheizung und nicht die Pelletheizung vorschlägt. Der Gemeinderat ist nicht immer konsequent. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein grosses Ziel, European Energy Award Gold ein realistisches und der Status Quo ist keines.

Der USK erschien es laut Raphael Spörri unbestritten, dass Energie und der sorgfältige Umgang mit ihr, einen auch in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Es schien ihr auch klar, dass jede erdenkliche Massnahme nötig ist, um den Umweltproblemen der heutigen Zeit entgegenzuwirken. Trotzdem war die USK mehrheitlich der Meinung, dass der eingeschlagene Weg der Kriens in Sachen Energie geht, der Richtige sei. Es wurde, vor allem auch mit Sicht auf die finanzielle Situation, eher eine pragmatische Lösung bevorzugt. Der Interpellant machte die Mitglieder aufmerksam, dass es keinen Aufschub und keine finanzielle Spielereien mit der Umwelt geben darf. Trotz der emotional geführten Debatte von Pascal Meyer war die Mehrheit der USK mit der Beantwortung des Gemeinderates zufrieden und stärkte ihm den Rücken. Vor allem da der Aufwand für ein Erreichen des Award Gold die momentanen Grenzen von Kriens in den personellen wie auch finanziellen Ressourcen sprengen würde.

Gemäss Judith-Mathis-Wicki, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, war Kriens 1997 erfreulicherweise eine der ersten Gemeinden, die mit dem Energiestadt-Label ausgezeichnet worden ist. Das sollte Kriens eigentlich mit sehr grossem Stolz erfüllen und es sollte ein steter Antrieb sein, sich in energiepolitischen Fragen stetig zu entwickeln und zu verbessern. Dies wurde seit 1997 nicht immer in der gleichen Intensität und Konsequenz gemacht. Wenn man die Prozentuale Entwicklung seit 1997 von 54 % der möglichen erreichbaren Punkte auf 63 % im Jahre 2011 sieht, ist das eine eher bescheidene Entwicklung. Aber es ist eine Entwicklung. Mit den Sanierungen und Neubauten von kommunalen Gebäuden und Anlagen, sprich Zentrumsplanung und Sanierung von Schulhäusern, lässt sich dieser Teilbereich bei der nächsten Zertifizierung sicher massiv verbessern. Auch im Teilbereich Kommunikation und Kooperation, sollte auch mit bescheidenen Mitteln eine Verbesserung erzielt werden. Wie Kriens im Bereich Mobilität jedoch einen Wert von 70 % erreicht, ist der Sprechenden schleierhaft. Hier gibt es noch viel Verbesserungspotential in den nächsten Jahren. Die Erreichung des European

Energy Award Gold würde mindestens die Umsetzung von 75 % der erforderlichen Massnahmen bedingen. Das erscheint im Moment ein sehr ehrgeiziges Ziel zu sein. Judith Mathis-Wicki glaubt jedoch, es ist nicht falsch, langfristig dieses Ziel zu haben. Es wissen alle, dass die personellen und finanziellen Ressourcen im Moment beschränkt sind. Es gilt aber, die Ziele der Energiewende dauernd, wie eine Matrix über alle Projekte zu legen und so Schritt für Schritt in die geforderte Richtung zu gehen. So wird Kriens, wenn auch nicht so rasch wie gewünscht, das Ziel des European Energy Award Gold erreichen.

Räto Camenisch schickt voraus, dass für die SVP-Fraktion die 2000-Watt-Gesellschaft kein Ziel ist. Sie stellt fest, dass Kriens das Energielabel hat und sich dieses auch verbessert. Der Gemeinderat zeigt dies pragmatisch auf. Die SVP-Fraktion ist zufrieden damit. Ihr Ziel ist die Entwicklung der Gemeinde. Die Entwicklung soll wirtschaftlich erfolgen, indem Arbeitsplätze geschaffen werden, der Wohlstand vermehrt wird und die Verkehrsprobleme gelöst werden. Das ist viel wichtiger, als irgendwelche Labels, womit möglicherweise zukünftige Investoren abgeschreckt werden.

Die FDP-Fraktion dankt laut Mara Dalla Bona dem Gemeinderat für die konkrete Beantwortung der Interpellation. Durch das Label Energiestadt setzt sich die Gemeinde schon sehr für eine konsequente und ergebnisorientierte Energiepolitik ein. Die Beantwortung zeigt klar auf, dass sich Kriens für das Erreichen des European Energy Award in allen Punkten verbessern muss. Zudem ist auch klar, dass Kriens momentan weder die personellen noch finanziellen Mittel dafür hat. Es ist in ihren Augen wichtiger, sich zuerst auf die grösseren bevorstehenden Projekte in Kriens zu konzentrieren, anstatt einen Award anzustreben, der nach der aktuellen Lage sehr schwer zu erreichen ist. Da Kriens im Thema Energie und erneuerbaren Energien schon einiges macht, ist die FDP-Fraktion der Meinung des Gemeinderates, dass Kriens diesen Award 2023 wieder in Betracht zieht.

Brahim Aakti dankt im Namen der SP/JUSO-Fraktion dem Postulanten für seinen Vorstoss. Es ist wichtig, dass Kriens in Sachen Energieeffizienz am Ball bleibt und genau solche Vorstösse sind dafür förderlich. Die Antwort des Gemeinderates zeigt auf, dass das grösste, unausgeschöpfte Potenzial im Bereich der gemeindeeigenen Gebäude und Anlagen steckt. Das ist doch irgendwie erstaunlich, dass Kriens als Energiestadt keine Energiestadt wäre, wenn bei der Bewertung nur die gemeindeeigenen Gebäude und Anlagen begutachtet würden. Die SP/JUSO-Fraktion ist aber überzeugt, dass in diesem Bereich in Zukunft mit den geplanten Instandhaltungsaufgaben im Bereich der Schulhäuser und dem geplanten Zentrum viel gemacht wird. Die SP/JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die gute Beantwortung und begrüsst seine Strategie. Es ist klar, dass eine Zertifizierung mit dem European Energy Award GOLD mit sehr viel Aufwand verbunden ist. Dieser Aufwand wäre aus ihrer Sicht im Moment unverhältnismässig. Wichtiger erscheint der SP/JUSO-Fraktion, dass Kriens die Rezertifizierung mit dem Energiestadtlabel problemlos schafft und sich von einer Rezertifizierung zur nächsten in der Bewertung verbessert.

Natürlich unterstützt die Grüne/JG-Fraktion laut Erich Tschümperlin das Ziel. Sie findet es gut, wenn Kriens ein weiteres Label hätte. Ein weiteres Label führt dazu, dass die Gemeinde dazu genötigt wird weitere Massnahmen in Richtung Energie anzugehen. Natürlich ist man hier einmal mehr blockiert, weil das Geld fehlt. Wenn Kriens dieses Label möchte, bedeutet es, dass der Einwohnerrat und der Gemeinderat auch dahinter stehen und dieses auch möchten. Vorher ist es schwierig und ist sinnlos. Wenn der Interpellant wirklich etwas erreichen will, muss er eine Motion oder Postulat einreichen. Mit einem entsprechenden Budgetposten kann

der Einwohnerrat konkret darüber abstimmen. Zurzeit weiss man, dass es ohne Mittel nicht geht.

Pascal Meyer geht es nicht darum das durchzuboxen und Morgen diesen Gold Award zu haben. Ihm geht es darum, dass die Gemeinde Kriens ein Ziel haben muss, dass verfolgt werden kann. Im Moment hat Kriens noch kein Ziel. Wenn Kriens das Ziel bis 2023 nimmt, dann weiss man wohin es geht. Zurzeit wird einfach etwas gemacht und geschaut.

Gemäss Cyrill Wiget sagt der Gemeinderat nicht, dass nicht mehr gemacht werden könnte oder Gold wäre keine gute Sache. Nicht umsonst wurde Kriens als erste Luzerner Gemeinde Energiestadt. Der Gemeinderat macht das, was mit den personellen und finanziellen Ressourcen möglich ist. Wenn man den heutigen Nachmittag ansieht, geht es dem Einwohnerrat nicht anders. Der Gemeinderat hat bei den Schulraumprovisorien eine Minergie-Zertifizierung beantragt und der Einwohnerrat hat diese aus finanziellen Gründen gestrichen. Das ist dieser Pragmatismus. Das ist nicht so befriedigend, aber es ist das was möglich ist. Zum Widerspruch der Ökonomie und Energiewende ist interessant festzustellen, dass es positiv arbeitsplatzwirksam ist, wenn die Energiewende weiterverfolgt wird. Mit Öl werden Saudis reich und wenn man andere Energieformen vor der Haustüre gewinnt, kann die Wertschöpfung mehr in den Westen genommen werden. Die Energiefachstelle betont immer wieder, dass das BZR ein starkes Instrument ist. Jemand hat gesagt, dass Kriens einen Rückschritt gemacht hat. Das stimmt so nicht. In der Verordnung wurde ein harter Passus für die Gebäude im Gebiet LuzernSüd verpasst. Dieser Passus ist zusammen mit der Stadt Luzern einer der strengsten Auflagen im Kanton. Wenn ein Antrag eingereicht wird, wird der Gemeinderat einen Preis bekannt geben. Den genauen Preis kann er jedoch nicht nennen. Die Stadt Biel hat für die Erreichung des Gold Labels 5 Mio. Franken auf die Seite gelegt. Es geht nicht nur um Fr. 10'000.00 bis Fr. 20'000.00, die investiert werden müssen. Der Einwohnerrat muss sich einfach bewusst sein, was dieser Auftrag für den Gemeinderat bedeutet.

15. Motion Ercolani: Bauvorhaben der Gemeinde Kriens Nr. 151/15

Laut Peter Portmann beantragt der Gemeinderat die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Er fragt den Motionär, ob er mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden ist.

Enrico Ercolani ist damit nicht einverstanden. Er steht heute als Bettler für Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Bauherren und auch der Umwelt da. Wenn all dies berücksichtigt werden soll, bedingt das zwingend, dass die Motion überwiesen wird. Das angehängte Punktesystem ist ein Vorschlag, wie in anderen Kantonen die Gemeinden Kriterien festlegen. Zu dieser Motion gehört auch ein Kriteriensystem. Eine schwierige Sache ist natürlich immer der Preis. Es sollte auch jedem klar sein, dass wenn ein Unternehmer Betreibungen hat, dann kann diesem auch kein Auftrag gegeben werden. Eine Folge wäre, dass der Auftrag gar nicht ausgeführt werden kann. Dann muss die Unternehmung auch genug gross sein und genügend Arbeiter beschäftigt. Eine Lösung dafür wären Arbeitsgemeinschaften. Die Lehrlingsausbildung ist auch ein wichtiger Faktor. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Sanierung des Schulhauses Kirchbühl, das unter Denkmalschutz steht. Dort werden Arbeiten ausgeführt, wie so vor 50 oder 100 Jahren ausgeführt wurden. Wo kann ein Lehrling dies lernen, wenn nicht an einem solchen Objekt. Es soll deshalb darauf geachtet werden, dass bei diesen Arbeiten auch Lernende mitarbeiten dürfen. So hat man auch in 30 Jahren Personen, die wissen wie es geht. Die Fahrzeiten betreffen den Umweltaspekt. Er sieht nicht ein, dass ein Unternehmen von Basel kommen muss. Diese Aspekte müssen auch berücksichtigt werden. Bei den ökologischen Produkten

kann jedes Verbrechen gemacht werden. Für Bauleiter und Architekten ist es äusserst schwierig nachzuvollziehen was gut ist und was nicht. Noch mehr beschäftigen ihn sozial korrekt produzierte Produkte. Wer weiss schon wie in China Granit abgebaut wird. Es dürfen keine Aufträge mehr vergeben werden, wenn man nicht weiss woher die Produkte kommen und wie diese produziert wurden. Ein weiterer Aspekt ist die Qualität. Ein Unternehmen muss gute Referenzen haben und die Nachhaltigkeit sollte auch ein Ziel sein. Heutzutage gibt es immer weniger Fachleute auf dem Bau. Die Bauberufe werden nicht gerne als Ausbildung gewählt. Viele Bauarbeiter haben eine andere Ausbildung gemacht. Deshalb ist es wichtig, dass auf der Baustelle eine Ansprechperson gibt, die diese Ausbildung auch gemacht hat. Es kann auch nicht sein, dass wenn jemand den Gesamtarbeitsvertrag nicht einhält, dieser ein Auftrag erhält. In der Schweiz gibt es tausende Unternehmen, die trotz Gesamtarbeitsvertrag, keine Verantwortlichen für die Sicherheit der Arbeitnehmer haben. Die öffentliche Hand ist dazu angehalten zu überprüfen, dass die Arbeitssicherheit gewährleistet ist.

Es freut Enrico Ercolani sehr, dass der Gemeinderat erkannt hat, dass es mit Unternehmern und Subunternehmern Probleme gibt oder geben kann. Allerdings ist er nicht zufrieden, wenn er die Motion ablehnt und nur bereit ist, sie als Postulat weiter zu behandeln. Folgende Fakten sprechen für die Überweisung als Motion. Wie das tapfere Schneiderlein treffen sie sieben, nicht Fliegen, aber wichtige Anliegen auf einen Streich:

1. Subunternehmer tragen zum grössten Teil an Verfehlungen im Bereich des Gesamtarbeitsvertrages bei. Ohne sie wären Arbeiter in Zukunft gegen Nichteinhalten des Gesamtarbeitsvertrages inkl. Lohndumping wesentlich besser geschützt.
2. Bauherren erhalten eine bessere Qualität. Sie dürfen davon ausgehen, dass Unternehmer nur qualifiziertes Personal fest anstellt und entsprechend auch gute Lehrlinge ausbildet.
3. Unternehmer würden wieder vermehrt Arbeitnehmer fest anstellen.
4. Dank besserer Qualität können langfristig Kosten gespart werden.
5. Die Umsetzung der Motion hat mittelfristig auch Wirkung auf die Privatwirtschaft. Architekten und Bauführer werden relativ schnell erkennen, dass sie mit qualifizierteren Leuten zusammen arbeiten dürfen.
6. Auch die Umwelt hat Freude an dieser Motion. Man darf davon ausgehen, dass vermehrt Unternehmer aus der Region Aufträge erhalten, die auf Grund des Punktesystems sozialgerecht produzierte, ökologische Produkte verarbeiten.
7. Firmen ohne das Zertifikat der Arbeitssicherheit, Kontaktperson für Arbeitssicherheit (KOPAS), sollten eigentlich keine Aufträge erhalten. Leider gibt es sehr viele Firmen, die niemanden dafür ausgebildet haben, obwohl KOPAS ein integrierter Bestandteil des Gesamtarbeitsvertrages ist. Die Sicherheit des Personals ist für diese Unternehmer zweitrangig. Deshalb muss die KOPAS im Punktesystem erfasst werden.

Was der Sprechende in Zukunft lieber nicht mehr lesen und hören möchte sind Meldungen wie:

- Wie EU Firmen tricksen: Zahl der gesperrten Handwerksbetriebe aus Europa auf Höchststand.
- Saftige Strafen für Bauriesen: Deutscher Baukonzern wird in der Schweiz wegen Lohndumpings für zwei Jahre gesperrt.
- Auf der Suche nach Lohndrückern: Fr. 10.00 bis Fr. 12.00 pro Stunde sind die Regel.
- Da im Kanton nur sechs Kontrolleure die Gesamtarbeitsverträge kontrollieren, dürfte die Dunkelziffer hoch und der Reiz für Generalunternehmer weiterhin gegeben sein Aufträge mittels Tiefstpreisen zu ergattern und mit illegal angestellten Billigarbeitskräften umzusetzen. Dies gefährdet viele ehrliche KMU Betriebe.
- Schindluderei auf dem Bau: Häufig sind die Konstrukte mit Unternehmen und Subunternehmen undurchsichtig. Trotzdem haben die Kontrolleure dieses Jahr bereits 166 Verstösse aufgedeckt.

- In der Baubranche tobt nach wie vor ein heftiger Preiskampf. Die Personenfreizügigkeit führt dazu, dass Branchenzweige wie jener der Gipser, von ausländischen Firmen und Arbeitnehmern mittels Missachtung des Gesamtarbeitsvertrages massiv unterwandert werden. Balkangipser werden gleich ausgenutzt wie viele Osteuropäerinnen im Sexgewerbe.
- Weniger als Fr. 3.00 Lohn pro Stunde. Auf einer Baustelle sind ungarische Plattenleger aufgegriffen worden, die für Fr. 420.00 im Monat arbeiteten.

Enrico Ercolani könnte noch mindestens eine halbe Stunde weitere Beispiele erläutern. Er ist sich aber sicher, dass es reicht, um die desolate Situation zu spüren. Trotzdem noch zwei Beispiele als Dessert, in denen der Datenschutz mehr Verbrecher- als Datenschutz ist. Es handelt sich um Fälle, die er von der paritätischen Berufskommission trotz Datenschutz zugespielt bekam. Beim ersten Fall hat ein Unternehmer in der Innerschweiz vorenthaltene geldwerte Leistungen von Fr. 110'000.00. Diese wurden nicht bezahlt, jedoch die Busse in der Höhe von Fr. 28'000.00 schon. Aus Datenschutz Gründen darf die paritätische Berufskommission die Angestellten nicht orientieren, dass sie ihren Lohn nachfordern könnten. Vor Gericht ist der Unternehmer sauber. Für die paritätische Berufskommission ist dieser Unternehmer auf Rot gestellt. Diese Firma hat trotz den gesparten Geldern aus dem Betrug an den Mitarbeitern im Nachhinein die Bilanz deponiert. Beim zweiten Fall hat wieder ein Unternehmer aus der Innerschweiz vorenthaltene geldwerte Leistungen von ca. Fr. 300'000.00, die nicht bezahlt wurden. Die Busse in unbekannter Höhe wurde bezahlt. Aus Datenschutz Gründen darf auch in diesem Fall die paritätische Berufskommission die Angestellten nicht orientieren, dass sie Lohn nachfordern könnten. Vor Gericht ist der Unternehmer sauber. Für die paritätische Berufskommission ist auch dieser Unternehmer auf Rot gestellt. Diese beiden Fälle zeigen auf, dass ohne Konsultation oder Beleg der jeweiligen paritätischen Berufskommissionen keine Arbeiten an Unternehmer vergeben werden dürfen. Die Solidarhaftung ist ein gutes Instrument, das Gesetz kann aber wegen dem Datenschutz seine Wirkung nicht voll entfalten. Seine Meinung ist unerschütterlich und er kann es nicht genug betonen. Der Staat muss präventiv aktiv werden und nicht warten bis Gesetze gebrochen werden. Kein Angebot rechtfertigt, dass Arbeiter und Unternehmer nicht korrekt behandelt und entlohnt werden. Kein Angebot rechtfertigt es, dass Bauherren betrogen werden. Deshalb bittet Enrico Ercolani darum diese Motion zu überweisen.

Gemäss Kathrin Graber kann die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ganz klar hinter dem Ziel der Motion stehen, dass nur Unternehmen berücksichtigt werden, die sich an den Gesamtarbeitsvertrag und auch Zuschlagskriterien halten. Trotzdem gab der Vorstoss in der CVP/JCVP/GLP-Fraktion Einiges zu diskutieren. Auf der einen Seite ist sie überrascht, dass Enrico Ercolani als FDP-Einwohnerrat so viele Vorgaben gegenüber den Unternehmern machen will und ein Reglement verlangt. Es besteht das Risiko, dass grosser Bürokratie-Aufwand damit ausgelöst wird und dass im Zusammenhang mit Vergaben bei so vielen Kriterien ein grosser Aufwand verbunden sein wird. Auch die generelle Forderung präventiv keine GU zu berücksichtigen, kann zur Folge haben, dass kleine Unternehmen von einem Auftrag ausgeschlossen werden. Kleine Unternehmen im lokalen Bereich schliessen sich oft zusammen, um einen Auftrag doch noch zu erhalten. Diese Unternehmen sollen weiterhin die Chance auf einen Auftrag haben. Auf der anderen Seite weiss man, dass den Gemeinden aufgrund der kantonalen Vorgaben im Beschaffungswesen ein Spielraum für die Festlegung von Kriterien offen steht. Diesen Spielraum, findet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion, soll die Gemeinde nutzen und im Sinne der Motion umsetzen. Sie unterstützt die Überweisung der Motion grossmehrheitlich, weil sie die Stossrichtung teilt. Der Gemeinderat soll in einem Bericht und Antrag aufzeigen können, welche Kriterien, wie umgesetzt werden sollen. Gerade in der kommenden Zeit, wo z.B. aufgrund des Zentrums grosse Arbeitsvergaben geplant sind, ist es richtig, über geeignete Kriterien zu verfügen. Wichtig erscheint ihr, dass der Einwohnerrat über diese Kriterien nochmals diskutieren kann. Mit der Überweisung der Motion stellt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion gleichzeitig Forderungen, wie diese Kriterien vom Gemeinderat in seinem Bericht und Antrag umzusetzen

sind. Die einzelnen Punkte in der 5-seitigen Motion sind kritisch auf die Machbarkeit durchzugehen. Fokus muss darauf gelegt werden, dass Vergaben nach fairen Kriterien erfolgen. Diese Kriterien müssen aber gleichzeitig genügend abstrakt formuliert sein, damit eine Vergabe nach wie vor mit einem vernünftigen Aufwand abgewickelt werden kann. In diesem Sinne unterstützt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion grossmehrheitlich die Motion.

Die SVP-Fraktion lehnt laut Martin Heiz die Motion ab und ist für die Überweisung als Postulat. Die Kriterien sind zu hart begrenzt. Die heute besprochene Bauabrechnung hat gezeigt, dass auch Kleinunternehmen absolut eine Berechtigung haben die Arbeiten auszuführen. Es waren praktisch nur Krienser Unternehmen, die dort einen Kredit von über einer Million Franken ausschöpfen konnten. Die KMU's werden gehindert, wenn Einzelbetriebe GU's bilden müssen. Der Gemeinderat soll deshalb zuerst überprüfen, ob das System praktikabel ist. Es kann noch nicht abgeschätzt werden, was das für einen Aufwand für das Baudepartement generiert. Deshalb bevorzugt die SVP-Fraktion die Überweisung als Postulat.

Enrico Ercolani, FDP-Fraktion, verlangt nicht, dass keine GU berücksichtigt werden dürfen. Dies wäre jedoch nur die logische Konsequenz daraus. Er verlangt, dass wenn eine GU einen Auftrag hat, diese Anliegen auch umsetzt. Es nützt nichts wenn die Gemeinde einen Auftrag der GU gibt und diese macht was sie will. Der Sprechende hat verschiedene Papiere von den Kantonen Thurgau und Zug. Der Kanton Zug schafft auch Kriterien, gemäss dem Modell, welches der Motionär vorgeschlagen hat. Kriens sollte dies auch umsetzen können. Es muss nur der Wille vorhanden sein dies zu machen. Der Sprechende unterstützt den Gemeinderat gerne. Er ist sehr bewandert über das ganze Thema. Er hat auch mit dem Bundesrat Johann Schneider-Ammann darüber gesprochen. Wenn sein Anliegen umgesetzt wird, ist Kriens dann die fairste Gemeinde für Arbeitsvergabe. Dieses Label erhält Kriens mit dieser Motion. Kriens muss nicht nur über den Fussball, sondern auch über die Politik bekannt sein.

Yasikaran Manoharan, SP/JUSO-Fraktion, stellt fest, dass die vorliegende Motion von der Gemeinde verlangt, dass sie eine Vergaberegung für Bauarbeiten im Hoch- und Tiefbau festlegen soll. Die Gemeinde soll sich aktiv für einen korrekten Wettbewerb und das Wohl der Arbeitnehmer einsetzen. Der Motionär hat Recht. Arbeitnehmer werden skrupellos von unseriösen Unternehmen im grossen Stil betrogen und ehrliche Firmen leiden unter dem starken Wettbewerb. Mit diesem Vorstoss könnte die Gemeinde wirklich einen grossen Beitrag zu einem korrekten Wettbewerb leisten. Jeden Monat kommen neue Betrugsfälle zum Vorschein. Auch Anfang diesen Monats wurde in Zürich auf einer Baustelle der Swiss Life die Arbeiten aufgrund von Lohndumping eingestellt. Arbeitnehmer wurden auch dort als Hilfsarbeiter angestellt. Die Arbeitsstunden werden mit gefälschten Rapporten tief gehalten, ihnen werden unnötige Lohnabzüge angerechnet und in den meisten Fällen werden AHV- und IV-Abzüge nicht korrekt eingezahlt. Schlussendlich bleiben den Arbeitnehmenden vielleicht noch Fr. 10.00 bis Fr. 12.00 Lohn pro Stunde. Die heutigen Möglichkeiten, um gegen Lohndumping vorzugehen, sind völlig ungenügend. Weder gibt es Möglichkeiten noch Instrumente, um bei gefälschten Stundenrapporten oder anderen Vergehen vorzugehen und die skrupellosen Firmen an der Weiterarbeit zu hindern. Wie auch bei dem genannten Fall in Zürich. Dieser und einige Fälle in der Vergangenheit haben aufgezeigt, dass Firmen, GU's oder Bauherren weiterhin in der gleichen Methode das System ausnutzen. In den meisten Fällen steht dann die UNIA alleine da. Mit diesem Vorstoss könnte aber die Gemeinde wirklich einen grossen Beitrag für Gerechtigkeit leisten, zumindest bei den Staatsaufträgen. Da dieser Vorstoss ein gewerkschaftliches Anliegen ist, ist die SP/JUSO-Fraktion für die Überweisung der Motion.

Die Grüne/JG-Fraktion führt gemäss Bruno Bienz aus, dass fast im Wochentakt in der Presse über Vergehen in der Baubranche berichtet wird. Die Bauherrschaften und Behörden zeigen sich immer wieder über solche Mitteilungen überrascht. Auf Schweizer Boden gelten Schweizer Gesetze und Schweizer Löhne. Immer wird von der Wirtschaft und Politik betont, wie wichtig die Personenfreizügigkeit ist. Die Schweizer Bevölkerung hat diese Freizügigkeit angenommen, weil die Politik versprochen hat, mit flankierenden Massnahmen illegale Lohndrückerei zu verhindern. Es sollen für alle die gleichen Regeln gelten. Gerade die kleinen und mittleren Schweizer Gewerbebetriebe werden immer wieder mit unlauteren Methoden ausgebootet. Der in- oder ausländische Erstunternehmer, in der Regel der billigste Anbieter, erhält den Zuschlag. Das obwohl er weder die Infrastruktur noch das Personal hat, um den Auftrag auszuführen. Er gibt dann den Auftrag weiter an einen oder mehrere Subunternehmer und behält einen Teil des Werklohns für sich. Einzelne Subunternehmer geben ihren Auftrag wieder weiter an einen Sub-Subunternehmer und behalten ohne echte Leistung einen weiteren Teil des Werklohnes für sich. Am Ende der Kette stehen dann meist ausländische Subunternehmer, die nur noch kostendeckend arbeiten können, wenn sie ausländische Arbeitnehmer zu gesetzeswidrig tiefen Löhnen anheuern. Der niedrigste bis jetzt entdeckte Stundenlohn in der Schweiz lag bei 3.15 Euro. Viele Schweizer Gewerbetreibende fühlen sich deshalb zu Recht im Stich gelassen. Die anständigen KMU und ihre Mitarbeitenden sind die eigentlich Geprellten in diesem Kettensystem. Nebenbei sinkt erst noch die Arbeitsqualität. Viele solche Missbräuche kann man auf Gemeindeebene wenig bis gar nicht verhindern. Aber man kann dafür sorgen, dass wenigstens in Kriens ein seriöser Wettbewerb gegeben ist, Kriens für einmal eine Vorzeigegemeinde in Sachen Vergabe ist und die Politiker zum Versprochenen stehen. Dass der Gemeinderat diesen Vorstoss nicht als Motion übernehmen will, verwundert die Grüne/JG-Fraktion nicht wirklich. Schon beim Vorstoss des Sprechenden hat sich der Gemeinderat mit zahnlosen Vergabegrundsätzen um die Verantwortung gedrückt. Gerade bei öffentlichen Bauten stehen die Behörden in der Pflicht. Schlussendlich werden hier Steuergelder verbaut. Daher braucht es von Seiten Einwohnerrat ein klares Bekenntnis, dass solche Praktiken nicht tolerierbar sind und bekämpft werden müssen. Schlussendlich geht es auch um das einheimische Gewerbe, welches Steuern bezahlt, Lehrlinge ausbildet, Anlässe sponsert und meistens bei solchen Machenschaften leer ausgeht, da sie nicht konkurrenzfähig sind. Die Grüne/JG-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss einstimmig.

Brahim Aakti möchte zwei Punkte von Kathrin Graber kommentieren. Sie hat gesagt, dass solche Vorgaben zu mehr Bürokratie führt. Der Sprechende ist der gegenteiligen Meinung. Dies muss nicht gezwungenermassen so sein. Zum Kriterienkatalog kann eine Checkliste gemacht werden. Bei jeder Projektvergabe können die Unternehmer die Checkliste ausfüllen. Der zweite Punkt ist, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Befürchtung hat, dass kleine Unternehmen ausgeschlossen werden. Bei der Wasserkraft ist es zum Beispiel üblich, dass ein Auftrag nicht mehr als 20 % des Umsatzes vom Unternehmen ausmachen darf. Dies ist zum Schutz von Unternehmen. Das heisst jedoch nicht, dass die kleineren Unternehmen ausgeschlossen werden. Diese Unternehmen machen das, was für ihre Grösse adäquat ist. Darum hat er keine Bedenken, dass kleine Unternehmen darunter leiden.

Paul Winiker kann den Motionär beruhigen. Die Stossrichtung für mehr Fairness und Ökologie hat die volle Sympathie des Gemeinderates. Deshalb ist er auch bereit, die Anliegen zu prüfen. Der Gemeinderat sieht jedoch einen anderen Weg. Er hat bereits in den Leitsätzen und den Weisungen bewiesen, dass die Anliegen des Parlamentes aufgenommen wurden. Da widerspricht er den Aussagen von Bruno Bienz. Es ist nicht richtig zu sagen, dass die Gemeinde ein zahnloses Instrument hat. Bei den Vergabegrundsätzen hat der Gemeinderat ein ganz konkretes Anliegen aufgenommen: „*Im Einladungsverfahren sind nach Möglichkeit Unternehmen oder Arbeitsgemeinschaften einzuladen, die genügend eigenes Personal haben, um den ausgeschriebenen Auftrag abzuwickeln.*“ Deswegen ist der Gemeinderat der Mei-

nung, dass ein neues Reglement nicht der richtige Weg ist. Es gibt erhebliche bundesrechtliche und kantonale Vorschriften, wie das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen und das Gesetz über die öffentliche Beschaffung des Kantons. Das setzt auch ganz klare Grenzen. Ein paar der geforderten Kriterien wie der Distanzschutz ist submissionsrechtlich nicht gestattet. Es ist widerrechtlich, wenn so etwas in einem Reglement aufgenommen wird. Der Gemeinderat möchte die vorhandene Weisung präzisieren und allenfalls mit den Anliegen ergänzen. Dies soll auch in kurzer Zeit geschehen, damit man diese bei den nächsten Bauvergaben bereits berücksichtigt werden können.

Abstimmung über die Überweisung der Motion Ercolani: Bauvorhaben der Gemeinde Kriens (Nr. 151/15):

Die Motion wird mit 25:7 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	Enthaltung
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

16. Postulat Piras: Easyvote – Mehr Jugendliche an die Urne

Nr. 153/15

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

17. Postulat Koch: Attraktive Gestaltung der Krienser Ortseingänge
Nr. 155/15

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

18. Postulat B. Bienz: KMU-freundliche Wirtschaftspolitik in der
Gemeinde **Nr. 156/15**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

19. Motion Fluder: Gute Manieren beim Plakatieren **Nr. 159/15**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

20. Postulat Graf: Transparenz bei Einbürgerungsgesuchen
Nr. 162/15

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

21. Verabschiedung Esther Bieri

Peter Portmann bittet Esther Bieri von der Tribüne herunter zu kommen. Sie hat seit 2012 im Einwohnerrat sowie in der Sozial- und Gesundheitskommission Einsitz gehabt. Esther Bieri verlässt den Einwohnerrat aus beruflichen Gründen. Der Sprechende bedankt sich für ihren Einsatz und das grosse Engagement. Als Geschenk erhält sie einen Gutschein der Dorfgärtnerei Brändi.

Für Esther Bieri war der Einwohnerrat das wirkungsvollste Integrationsinstrument. Sie migrierte drei Monate vor dem Wahljahr 2012 von der Stadt Luzern in diese „Bananengemeinde“. Sie fühlt sich sehr wohl in Kriens und möchte hier auch alt werden. Der Einwohnerrat hat ihr die Chance gegeben sich sofort ins Krienser Geschehen einzugeben, nämlich beim BZR. Da sie nicht wusste wo der Mattenhof ist, nahm sie ihr Fahrrad und suchte das Areal. Am Meisten schätzte sie, dass sie die vielen Krienser Persönlichkeiten im Einwohnerrat kennen lernen durfte. Mit allen hatte sie spannende Auseinandersetzungen geführt. Sie dankt für die Dialogbereitschaft recht herzlich. Die Bereitschaft miteinander in Kontakt zu sein und auch zu bleiben, auch wenn es schwierig oder heikel wird, ist da. Es stimmt sie deshalb zuversichtlich, dass Kriens seinen Weg Schritt für Schritt bewältigt. Es stehen weiterhin grosse Herausforderungen bevor. Ihre berufliche Laufbahn zwang sie dazu frühzeitig zu demissionieren. Sie hat sich das sehr gut überlegt und dieser Entscheid fiel ihr nicht leicht. Es ist ihr aber wichtig, dass sie sowohl bei der Arbeit aber auch im Einwohnerrat gute Qualität abliefern kann. Es wäre eine Frage der Zeit gewesen, bis es am einen oder anderen Ort zu happern begonnen hätte. Esther Bieri bedankt sich auch für die gute Zusammenarbeit. Sie wünscht ihrem Nachfolger Cla Büchi einen guten Einstand im Einwohnerrat. Sie freut sich, dass sie die Anwesenden irgendwann und irgendwo wieder einmal trifft.

Schluss

Peter Portmann bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 28. Mai 2015, um 13.30 Uhr statt.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

Die Sitzung schliesst um 19:15 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsident:



Peter Portmann

Der Gemeindegeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp